DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

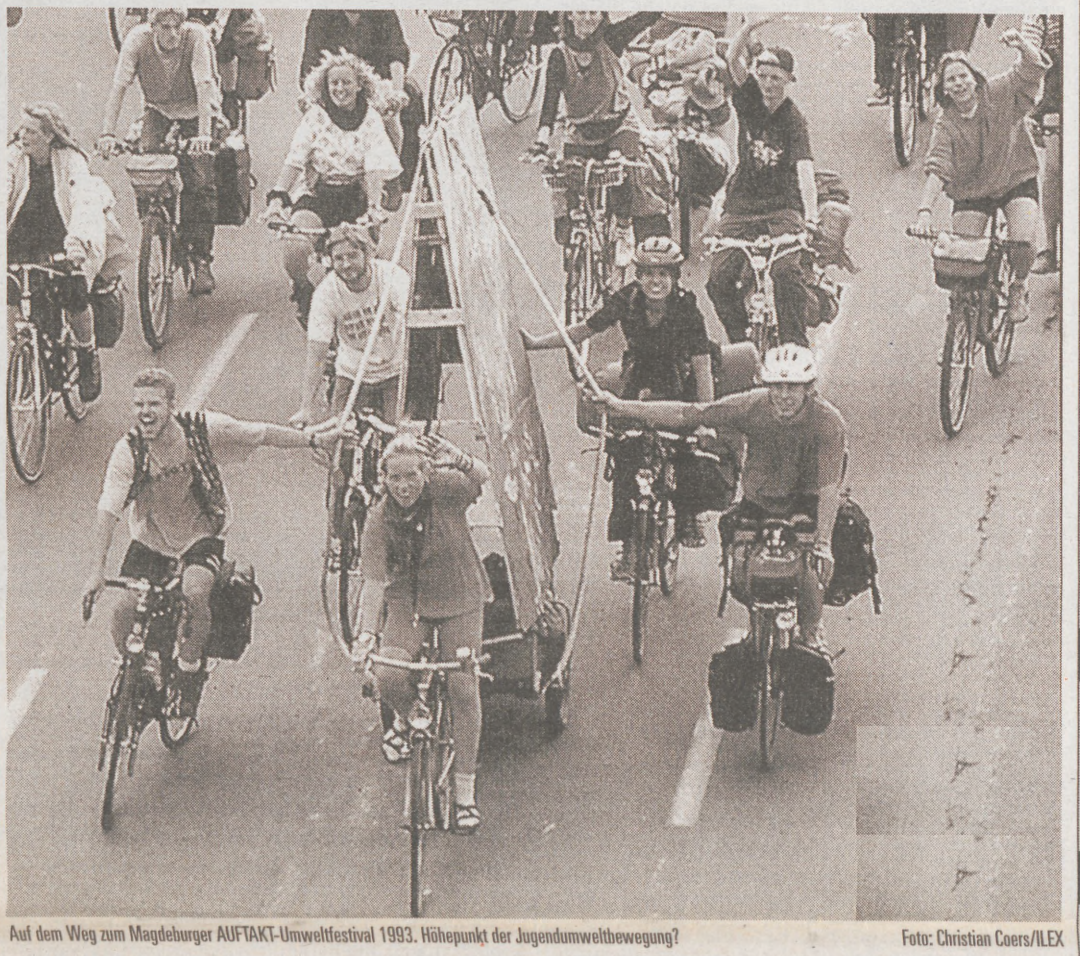
POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

161 15. JAHRGANG Februar '98 8,00 DM

PROTEST, HÖHEPUNKT, ETABLIERUNG UND AUS:

Jugendumweltbewegung

Anfang der 90er Jahre machte sie mit radikalen Positionen auf sich aufmerksam, stellte weitreichende politische Forderungen auf und bedrängte die verkrusteten Umweltschutzverbände, ihre Arbeitsstile zu enthierarchisieren und nicht zu reinen Lobbyorganisationen zu werden. 1992 stellte sie sich in offenen Konflikt mit den etablierten Umweltorganisationen und rief, als BUND, NABU, DNR und Co. zusammen mit den Regierenden und der Industrie den Deutschen Umwelttag einberiefen, den »DUT von unten« aus. Nur 5 Jahre später ist von diesem Aufbruch nichts mehr zu sehen.



Auf dem Weg zum Magdeburger AUFTAKT-Umweltfestival 1993. Höhepunkt der Jugendumweltbewegung? Foto: Christian Coers/ILEX

Jörg Bergstedt, Reiskirchen-Saasen ● Als trauriger Schlußstrich werden auf den Jugendumweltkongressen Bundestagsabgeordnete zu Schirmherren und Regierungspamphlete wie die Agenda 21 verehrt. Arbeitskreise und Büchertische werden verboten, unerwünschte Plakate abgerissen. Die Radikalen von damals handeln genauso wie die, gegen die sie mal angetreten waren. Übrig ist nur noch ein kleines Häuflein, verteilt über die ganze Republik in den wenigen, unabhängig und radikal gebliebenen Projektwerkstätten und Einzelgruppen. Während sie ihren Frust schieben, hat sich der große Teil der ehemaligen Jugendumweltbewegung etabliert. Sie leben persönlich und in ihren Projekten von Staatsknete, suchen den Kontakt zu den Mächtigen und Prominenten oder machen dort Karriere, wo sie früher höchstens Protestnoten *abgegeben hätten: Bei den etablierten Umweltverbänden* (die angepaßter sind als je zuvor!), bei den Grünen oder der SPD bzw. in Verwaltungen und Gremien. Wer heute Schriften aus den etablierten Projektwerkstätten, Jugendumweltverbänden oder Gruppen durchblättert, findet nur noch selten schwächliche politische Forderungen, gar keine radikalen Positionen mehr, dafür aber um so mehr Selbstdarstellung, Mitglieds- und Spendenwerbung.

Die Ursprünge

Anfang der 80er Jahre gründeten sich die beiden seitdem prägenden Jugendumweltverbände »Naturschutzjugend« (damals noch DBV-Jugend) und BUNDjugend. In den ersten Jahren standen der innere Aufbau und die Durchsetzung einer Eigenständigkeit gegenüber den jeweiligen Erwachsenenverbänden im Mittelpunkt. 1985 begann in Niedersachsen eine interne Diskussion um Arbeitsstrukturen und politische Radikalität. Auslöser war die Wahl zum Landesjugendvorstand der Naturschutzjugend im DBV, die erstmals einen Befürworter von Projektfreiheit und Enthierarchisierung zum Landesjugendsprecher machte. Schon kurz danach kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit dem Erwachsenenverband sowie dem Bundesjugendvorstand. Daß der neue »Kurs« in Niedersachsen aber eine erhebliche Stärkung der Basisarbeit brachte, zeigte schon ein Jahr später ein deutliches Bild: Die Vorstandsstruktur wurde so geändert, daß alle Mitglieder gleichberechtigt waren (SprecherInnenrat). Gewählt wurden ein Team, das Enthierarchisierung, Projektfreiheit und einen unabhängigen, radikal-politischen Kurs umsetzen wollte.

Aufbau neuer Organisationsstrukturen

Ab 1986 entstanden sehr bewußt veränderte Arbeitsformen: regionale Vernetzung, Gründung autonomer Projektgruppen und Arbeitskreise, die keinem Vorstand mehr unterstanden. Umbau der Naturschutzjugend zu einem offenen Netzwerk, in dem auch Nichtmitglieder mitwirken konnten und gleiche Rechte hatten. Die Zahl der Basisgruppen stieg durch Neugründungen und Einbindung autonomer Gruppen von ca. 10 im Jahr 1985 auf knapp 200 im Jahr 1987. Zunächst war dieser Aufbau auf die Naturschutzjugend im DBV beschränkt. Ab Ende 1986 kam es zu vermehrten Kontakten zu den beiden anderen Jugendumweltverbänden BUNDjugend und DJN Niedersachsen. Über eine Zwischenstufe entstand der Zusammenschluß JANUN, dessen Struktur den Idealen basis- und projektorientierter Arbeit zu großen Teilen entsprach.

Fortsetzung auf Seite 6

SCHWERPUNKTTHEMA:

Teil 1: Geschichte, Kritik
BUNDjugend, Naturschutzjugend Seite 6
Geschichte des Jukß:
Das Sterben der Selbstbestimmung
Verden & Jugendumweltbewegung
Aktionen der JUB Seite 7
Karrieren Seite 9
Teil 2: Aktuelle Berichte
Zwischen Etablierung und Erneuerung
Karrieren Seite 8
Kongreß entwickelte erstaunliche Eigendynamik Seite 9

AUS DEM INHALT:

INTERNATIONALES TREFFEN
Projekte mit anarchistischem Hintergrund trafen sich Anfang Oktober 1997 zu ihrem 4. Internationalen Arbeitstreffen bei der VAKgroep (Vereinigte Arbeitskollektive) in Utrecht. Bericht und ein Reisebericht auf Seite 3.

FRAUENPUNKBAND
Die bosnisch-kroatisch-österreichische Punkband »Bloody Mary« grenzt sich von den komerziellen Spice Girls oder TicTacToe ab: »Das ist genau die Art von Mädchenband, die wir nicht sein wollen.« Seite 3

INTERNET-PROJEKTE
Auf dem »II. Interkontinentalen Kongreß für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus« wurde das Projekt einer von Flüchtlingen/MigrantInnen weltweit abrufbaren Internetseite erstmals vorgestellt. Den Aufbau des Projekts hat der Münchner Verein Stadtratte e.V. übernommen.
Das Multikulturelle Zentrum Trier bemüht sich um eine grenzüberschreitende Vernetzung der Migrations- und Antirassismusarbeit per Internet in den Regionen Rheinland-Pfalz, Saarland, Lothringen und Luxemburg. Seite 4

STUDI-STREIK
Im Raum Mannheim/Ludwigshafen kursierten Flugblätter von BerufsschülerInnen, die sich kritisch mit dem Studi-Streik auseinandersetzen und zudem eine Reform des Schulwesens verlangen. Bildung für alle auf Seite 5

GLÜCKLICHE ARBEITSLOSE
Eigentlich verstößt der Beitrag unseres Autoren Norbert Trenkle gegen die bisherigen Prinzipien der Glücklichen Arbeitslosen, die ungern mit der Theorie beginnen. Sie bevorzugen vielmehr Propaganda durch Tat, Untat und vor allem Nicht-Tat. Ein paar Erklärungen sind nötig, denn die Gerüchte, die den Glücklichen Arbeitslosen schon einen heimlichen Ruhm verschafft haben, sind nicht frei von Mißverständnissen... Seite 10/11

JAPAN
Hino, die Vorstadt von Tokyo hat ca. 170.000 EinwohnerInnen und liegt etwa 30 Kilometer vom Zentrum der Hauptstadt entfernt. Die Yabo-FarmerInnen aus Hino versuchen Lebensmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren. Ein Bericht einer der Gründerinnen, Akemine Tetsou auf Seite 12.

UND VIELES MEHR...
Neues vom Autonomen Frauenhaus Kassel, der Genossenschaft MiKa eG, Karlsruhe, Buchbesprechungen, Marktplatz...

D 8008

HAMBURGER TAXI FUNK & SERVICE E.G.:

Hamburger Taxi-Boykott gegen Siemens?

In CONTRASTE Nr. 160 berichteten wir über eine Resolution der Hamburger Taxi-Genossenschaft zur Verurteilung zweier Taxifahrer in Sachsen, denen »Einschleusung von Ausländern« vorgeworfen wurde. Auf einer Generalversammlung der Genossenschaft im November 1997 wurde auch der Beschluß gefaßt, keine Touren mehr zu fahren, die im Zusammenhang mit dem Siemenskonzern stehen. Das nachfolgende Interview wurde mit Mario Menzerolf, Vorstandsmitglied der Genossenschaft geführt.

Wie kommt Ihr Unternehmen dazu, keine Touren mehr zu fahren, die in erkennbarem Zusammenhang mit Siemens stehen?

Es gibt bei uns sehr viele politisch aktive und auch politisch wache Kollegen. Wir nehmen uns das Recht, bestimmte Touren aus politischen, moralischen Gründen abzulehnen. Ausschlaggebend für unseren Boykott waren die Auseinandersetzungen zwischen den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern während der Nazizeit, die ihre Ansprüche bei Siemens anmeldeten, bis heute aber keinen Pfennig gesehen haben. Wir beteiligen uns an der Anti-Siemens-Kampagne und wollen durch unseren Boykott das Thema in die Öffentlichkeit bringen. Boykott ist eine Möglichkeit, auch wenn es uns das Geschäft kostet.

Wie haben Sie sich darauf geeinigt?

Es gab im November eine Generalversammlung zu dem Thema. Wir haben diesen Beschluß gefällt, um unsere Solidarität mit den Forderungen der noch Überlebenden ehemaligen Zwangsarbeitenden auszudrücken. Zwischen 1940 und 1945 arbeiteten 200.000 Menschen für Siemens, davon ein Drittel Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Wir fordern die Bestätigung des Rechtsanspruchs der Betroffenen auf finanzielle Entschädigung und die umgehende Entschädigung der einstigen Zwangsarbeitenden und ihrer Hinterbliebenen.

Hat Siemens schon reagiert?

Nein, noch nicht. Ich denke auch nicht, daß sie das tun werden. Wir sind doch weitgehend ein interner Dienstleister. Siemens bewegt sich da ja auf ganz anderen Ebenen. Und die einzige Möglichkeit ist, über eine solche Maßnahme vor einem ganz konkreten Hintergrund, die auch eine wirtschaftliche Dimension hat, darauf aufmerksam zu machen.

Haben andere Taxi-Unternehmen Hamburgs ähnlich reagiert?

Bislang nicht. Ich würde da auch nicht allzu viel erwarten. Das bürgerliche Taxen-Gewerbe ist – wenn man das freundlich formulieren möchte – vielleicht ein bißchen einfach gestrickt.

Aber Siemens ist nicht unbedingt Ihr großer Kunde, oder?

Für uns bedeutet das einen Jahres-Umsatzverlust von etwa 350.000 Mark. Siemens ist ein benennbarer Kunde und keineswegs Kleinkram.●

Interview: Ulrike Schulz
Aus:
junge Welt Nr. 15, 19. Januar 1998
Die Hamburger Genossenschaft »Taxi Funk & Service e.G.« ist Mitglied im CONTRASTE e.V.

EDITORIAL

Sponsoring ist in Mode gekommen. Aber so manches Bündnis der Umweltverbände mit der Wirtschaft ist schon mehr als fragwürdig: z.B. die Kooperation der Umweltstiftung WWF-Deutschland mit dem von Gruner & Jahr herausgegebenen Wirtschaftsmagazin »Capital«, die seit 1990 jedes Jahr die »Ökomanager des Jahres« präsentieren (s. auch Abb. der Pressemappe). 1997 neu hinzugekommen sind Dr. Claus Hipp (die bekannte Babynahrung) und Alfred Ritter (die quadratisch, praktische, gute Schokolade). In den Vorjahren waren dies u.a. Vertreter der Firmen Tengelmann, Otto-Versand, Neff GmbH, Hans-Olaf Henkel (Bundesverband der Deutschen Industrie), Lammsbräu, AURO, August Oetker...

Der »Naturschutzbund Deutschland e.V.« (NABU) wirbt in der jüngsten Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift »Naturschutz heute« für das Siemens S6 Handy (als persönliche Empfehlung des Bundesgeschäftsführers der NABU, Uwe Hüser) und bekommt dafür locker mal 50.000 DM von seiner Vertragsfirma »unicomdirekt« herübergeschoben und der »Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland« (BUND) verdealt KFZ-Versicherungen.

Der Verbandsnachwuchs qualifiziert sich schon mal fleißig mit Zensurmaßnahmen auf dem Jugendumweltkongreß in Münster (siehe unser Schwerpunktthema in dieser Ausgabe) für zukünftige Karrierelaufbahnen in den Mutterverbänden.

Selbst die Studenten-Proteste heutzutage lassen aufgrund der Slogans und Embleme (Lucky-Streik) den Verdacht aufkommen, daß dieser Streik im Grunde genommen doch nur ein Gag der Werbeagenturen der Tabakindustrie ist. Na ja, vielleicht werden demnächst die Unibibliotheken von der Tabakindustrie gesponsert.

Es gibt aber noch Beispiele gegen den Trend, z.B. der Taxi-Boykott der Hamburger »taxi Funk & Service e.G. gegen Siemens, der einen Umsatzverlust von ca. 350.000 DM pro Jahr für die Taxi-GenossInnen bedeutet (siehe Seite 1) und der Aufruf (vom 21.1.98) des »Koordinationskreis Siemens-Boykott«, gegen den NABU und sein Siemens-Handy zu protestieren (Umweltschützer gegen Umweltschützer!).

Und von wem läßt sich CONTRASTE sponsern? Diese Frage stellt sich noch nicht, wir versuchen immer noch – »rückständig« wie wir sind – unsere Unabhängigkeit zu bewahren und benötigen dazu Spenden (auch kleine). Vielleicht gibt es unter unseren LeserInnen, die ihre Jahresspende an gesponserte Umweltverbände doch lieber an den um Unabhängigkeit bemühten CONTRASTE e.V. spenden. Oder ist Unabhängigkeit nicht mehr zeitgemäß?●

PS: Den aktuellen Stand der CONTRASTE-Unterstützung (Spenden, neue Fördermitgliedschaften, Neuabos) veröffentlichen wir in Ausgabe Nr. 162.

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
34
Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau?
Ende der Lohngesellschaft; ein planetarisches Selbstverwaltungsmodell; Proletarier aller Länder - versichert Euch! Gewerkschaftspolitik und Globalisierung; Jospins Linksregierung, Blairs New Labour, Schröders und Lafontaines „Innovation und Gerechtigkeit" - Neue Sozialdemokratie? Grüne Mittelstandspolitik und die Zukunft des Dritten Sektors
A. Gorz, P.M., M.R. Kratke, H. Schäppi, W. Schöni, H. Kleger, J. Steinhilber, M. Wendl, J. Bischoff, A. Demirovic, Th. Heilmann, F.O. Wolf
Diskussion
A. Huffschmid: Zapatismus - Low Intensity Revolution
H. Thielen: Landlosenbewegung in Brasilien und die Gewalt von Staat und Militär
C. von Werlhof: Frauen, Wissenschaft, Naturverhältnis: Was heisst Patriarchatskritik heute?
Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau
212 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 - 273 03 02

NACHRUF:

Rudolf Bahro ist tot

Am 5. Dezember 1997 ist Rudolf Bahro gestorben. Der 1935 geborene Philosoph war in der DDR Wirtschaftsfunktionär der SED. Er kam ins Gefängnis, nachdem 1977 im Westen »Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« von ihm veröffentlicht worden war.

Rudolf Bahro auf dem Unimut-Treffen 1994 in Berlin — Foto: Rolf Zöllner

Von Elisabeth Voß, Berlin ● In dem Buch ging es ihm darum, die Ursachen für die Entstehung subalterner Charakterstrukturen in den sozialistischen Ländern aufzudekken. Aus seiner Sicht waren die Menschen dort nicht emanzipationsfähig, weil sie nie gelernt hatten, die Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Als Alternative entwarf er eine Kulturrevolution, angestoßen durch einen neuen, intellektuellen »Bund der Kommunisten«, die sowohl politische Demokratie als auch veränderte soziale Bedürfnisse bewirken sollte.

Die »Alternative« fand viel Beachtung, es bildete sich im Westen ein »Komitee zur Freilassung Rudolf Bahros«, das im November 1978 den »Internationalen Kongreß für und über Rudolf Bahro« organisierte, wo anhand seiner Aussagen viele Fragen sozialistischer Strategie diskutiert wurden.

1979 mußte Bahro die DDR verlassen. In der BRD war er Gründungsmitglied der Grünen, in denen er die erste deutsche Volksbewegung seit dem Faschismus sah. 1985 trennte er sich von ihnen, weil nun auch sie ihm Teil der »Megamaschine« zu werden schienen, die mit ihrer umweltzerstörenden Funktionsweise droht, die Menschheit auszurotten und die ganze Erde zu vernichten. Eine nur rational ausgerichtete Politik schien ihm zu begrenzt für die Probleme dieser Welt, so wandte er sich verschiedenen religiösen und therapeutisch-spirituellen Lehren zu und verbrachte eine Zeit bei Bhagwan in Poona.

10 Jahre nach der »Alternative« erschien Rudolf Bahros »Logik der Rettung – Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik«. Dieses Buch widmete er Ulrike Meinhof, und darin legte er sein Lebensthema dar: die Rettung der Erde vor der Zerstörung durch ein wachstumsorientiertes Industriesystem: »...was not tut: der Ausstieg aus der großen Megamaschine und aus dem kleinen Auto, die einseitige militärische und industrielle Abrüstung. Wenn wir alles das nicht wenigstens erst einmal ernsthaft in Betracht ziehen möchten, sagen wir damit, daß wir sterben wollen.« Jedoch war die drohende Zerstörung der Erde für ihn nicht nur eine äußere Sache, sondern ebenso im Inneren der Menschen angelegt: »Wir müssen die Logik der Selbstausrottung zurückverfolgen bis ins menschliche Herz, weil auch nur von dort die Logik der Rettung ihren Ausgang nehmen kann.«

Rudolf Bahro lebte einige Jahre in der Lernwerkstatt, einem Tagungshaus-Projekt ehemaliger EntwicklungshelferInnen in der Eifel, das sein Programm mehr und mehr auf ihn ausrichtete. Direkt nach der Wende zog er nach Ostberlin, um an einer nicht-kapitalistischen Perspektive für die Noch-DDR zu arbeiten. Mit teilweiser Unterstützung durch die SED-PDS sollten dort Menschen aus Ost und West, die immer noch Sozialismus wollen, Ökodörfer und Gemeinschaftsprojekte aufbauen. Es sollte modellhaft ein nicht-zerstörerischer, naturverbundener Lebensstil entwickelt werden, statt den »Exterminismus« in nun unangefochten kapitalistischer Form weiterzutreiben (dazu in CONTRASTE Nr. 70/71, Juli/Aug. 1990 ein Interview mit Rudolf Bahro).

Aus den großen Träumen wurde ein von der sächsischen CDU unterstütztes Landprojekt in der Nähe von Dresden, das Lebensgut Pommritz das sich an den Ideen Rudolf Bahros orientiert (dazu in CONTRASTE Nr. 96, Sept. 1992: »Die Bahro-Biedenkopf-Connection«). Er selbst bekam anfangs ein eigenes Institut für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität, wurde später jedoch mit einer kleinen Professur dem Fachbereich Landwirtschaft zugeordnet.

Den Linken galt Bahro zunehmend als suspekt, manchen gar ausdrücklich als Rechter (mehr dazu, u.a. ein Interview mit ihm in CONTRASTE Nr. 110, Nov./93). Sein »Fürst der ökologischen Wende« sollte gemeinsam mit einem »House of the Lord« drastische Maßnahmen zur Rettung der Erde verordnen. *»Alles Warnen vor Despotismus, all dieser Subjektivismus des 'Keine Macht für niemand' setzt immer voraus, daß die Macht fremd und feindlich gegenüber und man selber potentiell subaltern ist, daß man selber keine Macht ist und keine Macht hat... Die Mentalität der westlichen Linken, die aus Prinzip in einem negativen Bezug zu Autorität verharrt, in einem pubertären Neinsagen zum Vater, bis die eigenen Haare weiß geworden sind, hält jetzt der Kritik durch die Tatsachen nicht stand... Es kommt darauf an, den Willen zur verantwortlichen Teilnahme an der sozialen Macht herauszubilden, den Entwurf der ökologischen Wende und ihre Institutionen schon in diesem Sinne zu entwikkeln.«*

Auf einer Veranstaltung zur Wende trug Rudolf Bahro patriotische Gedichte von Hölderlin vor. Wie er später sagte, hatte Hölderlin ihm in der schweren Zeit in der DDR, bevor er an der »Alternative« schrieb, das Leben gerettet, das er ohne diese Ermutigung nicht ertragen hätte. Ich hatte oft den Eindruck, daß er sich im Kopf eine eigene Welt schuf. Mit seiner unglaublichen Wissensfülle über Geschichte, Philosophie und Kultur nahm er Stichworte aus der Realität auf und baute sie in die Systematik seines Weltbildes ein. So sah er in Gorbatschow den von ihm ersehnten »Fürsten«, und war überzeugt davon, daß die »guten Kommunisten« in der Noch-DDR nur darauf warteten, daß jetzt eine echte sozialistische Perspektive möglich würde.

Bahro hat sich immer gegen die Vorwürfe gewehrt, ein Rechter zu sein. Ihn hat es nicht interessiert, welchem politischen Spektrum eineR angehört, wenn er die Botschaft nur interessant fand. Die Kategorien »rechts« und »links« schienen ihm angesichts der Bedrohung der Erde überholt. So tauchten in seinen Vorlesungen immer mal wieder auch rechte ReferentInnen (z.B. Wolfgang Deppert) und Literaturempfehlungen rechter AutorInnen (z.B. Sigrid Hunke) auf. Nach seinen eigenen Aussagen wollte Rudolf Bahro völkische Empfindungen, die er als naturgegeben ansah, für eine Rettungsbewegung nutzen, und damit auch demokratisch kanalisieren, statt sie den Rechten zu überlassen.

Für mich ist es eine Bereicherung, Rudolf Bahro gekannt zu haben. Auch wenn ich vielen seiner Aussagen nicht zustimmen konnte, manche Äußerungen von ihm gefährlich fand, vieles auch garnicht verstanden habe. Die Angst vor dem Weltuntergang, die er in mir – wohl auch in anderen – bewirkte, führte zu einigen Dogmatismen, aufgeblasenen Rettungsfantasien und mitunter heilslehrenhafter Besserwisserei. Ich hoffe, das halbwegs überwunden zu haben. Doch was bleibt: »das Ganze ist das Falsche«. Wie er das darlegen konnte hat mich beeindruckt, hat mir Denkanregungen gegeben, die ich nicht missen möchte.●

»Ich widme dieses Buch
dem Andenken von
Ulrike Meinhof,
die ich bewundert habe
und an deren Selbstmord
ich nicht glaube.

Ihre zwischen Liebe und Haß
hin- und hergerissene Seele
ist in anderer Gestalt
an meiner Seite gewesen,
während ich schrieb.

Woran ich glaube, ist:
Sie hätte heute
in diesem Geiste
schreiben können,
wenn sie noch lebte –
und freigekommen wäre.

Wer gar nicht erst
zu wissen wagt,
das Ganze ist das Falsche,
kann nicht einen Blick lang
mit ihr rechten.

Überwindet die Mauern!«

Rudolf Bahro 1987 in »Logik der Rettung«

WISSENSCHAFTSTRANSFER MIT »STAATLICHER ANERKENNUNG«:

Wissenschaftsladen und Bildungszentrum unter einem Dach

Das »Ökobildungswerk« in St. Augustin bei Bonn ist in diesem Jahr in die Trägerschaft des »Wissenschaftsladens Bonn e.V.« übergegangen. Die zuständigen Landesbehörden haben prinzipell grünes Licht für die von beiden Seiten Fusion gegeben.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die schon seit Jahren konkrete Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen ist jetzt auch auf der formal-rechtlichen Ebene vollzogen worden. Dreh- und Angelpunkt dieser schon mehrjährigen Zusammenarbeit ist die umwelt-pädagogische Expertin Margret Bauer, die mit jeweils einer halben Stelle im »Wissenschaftsladen« und im »Ökobildungswerk« tätig ist. Auch die beiden anderen Mitarbeiterinnen, die Psychologin Daniela Krzemkowski-Euler und die Verwaltungskraft Heike Keß, werden zukünftig beim Wissenschaftsladen angestellt sein, so daß schon die personelle Besetzung Kontinuität in der erfolgreichen Arbeit des Bildungszentrums garantiert.

Für das Bildungswerk und seine Zielgruppen ändert sich durch die Fusion nichts. Die bewährten Bildungsangebote werden auch künftig beibehalten. Zunächst bleiben auch die beiden dezentralen Standorte, das Büro- und Veranstaltungszentrum in St. Augustin und die Veranstaltungsräume in der Bonner Wolfstraße bestehen. Für die Zukunft soll aber geprüft werden, inwieweit es wirtschaftlich und arbeitsorganisatorisch sinnvoll ist, neben der Geschäftsstelle des Wissenschaftsladens in der Bonner Buschstraße, dauerhaft zwei weitere Standorte zu unterhalten.

Für den Wissenschaftsladen bedeutet die Fusion, daß die seit nahezu zehn Jahren praktizierte Bildungsarbeit nun im Rahmen eines nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes NRW anerkannten Bildungswerkes angeboten werden kann. So kann der Wissenschaftsladen zukünftig auch Kurzvorträge, Tagesseminare, Bildungsreihen und Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themenfeldern für die breite Öffentlichkeit anbieten. Hierfür bietet ein Bildungswerk mit regelmäßigen Veranstaltungen den geeigneten Rahmen und fördert gleichzeitig die Verankerung des Wissenschaftsladens in der regionalen Öffentlichkeit.●

DEUTSCHE FRAGEN AN HOLLÄNDISCHE PROJEKTE

Vernetzungstreffen: Aha, ... ! – Ein Reisebericht

Zunächst ist das Land hinter der euro-unverzollten Grenze genauso platt und die Autobahn genauso langweilig wie zuvor. Coffee-Shops, Kroketten, Ajax Amsterdam, Gouda, Tomaten, Grachten, Wohnwagen und VAKgroep..., das müssen die Niederlande sein, denken sich die Berliner in ihrem leicht angerosteten VW-Bus: 1994, 1995, 1996, nun auf dem Weg zum 4. Vernetzungstreffen verschiedener Föderationen, dieses Jahr in Nijmegen und Utrecht. Leute aus Birmingham, Leeds, Verden, Altenkirchen (Westerwald) und Bärlin sind ziemlich neugierig auf die Projekte und die Kooperation im Het Verband und der VAKgroep. Also, was bekommen wir durch Kees, Han, Paul und Co. zu sehen, welche Fragen drängten sich uns auf?

Café/Kneipe/Restaurant AveRechts in Utrecht: ... »ca. 25 Leute arbeiten hier ohne Verdienst, das Geld geht in die politische Arbeit, ... irgendwie geht das nun schon seit zwanzig Jahren so...« Foto: RGW Berlin

Wilfried Schwarz, RGW Berlin ● Z.B. bei der Besichtigung im Second-Hand-Kaufhauses des ***Overal-Projektes***: »Wie teuer war denn dieses schöne große Haus?« – *»Das können wir so genau nicht sagen, bezahlt hat hauptsächlich die Versicherung, das alte Haus war abgebrannt und wir haben beim Neuen viel mitgearbeitet.«* – »Aha,...! – Und wieviel verdienen die 15 Leute hier?« – *»Eigentlich nichts, alle Überschüsse gehen in basisdemokratische Projekte in Nicaragua, Indien, Mexiko, usw.. und die hier arbeiten bekommen Unterstützung vom Staat (Arbeitslosengeld und Sozi).«* – »Oh,...!« Weiter geht unsere Rundtour zum ***Koopvaart***: »Willem, sind denn das auch alles Kollektivbetriebe hier in dem Fabrikgebäude?« – *»Eigentlich ist es keiner so richtig, aber sie arbeiten (und musizieren) doch alle irgendwie zusammen und verantworten gemeinsam dieses Haus schon über sechs Jahre; wer genug Geld verdient, sucht sich dann von alleine etwas anderes...«* – »Ach ja? In Berlin haben es die Buchläden mit linker politischer Literatur ökonomisch sehr schwer, u.a. wegen der hohen Mieten an die Hausbesitzer und das ***Autonome boekwinkel Assata?***« – *»Ja hier ist das Haus ist doch besetzt, also ohne Pacht!«* – »Ach, so...«. Nein, Marianne vom Restaurant ***De Klinker***, beim großen Teller mit leckerem Essen, fragen wir nicht mehr, ob das Restaurant auch rentabel geführt wird und wie hoch ihr Stundenlohn ist: wir lassen es uns einfach schmecken!!

Nijmegen hat wirklich schon sehr eigenwillige Gruppen (u.a. auch den Het Verband, AMOK, Perfect Fungi Europe...und Flash Gordon), aber nun ging das Treffen ja in Utrecht weiter und da gibt es ja auch viele 'ältere' Projekte, manche schon seit fast zwei Jahrzehnten.

Dazu gehört auf alle Fälle das (Café/Kneipe/Restaurant) ***AveRechts***: »Wieviel Leute arbeiten denn hier?« – *»Im Augenblick ca. 25.«* – »Was, soviel Menschen können von einer Kneipe leben?« – *»Nein, nein, verdienen tut hier keine/r etwas, die machen das alle freiwillig, das Geld geht in politische Arbeit, usw...«.* – »Oh, ja !« – *»Ja, irgendwie geht das nun seit fast 20 Jahren mit Problemen manchmal, aber öfters mit Essen, Literair-Cafe, Filosofisch-Cafe und Harmonika-Avond (=Abend)...«* – »Ach, ja wirklich?« Und so funktioniert auch noch das Restaurant ***DeBass***, usw. Die Grachten-Rundfahrt war zwischenzeitlich unsere Rettung, zeigte sie uns doch, daß Utrecht zwar eine sehr freundliche, aber doch auch nur eine 'normale' holländische Stadt ist. Aber letztlich gab es auch hier kein Erbarmen, wir wurden weiter zu den vielfältigsten Projekten geschleppt: ***Kade-Atelier***, ein Wohnhaus mit einer öffentlichen Atelier-Etage im Paterre, mit diversen eigenen künstlerische Angeboten für jerdermann/frau von/für die BewohnerInnen; ***Ketelhuis***, ein sehr behutsam umgebautes Verwaltungsgebäude, zunächst für 5 Jahre an gut verdienende Firmen vermietet (zum Schuldenabbau), damit danach die eigentliche Nutzung für Projekte mit wenig Geld möglich ist ...(!!); ***ACU***, noch eine leere Riesenbaustelle mit zwei großen Gebäudekomplexen, demnächst aber gefüllt mit einem Low-Budget-Hotel (Übernachtung 15,– DM und Essen 6,– DM), das von ca. 40 Freiwilligen geplant wurde, derzeit ausgebaut und später betrieben wird – fast schon 'natürlich' ohne Erwerbsabsicht, und gefüllt mit einer Konzerthalle für unterschiedliche Gruppen und einem großen Café/Restaurant, das über seine Umsätze die Kosten dieser Auftrittsmöglichkeit abdeckt. Die Finanzierung der Baukosten? Wie schon, über langfristiges nichtkommerzielles Betreiben dieser Unternehmungen und viel freiwillige Arbeit von Menschen, die halbwegs über staatliche Unterstützung/zeitweilige Jobs abgesichert sind. Dann endlich treffen wir sie doch noch, die typisch 'normalen', ganz einfachen EinzelunternehmerInnen: Nils mit seinem Graphikbetrieb ***Om***, Arno als Lonesome-Bauhandwerker, Sigrit als selbständige Tischlerin, Nico der Autoschrauber,... aber wie es denn so kommen mußte, die sind alle zusammen in der ***VAKgroep*** organisiert, gemeinsam mit über 20 Häusern und Wohnvereinen... »Aha!!«

Was ist das nun: Ehrenamtlicher und vorauseilender Gehorsam einer Scene im dahinschmelzenden Sozialstaat? Zukunftsparadies für christdemokratische Selbsthilfe-Phantastereien? Konsequente und praktische Umsetzung nichtkommerzieller und autonomer politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Inhalte? oder ist bei uns sowieso alles ganz anders, gar nicht zu vergleichen mit Holland, da war es ohnehin schon immer leichter mit Initiativen, weil der Staat nicht ganz so böse ist? Eben deutsche Fragen an holländische Projekte.....?●

1997 IN HOLLAND:

Internationales Vernetzungstreffen

Elisabeth Voß, Berlin ● Das vor einigen Jahren durch einen CONTRASTE-Schwerpunkt über regionale Vernetzungsprojekte (Heft Nr. 116, Mai 1994) angestoßene internationale Treffen von Projekten mit anarchistischem Hintergrund fand vom 29.09. bis 05.10.1997 zum viertenmal statt, diesmal in Holland bei Het Verband in Nijmegen und bei der VAKgroep (Vereinigte Arbeitskollektive) in Utrecht.

Neben den bereits von Anfang an beteiligten Gruppen RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) Berlin und WIBeN (Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netzwerk) nahmen diesmal zwei neue Gruppen teil: Der VERbunt, das vor Jahren als Großraumkommune aus der Jugendumweltbewegung entstandene, neue Projekt A um die Verdener Umweltwerkstatt, und Radical Routes, ein Zusammenschluß von Wohn- und Arbeitscooperativen in Großbritannien. Die früher beteiligte WESPE/ Projekt A in Neustadt an der Weinstraße ist leider schon seit dem letzten Treffen in Berlin nicht mehr dabei.

Bei dem diesjährigen Treffen gab es drei große Themen: Erstens sehr konkrete Finanzierungsfragen, vor allem zu Gestaltungsmöglichkeiten für selbstverwaltete Finanzierungsfonds. Zweitens die Notwendigkeit von Strukturen und Absprachen in unseren Zusammenhängen. Drittens die politische Zukunftsperspektive der Selbstverwaltungsbewegung.

Gerade in diesen Zeiten der politisch-gesellschaftlichen Krisen, die ihren Niederschlag auch in Sinnkrisen innerhalb unserer eigenen Zusammenhänge finden, sind solche Treffen immer wieder eine Ermutigung, weil deutlich wird: wir sind mit unseren Fragen und Problemen nicht allein, es gibt immer wieder Anregungen und Ideen, und natürlich auch viel Spaß miteinander.

Die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den Jahrestreffen sollen intensiviert werden durch Arbeitsgruppen und E-Mail-Kommunikation. Das Treffen 1998 wird voraussichtlich bei Radical Routes in England stattfinden.●

ÖSTERREICH: GLOCKIGE PUNKPOLKA

Punkband Bloody Mary

Vielfeicht ist unseren LeserInnen die Schweizer Mädchengruppe WEMEAN, die mehrsprachig in Richtung Hardcore abzischen, bekannt. Ansonsten gibt es im deutschsprachigen Raum gibt es leider nicht besonders viele Mädchenbands. Die bosnisch-kroatisch-österreichische Band BLOODY MARY in Wien ist daher etwas Besonderes.

Punkband Bloody Mary

Kerstin Kellermann, Wien ● Eigentlich war es ja die Herrscherin von England, Elisabeth, die ihre politische Konkurrentin Mary von Schottland umbringen ließ. Die Mädchenpunkband BLOODY MARY müßte demnach aus historischen Gründen eher Bloody Elisabeth heißen, besonders da die Leadsängerin und Bassistin Elisabeth heißt, nach Auskunft ihrer Mutter eben nach der Königin von England.

Die kleine dünne Sunita zieht mit Hilfe des Einkaufswagerls ihrer Mutter Teile ihres Schlagzeugs hinter sich her. Die Mutter von Elisabeth und Vicky (Victoria) braust mit ihrem roten Mini-Polo durch das komplizierte Einbahnsystem im ersten Bezirk. Sie wundert sich, wieviel Musikinstrumente und Verstärker in ihren Kofferraum passen. Die Gitarristin Daniela taucht todmüde von einem ganztägigen Proseminar auf der Universität im AERA, einem Lokal in Wien auf. It's concert time.

»Am besten würde mir gefallen, wenn auf der Bühne schon alles hergerichtet wäre und Verstärker bereits vorhanden sind,« erzählt Vicky. »Aber das ist fast nie so.« In den letzten vier Wochen trat die Band fünfmal auf, unter anderem gegen die Militärparade auf der Wiener Ringstraße. »Im Grunde proben wir momentan auf offener Bühne,« lacht Elisabeth. BLOODY MARY spielen seit drei Jahren zusammen; die jungen Frauen sind schon seit der gemeinsamen Schulzeit enge Freundinnen – »ein Kollektiv« (Sunita). Wer sich mit einer etwas ausmacht, muß damit rechnen, daß die anderen drei auch auftauchen werden. Ihre selbstgeschriebenen Lieder auf Englisch, Deutsch oder Kroatisch sind Spaßlieder, handeln zum Teil von eigenen Erlebnissen und Gefühlen, es gibt aber auch viele politische, großteils antifaschistische Texte. Absolute Favoriten sind »Fuck you, Nazis« (»ein kleines Arschloch namens Haider«) nach der beschleunigten Melodie von »Biene Maja« und die kroatische Punkpolka »Buba Svabe«, in der am Schlagzeug eine laute Glocke eingesetzt wird. Alle vier brachten sich ihre Instrumente selber bei, ein Prozeß, der wohl nie abgeschlossen ist.

»Am Anfang wäre es peinlich gewesen, wenn eine dabei gewesen wäre, die spielen kann,« lächelt die Bosnierin Sunita, für die es jedes Jahr schwieriger wird, ihr Visum für Österreich zu bekommen. Inzwischen klappt es schon super, wenn die jungen Frauen sich auf der Bühne selbst hören können – was nicht immer der Fall ist. Andere Mißgeschicke passieren, meistens erwischt es Vicky, die gemütliche, freundliche Victoria, die schon mit einem gewissen Fatalismus den Konzerten entgegensieht. Im Ernst-Kirchweger-Haus riß ihr eine Gitarrenseite, und der Verstärker war ein kleines bißchen hin, das nächste Mal war dafür kein Verzerrer auf dem von der Frauenband MANGOLD ausgeborgten Verstärker. Ein Musiker aus ihrem Proberaum erlitt fast einen Schlaganfall, als die Band das heimlich ausgeborgte Schlagzeug nicht sofort wieder in den Proberaum transportieren konnte. Inzwischen besitzt Sunita ein eigenes Schlagzeug.

Im AERA sind die Zuschauerinnen, auch die Älteren, die sich ein bißchen vor dem Krach fürchteten und sich in die hinterste Ecke des Saales auf die Empore verzogen haben, begeistert. BLOODY MARY beeindruckt aber auch ein fünfjähriges türkisches Mädchen, das wie gebannt auf dem Boden hockt und nicht wegzubringen ist.

Die Mädchenband grenzt sich von den kommerziellen Spice Girls oder TicTacToe ab. »Die Spice Girls sind genau das, was Frauen schon immer gemacht haben, wofür Frauen in der Musik stehen,« kritisiert eine BLOODY MARY unter großem Nicken und Schnaufen in der Runde. »Sie singen Tralala und sehen sexy aus. Das ist genau die Art von Mädchenband, die wir nicht sein wollen. Beim Popodrom dachten die ZuschauerInnen, daß wir die Instrumente für unsere Freunde schleppen. Irgendwann fällt es sogar uns selbst nicht mehr auf, wie wenig Frauen und Mädchen auf der Bühne stehen, es wird sozusagen normal. Wir sind halt wirklich etwas Besonderes.« An dieser Stelle sei verraten, daß ein Theaterstück unter der Leitung von Lilly Axter mit Live-Auftritt der Band in Planung ist.●

Aus: Frauensolidarität Nr. 62

Kerstin Kellermann ist freie Journalistin und lebt in Wien.

ANGST – Gegen Nazis

Alle Leute rund um mich herum – werden langsam viel zu dumm. Ich sehe, alles fängt von neuem an. Aber ich will nicht mehr - weil ich nicht mehr kann!
Refrain: Ich will frei sein – nicht mehr dabei sein – in diesem Teufelskreis, der mich umgibt und wo es für keine mehr Hoffnung gibt. Ich will frei sein...

(Liedtext: Bloody Mary)
BLOODY MARY in concert

NEUES PROJEKT

Flüchtlingshilfe/Fluchthilfe via Internet

Die ohnehin geringen Chancen für Flüchtlinge und MigrantInnen, in die reichen Staaten Europas zu gelangen und dort bleiben zu können, werden durch immer rigidere staatliche Maßnahmen und bürokratische Hürden systematisch zunichte gemacht. Fundierte Informationen über die rechtlichen Bedingungen und sonstigen Möglichkeiten der Einreise und des Aufenthaltes sind daher wichtiger als je zuvor. Ein Austausch über die bestehenden oder erst zu schaffenden Möglichkeiten in den verschiedenen europäischen Staaten kann die Unterstützung für Flüchtlinge/MigrantInnen im eigenen Land oder zwischen mehreren Ländern effizienter machen.

Wir möchten deshalb eine mehrsprachige Internetseite aufbauen, auf der konkrete Informationen zum Thema Migration/Flucht/Asyl in und um Europa zu finden sind. Der Informationspool soll sich sowohl an UnterstützerInnen als auch mittelbar oder unmittelbar an die Betroffenen selbst richten. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich Flüchtlinge/MigrantInnen bereits in ihren Heimat- oder den Transitländern über die unterschiedlichen Möglichkeiten in Europa informieren können; UnterstützerInnen über die Situation in ihrem eigenen Land und darüberhinaus in anderen Ländern.

Auf dem »II. Internkontinentalen Kongreß für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus« wurde das Projekt positiv aufgenommen, und wir wurden mit dem Aufbau der Seite betraut. Wir beginnen zur Zeit auf internationaler Ebene unsere bestehenden Kontakte zu flüchtlingspolitisch arbeitenden Gruppen zu vertiefen und neue Gruppen zu kontaktieren.

Daher bitten wir euch heute um eure Mithilfe. Ein erstes Ziel ist der Aufbau einzelner Länderdossiers (wie ist die rechtliche Situation in Land x für Flüchtlinge/MigrantInnen aus Land y, wie werden die gesetzlichen Bestimmungen gehandhabt, gibt es regional unterschiedliche Bestimmungen /Handhabungen, wer kann wo weiterhelfen etc.), unter Berückdichtigung der Verschiedenheit der Flüchtlinge/MigrantInnen hinsichtlich des Herkunftslandes, des Geschlechts, Alters, der sexuellen Orientierung etc. Dafür brauchen wir von euch Informationen. Diese werden wir bearbeiten, übersetzen und auf der Internetseite plazieren. Sie werden somit weltweit abrufbar sein.

Darüber hinaus planen wir ein Diskussionsforum, in dem politische Einschätzungen öffentlich gemacht sowie Erfahrungen ausgetauscht und auch theoretische Positionen (z.B. über Fluchthilfe) erarbeitet werden können. Außerdem soll es einen Newsticker, einen Veranstaltungskalender und die Möglichkeit zu Protestbriefen per Internet geben. Unsere Seiten sollen so auch für JournalistInnen nutzbar sein.

Unterstützung

Damit das Projekt funktioniert, sind wir auf jeden Fall auf (kurze) Sachinformationen und politische Einschätzungen angewiesen, beispielsweise über Aufnahmebedingungen bzw. deren Änderungen in eurem Land. Wir bitten euch in erster Linie um Basisinformationen, die Flüchtlingen und UnterstützerInnengruppen weiterhelfen. Zusätzlich könnt ihr uns eine Selbstdarstellung eurer Gruppe und auch Veranstaltungshinweise schicken. Auch können wir, solltet ihr im Netz sein, Links zu euch und anderen Gruppen einrichten.

Wenn ihr am Projekt Interesse habt, meldet euch bitte bei uns. Wir hoffen, daß ihr uns mit vielen brauchbaren Infos unterstützt, und bitten euch, andere Gruppen, die ihr kennt, über unser Projekt zu informieren. Informationen, die nicht zur Veröffentlichung sind, bitte kennzeichnen und falls nötig mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen verschikken.

Als erstes bitten wir euch, den auf der Internetseite veröffentlichten vorläufigen Fragebogen, der einer ersten Sondierung gilt, auszufüllen und zurückzuschikken. Wir melden uns dann auf jeden Fall noch einmal bei euch, um gezielter fragen, Lücken schließen und auf die unterschiedlichen Bedürfnissen besser eingehen zu können.
Wir werden auf jeden Fall alle uns zur Verfügung stehenden Informationen mit der gebotenen Sensibilität behandeln!

Grüße, die Stadtratten
München im November 1997●
Diese Projektvorstellung ist zu finden auf:
http://www.informatik.tu-muenchen.de/~brandtj/Migration.html
Die Adresse der zukünftigen Internet-Seite wird dort zu finden sein.
STADTRATTE e.V., Postfach 22 11 14,
D-80501 München, Fax: ++49-(0)89-939 40 181
Email: stadtratte@link-m.de

ANTIRASSISTISCHE VERNETZUNG IM INTERNET

Neue Medien in der politischen Bildungsarbeit

In der Politischen Bildungsarbeit spielen die Neuen Medien eine immer größere Rolle. Der Zugang zum World Wide Web ist verglichen mit dem Zugang zu Massenmedien wie Tageszeitungen, Rundfunk oder Fernsehen sehr einfach und auch preiswert zu verwirklichen. Im Prinzip können Millionen von Menschen, die einen Internet-Zugang besitzen, auf die angebotenen Inhalte zurückgreifen. Sie werden aber nicht wie beim Fernsehen mit Informationen »berieselt« sondern wählen diese selbst aus.

Redaktion Heidelberg ● Die Anwendungsmöglichkeiten für die politische Bildungsarbeit sind vielfältig. Neben der Selbstdarstellung von Organisationen und Themen (»statische Seiten«) geht der Trend derzeit in Richtung mehr Interaktivität, dazu gehören z.B. die Online-Bestellung von Materialien, die Nutzung von Datenbanken via Internet, das Führen von Diskussionen und Debatten bis hin zu integrierten Konzepten von Offenem Unterricht und Fernunterricht.

Das multikulturelle Zentrum Trier im Internet

Das Multikulturelle Zentrum betreibt bereits seit zwei Jahren ein experimentelles Angebot von (meist statischen) Seiten im Internet. Man kann dort Informationen über den Verein erhalten, Materialien einsehen und bestellen oder Hinweise zu regelmäßigen und aktuellen Veranstaltungen bekommen. Zudem gibt es einen Email-Verteiler. Email ist die elektronische Post, mit der Textnachrichten verschickt werden können z.B. aktuelle Veranstaltungshinweise und Informationen zu den Themenbereichen »Rassismus«, »Migrationspolitik« und »Interkulturelle Arbeit«. Natürlich gibt es auch Verbindungen (Links) zu Dachverbänden z.B. UNITED, zu antirassistischen Informationsknoten im Internet, z.B. dem Institut für Rassismusforschung D.I.R. in Marburg oder zu Kampagnen, die wir unterstützen, z.B. die bundesweite Aktion »KEIN MENSCH IST ILLEGAL«.

Grenzüberschreitende Vernetzung

Das Internet ist ein weltweites Medium, weshalb es zu einer grenzüberschreitenden Weitergabe von Informationen besonders gut geeignet ist. Das Multikulturelle Zentrum bemüht sich intensiv um eine grenzüberschreitende Vernetzung der Migrations- und Antirassismusarbeit in den Regionen Rheinland-Pfalz, Saarland, Lothringen und Luxemburg. So ist zum Europäischen Jahr gegen Rassismus 1997 eine Online-Dokumentation erschienen, in der die grenzüberschreitende Arbeit in deutscher und französischer Sprache vorgestellt wird. (Web-Adresse: http://www.uni-trier.de/uni/aaa/smt/visdoc.htm) Neu sind auch die zweisprachigen Projektseiten Vis a Vis, mit aktuellen Hinweisen und Präsentationen von Gruppen und Projekten.

Wie geht es weiter?

Wir möchten künftig noch stärker unser Angebot für andere Gruppen öffnen und die begonnene Vernetzung in Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lothringen und Luxemburg weiter voranbringen. Dazu gehören die Weitergabe von Know-how und Beratung von Initiativen, die noch keinen Zugang haben, ebenso wie die Übersetzung von Beiträgen.

* Das Informationsangebot im World Wide Web soll zu einem Forum weiterentwickelt werden, das neben statischen Informationen und der Präsentation von Gruppen und Projekten, auch mehr Interaktivität und Kommunikation zuläßt.
* Wir möchten zudem den Versuch unternehmen, das Medium Internet für den Arbeitsbereich »Interkulturelles Lernen« stärker zu nutzen, über inhaltliche Themen zu informieren und auch online zur Diskussion zu stellen.
* Das Internet eröffnet viele neue Möglichkeiten, z.B. weltweit mit anderen Multikulturellen Zentren Kontakt aufzunehmen (im Internet gibt es über 100 Adressen). Aber sind wir überhaupt in der Lage diese Informationsflut zu bewältigen? Die gezielte Auswahl von Informationen ist bei keinem anderen Medium so wichtig wie im Internet. Eine zweite Besonderheit ist der technische Fortschritt, der hier besonders schnell voranschreitet. Nicht nur die Programmierer und Anbieter müssen sich ständig auf Neuerungen einstellen, sondern auch die Kluft zwischen »Wissenden« und »Unwissenden« wird immer größer.

Deshalb genügt es nicht, nur die technische Seite der Neuen Medien zu kennen, sondern auch den Umgang mit den neuen Möglichkeiten zu lernen und die Auswirkungen zu hinterfragen. Wir möchten uns deshalb auch einer kritischen Diskussion über die gesellschaftliche Bedeutung der neuen Medien stellen.●
Weitere Informationen sind über das Multikulturelle Zentrum erhältlich:
Multikulturelles Zentrum, Gervasiusstrasse 2, D-54296 Trier, Tel.+Fax: +49 (0)651 48497
Email: multikulti@t-online.de
Web: http://www.uni-trier.de/uni/aaa/smthp.htm

HAMBURG:

Lizenz zum Tönen

Endlich eine eigene Frequenz für Hamburgs freie Radiomacher. Doch wieder nur eine geteilte.

FSK Hamburg ● Die Stimmung in dem Sendestudio im Hamburger Szene-Mekka Schanzenviertel war am Mittwoch abend wieder einmal gedrückt. Zwar bekamen die Radio-Aktiven des Freien Sender Kombinats (FSK) nach langen Jahren endlich eine eigene Frequenz zugesagt. Doch die ersehnte Vollfrequenz ist es wieder nicht. Nach mehrstündiger Sitzung hatte der Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) entschieden, daß sich FSK die ausgeschriebene Radiofrequenz 93,0 mit der »Anbietergemeinschaft Hamburger Lokalradio« teilen muß, die jeden Sonntag auf Sendung gehen darf. Deren Mitglieder hatten im Vorfeld eine Kooperation mit dem basisdemokratisch organisierten FSK-Verbund abgelehnt. Diese Regelung, heißt es bei der HAM, sollte jedoch nur »übergangsweise« gelten – in zwei Jahren soll es dann endlich eine Vollfrequenz für FSK geben. »Dieser Beschluß zerstört unsere geplante Programmstruktur«, meckert FSK-Geschäftsführer Erhard Wohlgemuth.

Bereits Anfang der achtziger Jahre hatten Radiofreaks das Radio St. Pauli gegründet und vehement eine eigene Frequenz gefordert. Doch immer wieder lehnte Hamburgs Senat die Lizenz zum Tönen für nichtkommerzielle Radioinitiativen ab. Dabei hatten Hamburgs Sozialdemokraten zur Besänftigung ihrer linken Basis extra ein »Zweisäulenmodell« im Rundfunkgesetz installiert, als sie dem Privatfunk zu erlauben begannen, zu Zeiten, als andere SPD-Länder dagegen noch heftig opponierten. Doch die darin vorgesehenen »gemeinnützigen« Radios waren ebendies von Anfang an kaum, so das der Passus bald in Vergessenheit geriet und irgendwann später abgeschafft wurde.

Die Radioinitiativen hingegen kamen nur in Trippelschritten ihrem Ziel näher. Anfang der 90er Jahre konnten sich acht in der AG Radio organisierte Projekte die ersten festen Sendestunden im Offenen Kanal ergattern. 1994 dann, Jahre nach der Abschaffung des berüchtigten Zweisäulenmodells, bestimmte dann eine Novelle des Mediengesetzes, daß es eine Welle für die Non-profit-FunkerInnen geben sollte.

Fast zeitgleich spendierte die Hamburger Medienstiftung dem inzwischen in FSK umbenannten Radioverbund 95.000 Mark für ein Produktionsstudio samt Mischpult, Sendekonsole und Bandmaschinen. Doch die Sendelizenz ließ weiter auf sich warten. Erst im Dezember 1995 bekam das FSK von der HAM eine erste kleine Frequenzluke. Seit März 96 senden die RadiomacherInnen vom Schulterblatt nun gemeinsam mit dem Deutschlandradio auf der Frequenz 89,1. Senatskanzleichef Thomas Mirow, inzwischen zum Hamburger Wirtschaftssenator aufgestiegen, hatte dem Verbund nur 25,5 Stunden Sendezeit pro Woche zugebilligt, weil er Kombinatsmitgliedern nicht zutraute, mehr Programm auf die Beine zu stellen. Dabei hatten die zahlreichen Independent-Musikprogramme und die Informationssendungen des FSK bei HörerInnen und Öffentlichkeit erstaunliche Anerkennung gefunden.

Damit ab Januar zumindest sechsmal pro Woche rund 18 Stunden Programm täglich gesendet werden können, wurden die Räume nahe dem autonomen Stadtteilzentrum »Rote Flora« vor einigen Wochen in eine Baustelle verwandelt, um ein zweites Studio zu bauen. Das größte Problem bereitet den RadiomacherInnen die Finanzierung des neuen Programms. »Selbst wenn wir uns keine Mark zahlen, brauchen wir knapp 20.000 Mark pro Monat«, hat Erhard Wohlgemuth errechnet. 1.000 Fördermitglieder spenden bislang jeweils zwischen fünf und zehn Mark pro Monat als eine Art alternative Rundfunkgebühr. Doch 1998 müssen weitere 1.000 Zahler her, um den Sender zu finanzieren.●

DOKUMENTATION ZUM STUDI-STREIK:

Alle, die den Mund aufzumachen haben, sollen das tun!

Uns stinkt's!

BerufsschülerInnen aus dem Raum Ludwigshafen/ Mannheim haben folgende Erklärung an die streikenden Studierenden gerichtet:

Die Medien berichten ununterbrochen von den Protesten der Studis. Von uns ist nie die Rede. Um eins klarzustellen: uns ist die Verschärfung der Studienbedingungen erstmal scheißegal.

Den Studis fehlen neue Bücher? Uns hat man nie beigebracht, sie richtig zu lesen. Die Studis protestieren dagegen, daß sie ihre Lehrerausbildung nicht zu Ende machen können, daß das ihre Lebensperspektive zerstört? Unsere ist schon lange im Eimer. Wir haben einen Hauptschulabschluß, manchmal einen Realschulabschluß. Wir sind also nie zu höherer Bildung gekommen. Das Schulsystem weist uns die schlechten Plätze in der Gesellschaft zu. Nicht mal Arbeiter dürfen wir mehr immer werden und selbst das ist beschissen genug! Unsere Eltern haben das erworben, was man »bescheidenen Wohlstand« nennt. Uns bleibt wahrscheinlich nicht viel mehr als häufige Arbeitslosigkeit. So eine Lebensperspektive ist ganz schön beschissen.

Auch viele Studis sind nach dem Studium immer öfter arbeitslos und müssen während ihres Studiums für miese Löhne jobben. Jetzt jammern sie darüber und fordern mehr Bafög. Aber sie vergessen dabei, daß Realschüler, Hauptschüler und Sonderschüler heute oft nicht einmal eine Lehrstelle finden. Wir träumen so gut wie sie vom guten Leben! Wir haben keinen Bock zu arbeiten! Wir haben keinen Bock, Industriekaufmann, Jungarbeiter und Friseurin zu sein.

Wir wollen nicht immer Rechnungsabschlüsse machen und immer irgendwelche fettigen Haare schneiden und dafür so wenig Geld bekommen, daß wir meist noch bei unseren Eltern wohnen müssen. Wir sind nicht dümmer als die Studis!

Die Studenten sagen uns später, was wir zu tun haben. Lehrer, die auch mal studiert haben, haben uns irgendwann einmal auf die Realschule oder die Hauptschule geschickt.

Damit waren wir ausgegrenzt. Damit war klar, daß wir zu den 50% der Menschen gehören, die gerade mal 1% des Reichtums besitzen und dafür verdammt viel schuften müssen.

Wenn die Studis also nicht mehr wollen, als wieder die besseren Plätze in der Gesellschaft, dann sollen sie uns bloß vom Hals bleiben. Wenn sie aber wirklich Bildung für alle wollen, wie sie sagen, dann sollen sie daran denken, daß man das Schulsystem wie es jetzt ist, abschaffen muß. Wir sind nicht dümmer als sie, sie hatten nur gebildetere und reichere Eltern!

- **Bildung für alle** heißt, daß es in Zukunft keine Sonderschüler, Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten mehr geben darf.
- **Bildung für alle** heißt, daß auch Friseurinnen, Industriekaufmänner, Jungarbeiter, usw. an die Uni dürfen.
- **Bildung für alle** heißt, daß alle genug Geld für Bücher haben!●

Schüler und Schülerinnen der Max-Weber-Schule, der Friedrich-Weinbrenner-Gewerbeschule und der Gertrud-Luckner-Gewerbeschule (aus dem Gebiet Ludwigshafen/ Mannheim)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DOKUMENTATION FLUGBLATT

Wo etwas zu kritisieren ist, da muß kritisiert werden. Studierende!

Die letzten Wochen waren wir mit euch auf der Straße, wir sagen euch aber gleich vorneweg: Euer Bildungsnotstand an den Universitäten ist uns scheißegal! Uns hat der Auslesemechanismus bereits getroffen, die Uni bleibt uns verschlossen und unsere Hauptschulabschlüsse führen uns nach einem kleinen Umweg über Berufsschule und Arbeitsamt direkt in das Elend einer lebenslangen Unterdrückung durch ausbeuterische Großbäckereibesitzer. Für uns ist die Kritik des Hochschulrahmengesetzes nutzlos:
wir kritisieren:

- Die Universität
- Die Studenten
- Die Schule
- Die Arbeit
- Das System

Die Schule weist uns die schlechten Plätze zu. Die Universität weist euch die mittelmäßigen Plätze zu. Laßt uns beides kritisieren!

Und sagt uns bloß nicht: »Müllmänner und Brötchenverkäuferinnen braucht man immer«, und wenn doch: nur zu, diese Plätze überlassen wir euch freiwillig, greift nur zu! Wir sind nicht dümmer als ihr, wir werden nicht freiwillig in die Ausbeutung gehen.

Wenn ihr nur die Situation an den Unis und das Hochschulrahmengesetz (HRG) kritisiert, das eure miese Situation lediglich noch ein bißchen mieser macht, dann, ja dann habt ihr nichts kapiert. Eure Situation ist nicht viel besser als unsere. Eine Menge von euch bricht das Studium ab und diese »schlechten Studenten« haben das gleiche Recht auf einen schlecht bezahlten subalternen Job wie wir. Und den »guten Studenten« sagen wir: macht euch klar, daß auch die mittelmäßigen Stellen, die man für euch bereit hält, viel von ihrem Ansehen verloren haben – denn die »guten« Stellen sind auch für den Unistudenten verschlossen. Ein Arzt genießt heute kein besonderes Ansehen mehr, sondern ist ein einfacher Angestellter der Krankenversicherung. Und was ist heute schon ein Rechtsanwalt oder Lehrer, ein Germanist oder Soziologe, ein Anglist oder Politologe?? Die gibt es doch – genau wie uns – wie Sand am Meer... Glaubt ihr, uns macht es Spaß, die vollkommen überteuerten Brötchen erpresserischer Großbäcker-Kartelle zu verkaufen???

StudentInnen, wenn ihr nur das HRG und nicht auch die Universität und die Gesellschaft kritisiert, dann müßt ihr alleine kämpfen und die Kürzungen und Unverschämtheiten der Politiker werden euch voll erwischen. Das wird euch das (Studenten)Leben ganz schön versauen!

Wenn ihr euch bewegt und wenn wir uns bewegen, dann kann sich alles bewegen!

Aber wenn ihr nur den pseudosolidarischen Bauernfängern hinterherlauft, wenn ihr nur diese Gesellschaft verwalten und auf einfache Art unsere Erzieher, Sozialarbeiter, Klugscheißer, Soziologen, Juristen, Führungskräfte, Journalisten und Personalchefs werden wollt – und all das um uns zu erziehen, uns zu untersuchen, unsere Freizeit zu verunstalten, uns auszusortieren, uns zur Arbeit anzutreiben... dann: Bleibt uns bloß vom Hals.

Aber wenn ihr, um einen Anfang zu machen, das Schulsystem, das uns ausgrenzt und euch erniedrigt, kritisieren wollt, wenn ihr mit uns gegen die gesellschaftliche Hierarchie, gegen euer und unser Elend kämpfen wollt, dann:

Schwestern auf zur Tat, wir lieben Euch!●

Die BäckereifachverkäuferInnen der Franz-Zang-Berufsschule

MEDIENSPLITTER

Das militärkritische Journal »tilt« feiert seinen 5. Geburtstag

Mit der aktuellen Ausgabe 3/97 wird das im Berliner Denk-Stein Verlag erscheinende Journal *tilt* 5 Jahre alt. *tilt* beschäftigt sich seit seiner ersten Nummer mit allen Fragen der Kriegsdienstverweigerung und der Friedensbewegung. Kritisch wird die Rolle des Militärs, speziell die der Bundeswehr, beleuchtet. Zivildienstleistende finden ebenso nützliche Hinweise in *tilt*, wie Totalverweigerer aktuelle Informationen. Umfangreiche Kultur- und Servicerubriken runden das Angebot des Journals ab.

Im Sommer 1992 beschlossen die Redaktionen des *»Ausbruchs«* (Zeitschrift der westdeutschen Selbstorganisation der Zivildienstleistenden – SOdZL) und der *»Ohne Uns!«* (Zeitschrift des ostdeutschen Freundeskreises der Wehrdienst-Totalverweigerer) ein Zusammengehen und so wurde *tilt* geboren. Für dieses ost-west-Experiment konnten namhafte Herausgeber gefunden werden: Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden aus Frankfurt/Main, die Internationale der Kriegsdienstgegner/innen (IDK) aus Berlin und die Frankfurter Gruppe der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär aus Berlin, ebenfalls Gründungsherausgeber der *tilt* hat sich die unabhängige *tilt*-Redaktion im Frühjahr 1997 getrennt, da die Kampagne nur zur weiteren Unterstützung der *tilt* bereit war, wenn die Kampagne einen (bisher unnötigen) Chefredakteur mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen stellen könnte.

tilt erscheint vierteljährlich und wird hauptsächlich im Abonnement und über Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer vertrieben. Interessante Beiträge werden regelmäßig im Internet verbreitet. Die Zeitschrift wird von Journalisten, Studenten und anderen Interessierten aus dem gesamten Bundesgebiet produziert, professionell layoutet und gedruckt. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis.

Stephan Scholz (tilt-Redaktion)

Kontakt: Denk-Stein Verlag, Alt-Moabit 55c, D-10555 Berlin, Telefon: 0 30 - 39 90 22 93, Fax 0 30 / 39 90 22 95, email: U.Erdmann@link-b36.berlinet.de

Der Marburg Virus lebt doch!

Entgegen ihrer Ankündigung im Editorial ihrer Ausgabe 63, die CONTRASTE dokumentierte, meldete sich die Redaktion des *Marburg Virus* jetzt mit einem neuen Heft zurück. Schwerpunktthema diesmal: »Nachlese zur Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht.« Das Heft kann für 5 DM zzgl. Versandkosten bestellt werden über: Marburg Virus, GBAL im AStA, Erlenring 5, D-35037 Marburg.

100. Ausgabe

1982 wurde die Hanauer *nhz* – linke Zeitschrift für die Region gegründet. Die Ausgabe vom Oktober/November 1997 ist die 100., und die *nhz*-Redaktion gibt in ihr einen Rückblick auf ihre Geschichte. Ihre Blütezeit erlebte die *Neue Hanauer Zeitung* während der Auseinandersetzungen um die Hanauer Atomindustrie und die militärische Bedeutung Südhessens. Die *nhz* war damals für eine breite politische Bewegung wichtig, heute geht es für sie mangels Bewegung ums Überleben (wie vielen anderen Zeitschriften auch). Die Jubiläumsausgabe enthält neben dem Rückblick noch weitere Themen: Einstellung einer Rubrik (»Einblick«) und Gründung einer neuen (*»nhz*-Testfall: Zeitschriften, Broschüren und mehr im Test«), Beiträge zum »Hinterhof der Hauptstadt« (über die andere Seite Berlins), zur Schulpolitik und über »illegale« Flüchtlinge.

Nhz Nr. 100, 40 Seiten, 4,30 DM, über: nhz, Postfach 90 14 06, D-63423 Hanau

Und noch eine 100.

Das erste reguläre Heft der *Alternativen Kommunalpolitik* (AKP) erschien im Juli 1981. Der Titel ist Programm, die MacherInnen verstehen sich auf Kommunalpolitik und sind ganz der grünen Tradition verhaftet. Ihren eigentlichen Durchbruch brachte ihnen die NRW-Kommunalwahl von 1984 als die Grünen in die Rathäuser zahlreicher Großstädte einzogen. Das brachte der *AKP* Hunderte neuer Abos und eine gewisse ökonomische Stabilisierung, wie die aus drei Hauptamtlichen bestehende Redaktion in Ihrem »Rückblick auf 17 Jahre Alternative Kommunalpolitik« schreibt. Aber südlich des Weißwurstäquators konnte die Bielefelder Zeitschrift, trotz erhöhter Werbeanstrengungen nicht so Fuß fassen wie in NRW. Die Redaktion weiter: *»Die Themen haben sich im Laufe der Jahre geändert, gestartet ist die AKP mit Atomwaffenfreien Zonen, Bespitzelung grüner Fraktionen, Chemiepolitik ... Zivilschutz zwischendurch gab es Artenschutz, Baumschutzsatzung, Chlor, Dioxine, ... Wattenmeer und zoniertes Satzungsrecht ..., heute dominieren Arbeitsmarktpolitik, Business Reengineering, City-Logistik, Dezentrale Ressourcenverantwortung und Stadtmarketing.*

Genauso haben sich die Grünen geändert. Eine GABL-Fraktion, die als Punks verkleidet zur Hannoverschen Ratssitzung erscheint (und den Titel der AKP 1/1983 zierte), gehört der Vergangenheit an. Statt dessen wird ehrfurchtsvoll gelauscht, wie man mit 888-Mark-Menüs die Wahlkampfkasse mästet. Ist die Wahl erfolgreich, gipfelt der Marsch durch die Institutionen in einer grünen Betriebsgruppe. ...

In der ganzen Partei gibt es also nur noch Pinot-Grigio-schlürfende Yuppies? Nein in der AKP-Redaktion geben die Uhren langsamer: So pflegen wir die grün-typische Selbstausbeutung nach wie vor - leider. Honorare läßt unsere dünne Finanzdecke nicht zu. Unsere ehrenamtlichen RedakteurInnen und auch alle andern AutorInnen schreiben in der AKP lediglich »für die Unsterblichkeit«.«

Schwerpunktthema der 100. Ausgabe ist ein Rückblick über Zwanzig Jahre Grün-Alternative Kommunalpolitik. Das Heft ist für 12,50 DM (zzgl. Porto) zu beziehen über AKP, Luisenstr. 40, D-33602 Bielefeld, Tel. (05 21) 17 75 17, Fax 17 75 68, e-mail: akp-redaktion@t-online.de.

dp

Fortsetzung von Seite 1

Jugendumwelt

Protest, Höhepunkt, Eskalierung und ...

Konflikte und Ausbreitung

JANUN war in vielen Arbeitsfeldern bedeutend »erfolgreicher« als vergleichbare Jugendorganisationen in anderen Bundesländern, wenn man als Erfolgsmaßstab aktive Basisgruppen, gemeinsame Aktionen und Bildungsarbeit wählt. Das Umfeld reagierte skeptisch bis offen ablehnend, vor allem zwischen dem DBV (später Nabu) und JANUN kam es zu schweren Konflikten. Die Projektfreiheit breitete sich trotzdem aus, nach Hessen, Schleswig-Holstein und die Stadtstaaten. Dieser Begriff war das Symbol: JedeR darf tun, was er/sie will – so hieß das Motto. Aus den Verbänden wurden offene Netzwerke von Basisgruppen und überregionalen Arbeitskreisen bzw. Projekten. Vorstände wurden abgeschafft oder hatten lediglich noch Koordinationsfunktion. 1987/88 wurde erstmals ein »Projektler« in den Bundesvorstand der Naturschutzjugend gewählt, ein Jahr später stellten sie die Mehrheit. Die Naturschutzjugend verwirklichte bundesweit die Projektfreiheit. Aktionsstile, Kongreßabläufe usw. veränderten sich. Doch die »Verbandis«, d.h. diejenigen, die keine offenen Strukturen, sondern klare Verbandsprofilierung und hierarchische Strukturen wollten, machten mit dem Erwachsenenverband mobil. Einer der projektorientierten Bundesjugendvorständler wurde im April 1990 im Amt aus dem Naturschutzbund ausgeschlossen. Kurz danach ging die projektorientierte Mehrheit verloren. Die satzungsmäßig verankerte Projektfreiheit wurde von den Erwachsenen handstreichartig annulliert. Viele Projektgruppen verließen den Verband und organisierten sich frei.

Die Jugendumweltbewegung entsteht

Die Spaltung führte zu völlig neuen Vernetzungsformen. Auf der Suche nach Alternativen zu den Verbänden entstanden offene Bündnisse wie die Kinderaktion Umweltschutz (KAKTUS) oder die SchülerInnenaktion Umwelt (S.A.U.). Ende 1990 gründeten hessische Jugendumweltleute die erste Projektwerkstatt – Häuser und offene Räume sollten in Zukunft hierarchiefreie Arbeitsplattformen in den Regionen schaffen, hier konnten Vernetzungsstränge zusammenlaufen. Bundesweit sollte ein Verbund gleichberechtigter Projektwerkstätten den Informationsaustausch regeln. Projekt- und Aktionsgruppen sollten die Werkstätten nach eigener Wahl nutzen können, keine Gruppe durfte ausgeschlossen werden. Schon 1991 entstanden einige weitere Werkstätten, 1993 waren es bereits etwa 50. In dieser Aufbauzeit entwickelten sich zudem große und gemeinsame Aktionen, z.B. die Radtour Rostock-Bremen mit 6.000 TeilnehmerInnen, bundesweite Aktionstage, der Kalender »Jugend für Natur«, das halbjährliche Adressen- und Terminheft und vieles mehr.

Verbände spielten keine Rolle mehr, sie wurden allerdings auch nicht ausgegrenzt. Je nach Projekt wurden sie angesprochen und wirkten auch häufig mit. So entstand ein informelles Geflecht vieler Gruppen, Gremien und Einrichtungen, das keine gemeinsamen, formalen Strukturen hatte, aber gemeinsame Ideen aufwies: Die Arbeit über Verbandsgrenzen hinweg und die Projektfreiheit. Daß es auch weiterhin große Teile gerade der Jugendumweltverbände gab, die diese Arbeitsstrukturen nicht mochten, störte die meisten nicht. Mitwirkung dort klappte nie auf Dauer. Die unstrukturierte Sammlung von Ideen, Gruppen und Einzelpersonen mit den verbindenden Gedanken Projektfreiheit und Zusammenarbeit über Verbandsgrenzen hinweg erhielt einen Namen, entstanden einfach aus der Gewohnheit, ihn zu benutzen: Die Jugendumweltbewegung.

Höhepunkt und Zerfall

Bis zum Jahr 1993 setzte sich der Ausbau der Bewegung fort: Neue Projektwerkstätten, neue Aktionen und, ab 1991, die Idee einer riesigen Veranstaltung, die viele zusammenbringen und dem Ganzen so zum entscheidenden Durchbruch verhelfen sollte: das Umweltfestival AufTakt in Magdeburg. In der Vorbereitungsphase von AufTakt entstand phasenweise eine spürbare Euphorie in Teilen der Jugendumweltbewegung. Immer mehr Jugendliche, z.T. auch Erwachsene in Basisgruppen klinkten sich in die Arbeit mit ein und organisierten Teile des Ganzen.

Das Festival selbst aber war ein Fehlschlag und demotivierte viele. Viel schlimmer jedoch wirkte sich die inhaltliche Trendwende aus. Und die war geplant. An diesem Punkt wird die Geschichte der Jugendumweltbewegung neu zu schreiben sein: In der Orga-Gruppe von AufTakt gab es schon Monate vor dem Festival Pläne, AufTakt nicht zu einem Aufbruch zu neuen Strukturen, sondern zu einer Reintegration in die etablierten Verbände zu machen. Am 14. Mai, Monate vor AufTakt, findet sich in einem Dank an den Hauptförderer Bundesstiftung Umwelt der Satz »Das Auftakt Umweltfestival ist Zeichen eines neuen kooperativen Umweltschutzes«. Die meisten der Basisgruppen, die für AufTakt arbeiten, wurden darüber nicht informiert, die Kampagnen für eine Welt ohne Autos oder »Stopp Rassismus« liefen so ins Leere, weil sie von der Zentrale nicht mehr gewünscht waren. Auf dem Festival dominierte dann zunächst die Beliebigkeit: Anders-leben-Projekte ohne politische Positionen hetzten gegen die »Politik-Rödelei«, als neues Leitmotiv wurde »wir lieben uns alle« und Gemeinschaftsorientierung bis hin zur Esoterik kreiert. AufTakt bot einiges davon: Die politischen Arbeitskreise waren schlecht, die Yoga-Übungen oder ein Urschreiseminar (angesetzt als Text, zu welchem Unsinn die TeilnehmerInnen zu bewegen sind) gut besucht. Offiziell waren ReferentInnen aus dem sexistischen ZEGG zum Thema »Freie Liebe« eingeladen, im Ausstellungsbereich standen dubiose Organisationen wie NEPAL oder das GAP-Projekt des CDU-Mannes Johannes Karl im Vordergrund. Als Höhepunkt verpflichtete das überforderte und entpolitisierte AufTakt-team kurz vor dem Festival einen ehemaligen Funktionär des Deutschen Umwelttages als Retter aus organisatorischen Engpässen (ursprünglich war AufTakt als Gegenmodell zum DUT dargestellt worden). Alles klar machte dann die AufTakt-Dokumentation. In ihr finden sich ursprüngliche Ideen von AufTakt ins Gegenteil verkehrt. Der Deutsche Umwelttag '92 wird als hoffnungsvolles Zeichen eines Wandels der Umweltbewegung gewertet, als Aktion der Zukunft wird die ökologische Steuerreform benannt. Die freien Projekte sollten sich in die Verbände reintegrieren, die Verbände dafür ein bißchen offener werden. Eine kleine Führungscrew hatte AufTakt zu etwas umfunktioniert, was die meisten MitorganisatorInnen weder wollten noch ahnten.

AUFTAKT 1993 Foto: Carsten Sperling

Die Zerfallsprozesse

Neben enttäuschend wenigen regionalen Aktionen folgten dem AufTakt-Festival nur noch die gemeinsamen Jugendumweltkongresse (JUKß). Politische Aktion stand auch hier nicht im Vordergrund. Neben den unpolitischen Themen »Anders leben« und Gruppendynamik (Psychologie und Moderation wurden modern) entstand als zweiter Schwerpunkt die Debatte um ökologische Wirtschaftsmodelle, die zwei bis drei Jahre später keinerlei Züge von Systemkritik mehr trug. Direkte Aktionen waren nur noch Pflichtübungen aus den Kongressen. Neue Projektwerkstätten gründeten sich kaum noch, während sich die meisten der alten, zu etablierten Einrichtungen wandelten.

Prägnante Prozesse waren:

- Zentrale Personen griffen 1995/96 das Thema »Ökologische Steuerreform« auf – im ehemals verhaßten Deutschen Naturschutzring und mit Inhalten, die Großkonzerne fördern (siehe Faktenpapier)
- Aus der »Anders-leben«-Diskussion der Jugendumweltbewegung (vor allem unter dem Begriff »Großraumkommune«) sind einige Kleinprojekte, WGs usw. hervorgegangen. Einzelpersonen sind auch in bestehende Kommunen eingestiegen. Das einzig größere Projekt entstand in der Kleinstadt Verden, fast alle wichtigen Leute der Ex-Jugendumweltbewegung zogen dort zusammen. Was sie aber nur zustande brachten, war ein gemeinschaftlicher Etablierungsprozeß zu millionenteuren, staatsnahen Projekten (siehe Faktenpapier).
- Viele Projektwerkstätten arbeiten im Stil verbandlicher Gruppen.
- Andere Aktive haben bürgerliche Karrieren eingeschlagen.
- Eine geringere, aber spürbare Zahl ehemals Aktiver hat sich auch zurückgezogen, frustriert über die Entpolitisierung der »Bewegung«.
- Mit dem Zusammenbrechen der Jugendumweltbewegung haben sich die Reste der Jugendumweltverbände wieder neu etablieren können. Die BUNDjugend ist heute ein Verband, in dem vor allem NachwuchsÖkomanagerInnen die Spitzenpositionen einnehmen. Innerhalb des Gesamtverbandes spielen die Jugendlichen heute eher die Rolle, professionelle PR-Arbeit zu machen und ansonsten Staat und Industrie eher als Partner zu sehen denn als Gegner. Dabei nehmen sie sogar Konflikte mit den »Alten« im Verband in Kauf, die inzwischen eher die radikalere Position einnehmen. In der Naturschutzjugend gibt es nur noch regional Aktionen mit politischem Hintergrund. Ansonsten ist der Verband sehr stark zu einer naturkundlichen Organisation verkommen, z.T. mit der Extremvariante »Wildlife« (Natur als Abenteuer). Anfang Januar beschloß die Naturschutzjugend ihren Ausstieg aus dem bis dahin gemeinsam getragenen Jugendumweltkongreß und verabschiedete sich damit aus der letzten, gemeinsam getragenen Aktion. Der Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung war schon immer stark naturkundeorientiert, hat aber mit dem Zusammenbrechen der Jugendumweltbewegung die Kontakte nach außen verloren und ist daher noch mehr auf sich zurückgezogen.

Trotz der nötigen, grundlegenden Kritik soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Etablierung der Jugendumweltbewegung (und damit das »Aus«, denn das Sich-Nicht-Etablieren-Wollen war ja das erklärte Ziel) die Regel war, zu der auch die Ausnahmen gehören: Es gibt noch einige der alten Projekte, die radikal geblieben sind und in ihren Regionen auch weiter agieren. Auch in den etablierten Projekten gibt es einzelne Menschen, die weiter Ideale und klare Ziele haben. Sie sind aber an den Rand gedrängt von den MacherInnen, die mit ihren modernen PR-Strategien dominieren und nur an Imagebildung und Geldzockens interessiert sind. Die Entscheidung ist wichtig, ob es sich lohnt, die fortgeschrittenen Etablierungsprozesse mühselig in Details zu verbessern, meist aber nur zu verlangsamen, oder auszusteigen und mit den eigenen Idealen etwas Neues zu beginnen. Jede Idee und jedes Projekt kann wertvoll sein, wie klein es auch immer ist. Nur muß es tatsächlich ein Beitrag zu einer neuen, menschlichen, gerechten und umweltverträglichen Gesellschaft sein. Wer bei der Agenda mitmischt, sich zum Modellprojekt der Nachhaltigkeits-/Zukunftsfähigkeitsdebatte macht, durch staatliche Zuschüsse in Abhängigkeit gerät oder selbst Karriere dort macht, wo eigentlich klare Kritik vonnöten wäre, ist nicht mehr auf dem Weg dahin, sondern hilft den Mächtigen.

Zum Glück ist die Ex-Jugendumweltbewegung nicht alles

Unabhängig zu den Zerfallsprozessen der alten Jugendbewegung sind neue Aktionsformen entstanden, die zu einem großen Teil von Jugendlichen getragen werden, die die alte Jugendumweltbewegung oder mindestens ihre Anfänge nicht mitbekommen hat. Zu nennen sind die Anti-AKW-, Anti-Gentechnik- und Hüttendorf-/Widerstands»szene«. In einigen Fällen sind auch neue Projektwerkstätten oder Jugendgruppen gegründet worden, die allerdings keine besonderen Kontakte zu den »alten« Projektwerkstätten haben. Von den seit vielen Jahren bestehenden Teilen der Jugendumweltbewegung sind diese neuen Aktionsformen in den Projektwerkstätten kaum aufgegriffen oder unterstützt worden. So fehlen z.B. auf Gentechnik- oder Anti-AKW-Treffen die alten Werkstätten (einzige Ausnahme ist die Projektwerkstatt in Saasen).

Zwischen den neuen Aktionsstrukturen und der alten Jugendumweltbewegung besteht keinerlei Zusammenhang. Es gab keine Fortsetzung, das Neue ist unabhängig entstanden. Eine Jugendumweltbewegung gibt es daher nicht mehr – auch deshalb, weil sich die neuen Aktionsstrukturen nicht über jugendspezifische Zusammenhänge, sondern in den thematischen Aktionsnetzwerken abspielen (Anti-AKW-Bewegung usw.). Vielleicht ist das auch schlauer so, denn das bedeutet eher klare inhaltliche Positionen. Und außerdem lastet auf den neuen Gruppen nicht die finanzielle Abhängigkeit der alten Projekte sowie deren Drang nach Karriere und Image.●

JUGENDVERBÄNDE:

BUNDjugend, Naturschutzjugend

Es ist nicht lange her, da waren die Jugendverbände innerhalb ihrer Gesamtorganisationen (BUND, NABU) ein Herd der Unruhe. Sie drängten auf radikale politische Positionen und direkte Aktionen. Die Zeiten sind vorbei. Heute sind die Jugendverbände nicht nur brav, sondern aktiv beteiligt, die Verbände auf einen regierungs- und wirtschaftsnahen Kurs zu bringen.

Naturerlebnis pur

Umweltpädagogik kann ganz unterschiedlich aussehen. Um 1990 waren selbstbestimmte Handlungsformen und Handlungsorientierung »in«. Damals wurden die SchülerInnenaktion Umwelt und die Kinderaktion Umweltschutz gegründet, um die Kids bzw. SchülerInnen zum eigenständigen Handeln zu verhelfen. Heute ist alles anders: Naturerlebnisspiele und Entdeckungsreisen prägen die Arbeit mit Kindern. Gruppen laufen nicht mehr selbstbestimmt, sondern werden geleitet. Die Naturschutzjugend hat das in vielen Bundesländern sogar zu einem Glaubensgrundsatz erhoben: Wildlife ist dort zum wichtigsten Begriff der Arbeit geworden. Die konkrete Arbeit sackt auf das Niveau dümmlicher Pfadfinderspiele ab. Die SchülerInnenaktion Umwelt ist größtenteils eingeschlafen.

Wirtschaft und Umwelt

Vor allem die BUNDjugend beschäftigt sich seit einigen Jahren mit diesem Thema. Bis ca. 1994 dominierte die Auseinandersetzung mit Alternativen zum Kapitalismus, heute sollen Marktwirtschaft und Kapitalismus nur noch punktuell ökologisiert werden. Die BUNDjugend unterstützt alles, was auch in den Umweltverbänden zu diesem Thema zur Zeit »in« ist: Nachhaltigkeitsdebatten, die Agenda-Arbeit sowie die aktuellen Vorschläge zur ökologischen Steuerreform mit Sonderhilfen für die, die die Umwelt am meisten zerstören. Die BUNDjugend unterstützt im Gesamt-BUND die Gruppe um die SPD-Frau und stellv. BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt, die die Nachhaltigkeitsdebatte führt und enge Wirtschaftskooperationen anstrebt.

Die Jugendverbände bevorzugen Kontakte zu modernen Unternehmerkreisen wie dem Bund Junger Unternehmer. Kooperationen mit systemkritischen Gruppierungen bzw. inhaltliche Positionen, die den Kapitalismus als Herrschaftsform in Frage stellen, gibt es nicht mehr. BUNDjugend-Funktionär Daniel M. sagt zur Agenda: »Deutschland kommt in Bewegung«.

Goldisthal

Im Frühjahr 1997 zog der BUND Thüringen seine Klage gegen ein Pumpspeicherwerk zurück und erhielt dafür 7 Mio. DM für eine Stiftung, die Widerstand gegen Investitionen nicht fördern darf. Die eigentliche Zustimmung zu diesem Deal gab aber der um Rat gefragte Bundesvorstand. Problematisch war neben dieser Bestechlichkeit, daß der Kontrahent, die VEAG, ein Atomkonzern ist (Tochter von RWE, Bayernwerk und PreußenElektra). Von dem hätte der BUND laut eigenen Richtlinien das Geld nicht annehmen dürfen. Er tat es aber doch. Im Bundesvorstand stimmten der aktuelle Bundesjugendsprecher Michael Schäfer und der Ex-Jugendsprecher Marc Engelhardt für die Geldan- und Klagerücknahme, und damit auch mal wieder für Gruppe um Angelika Zahrnt. Die BUNDjugend-Delegiertenversammlung faßte einen einstimmigen Beschluß, in dem nur die Einrichtung eines Arbeitskreises gefordert wurde (»zufällig« legte die Gruppe um A. Zahrnt einen fast gleichlautenden Antrag vor).●

jb

Geschichte des JUKß:

Jugendumwelt

Das Sterben der Selbstbestimmung

An der Geschichte der größten jährlichen Veranstaltung Jugendlicher im Umweltbereich läßt sich exemplarisch auch die Entwicklung der einst als Protest gegen die Verbände entstandenen freien Jugendumweltbewegung aufzeigen.

Jörg Bergstedt, Reiskirchen-Saasen ● Getrennte Kongresse der Verbänden gab es bis in das Jahr 1993. Der erste gemeinsame Kongreß fand über-Silvester 1993/94 statt. Die Organisation übernahmen vor allem Menschen aus unabhängigen Projekten. In Göttingen diskutierten damals über 1.000 Jugendliche über die Zusammenhänge von Ökonomie und Ökologie. Der gemeinsame Kongreß übertünchte die Unterschiede zwischen Projekt- und Verbandsorientierung: ProjektlerInnen beteiligten sich wieder an den Bundesvorständen der Verbände. Die Kraft für offene Strukturen versiegte, die Mitarbeit in den Verbänden endete ergebnislos 1 Jahr später.

»Kommunalpolitik« , das Thema des Jugendumweltkongresses zu Ostern 1995 klang offensichtlich für viele Jugendliche nicht attraktiv genug, um den weiten Weg nach Neubrandenburg zu fahren: Nur 600 kamen. Die latenten Spannungen innerhalb der projektorientierten Szene entwickelten sich zum offenen Konflikt: Ein Teil der Werkstätten verbündete sich mit den Verbänden, etablierte (v.a. Verden) und unabhängige Projekte boten die bisher gemeinsamen Workshops zu »Anders leben« und anderen Themen getrennt an. Ein Jahr später erfaßte das Modethema »Nachhaltigkeit« auch den JUKß. Fast 1.500 Jugendliche kamen dazu nach Freiburg.

Das Ende aller Gemeinsamkeiten vollzog auch dann Silvester 1996/97: Aus den Vorbereitungen der Jugendumweltkongresse hatten sich inzwischen alle alten ProjektlerInnen zurückgezogen. Weit vor dem Kongreß wurde bekannt, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Herrmann Scheer die Schirmherrschaft übernehmen sollte – trotz massiver Kritik aus Projektwerkstätten. Erstmals wurde politische Zensur durch den Hauptsponsor Umweltbundesamt (UBA) bekannt. Wenige OrganisatorInnen ließen sich am Telefon (!) vom UBA überzeugen, Texte zu den Themen Siemens-Boykott und Castor-Widerstand aus dem Kongreßreader zu streichen. Diese Zensur und der entgegenkommende Umgang damit wurde im Organisationsteam weder intern thematisiert, noch aktiv in den Kongreß eingebracht. Statt dessen setzten die OrganisatorInnen noch weitere Ausgrenzungen von sich aus ein, z.B. eine schriftliche Ausladung an alle, die Sachbeschädigungen (z.B. an Gleisen gegen den CASTOR-Transport) durchführten. Hohe Teilnahmegebühren und nicht zuletzt das schwammige Thema »Auf dezentralen Wegen der Energiewende entgegen« führten trotz des attraktiven Standortes Berlin zu einem Rückgang der Teilnehmerzahl auf 600. Während einer Demonstration wurden einigen TeilnehmerInnen von Jukß-Ordnern Transparente entrissen, weil sie (wie vom Plenum geplant!) nach der offiziellen Auflösung der Veranstaltung spontane Aktionen durchführen wollten.

AUTAKT 1993: Anders Arbeiten – Anders Leben-Projekte Stellen sich vor Foto: Carsten Sperling

Statt nun endlich mit dem anbiedernden Kurs des JUKß zu brechen, traten einige alte und viele jüngeren Projektler zusammen mit den Verbänden für eine neue Harmonie und das Ende der alten Streitigkeiten ein. Deutlich wurde, daß die Grenzen nun zwischen zunächst noch einzelnen Jugendlichen aus Aktions- und Widerstandsgruppen (plus »radikal« gebliebenen Projektwerkstätten) auf der einen und den Verbänden und etablierten Werkstätten auf der anderen Seite verlief. Die Proteste gegen die Bevormundung durch das Organisationsteam blieben aber spärlich.

Die Prozesse der Anpassung der Jugendumweltbewegung an die herrschende Politik steigerten sich in der Planung des Kongresses 1997/98 in Münster. Eine Liste von einzuladenden (alten) Prominenten sollte die Ziellosigkeit innerhalb der Bewegung durch bekannte Gesichter und gute Rhetorik ausgleichen. Das Umweltbundesamt packte – erfreut durch das leichte Spiel beim letzten Mal – schon im Juni 1997 seine Zensurkeule aus. Bereits im ersten Zuwendungsbescheid wurde zur Auflage gemacht, daß Vortragsmanuskripte, Zusammenfassungen über sonstige Veranstaltungen und das Programm dem UBA vorgelegt werden sollen. Für Mitorganisator Gundolf T. war dieser Zuwendungsbescheid ein großer Erfolg: »Herzlichen Glückwunsch allen, die sich in die Verhandlungen mit dem UBA reingehängt haben.« Die OrganisatorInnen machten sich ein halbes Jahr offensichtlich keine Gedanken über den Umgang mit dieser Förderungsauflage. Eine Ablehnung der Zuwendungsbedingungen wurde nie diskutiert. Als das UBA dann tatsächlich Arbeitskreise kritisierte und z.T. verbot, zeigte sich das Organisationsteam überrascht und sagte die verbotenen AKs ab. Weitere Verbote auf dem Kongreß, das in der Geschichte der Jugendumweltbewegung einmalige Verbot des Aushängens von Plakaten (Menschen aus dem Organisationsteam und z.B. aus dem etablierten Verdenprojekt rissen nicht genehme Plakate regelmäßig ab) und die Drohung mit polizeilicher Räumung bei einer spontanen Fete dokumentieren den traurigen Endpunkt der einst »radikalen« Jugendumweltarbeit.●

ANPASSUNG & GELDZOCKEREI

Aktionen

Anpassung und Anbiederung finden sich in den Arbeitsschwerpunkten von Jugend- und Ex-Jugendumweltbewegung wieder. Wichtig ist nicht die Sache, sondern Profilierung, Staatsnähe und Geldzockerei.

Jugendumweltkongresse

Mit dem Jugendumweltkongreß 1997/98 offenbarte die Jugendumweltbewegung Methoden, wie sie nicht einmal aus den Zeiten der Jugendverbände bekannt sind: Verbote für Arbeitskreise, Schriften und Bücher, Genehmigungspflicht für Plakate und PR für das Regierungspamphlet Agenda (Näheres zu diesem seit Jahren wichtigsten Verbindungselement der Jugendumweltbewegung in gesonderten Texten).

Gruppenarbeit: Von »oben« und »von unten«

Selbstbestimmung war vor einigen Jahren noch Trumpf. Mit dieser Idee wurde z.B. die Kinderaktion Umweltschutz (KAKTUS) gegründet, denn Kinder brauchen keine LeiterInnen. Heute ist auch das wieder anders. Überall leiten Erwachsene die Kinder-Umweltarbeit. Im Naturschutzbund wird der Rudi-Rotbein-Club von Erwachsenen betrieben. Auch in der Umweltbildung und in den Gruppenprozessen gilt das Ziel »Selbstorganisation von unten« nicht mehr. Stattdessen werden wieder LeiterInnenseminare und Moderationstechniken verbreitet, beide eine Form der Entmündigung von Gruppen. Methoden der Selbstorganisation in Gruppen werden seit Jahren nicht mehr entwickelt oder vermittelt.

Ökologische Steuerreform

1997 hat der Deutsche Naturschutzring einen neuen Vorschlag für eine ökologische Steuerreform vorgelegt. Er hatte diese Debatte aber nicht selbst angestossen, sondern vor allem Leute aus der BUNDjugend sowie den Werkstätten in Göttingen, Verden und Freiburg. In einer sog. »DNR-Jugendvertretung«, die sich selbst als Sprachrohr der Jugendumweltbewegung aufplusterte, haben sie 1995 und 1996 zusammengearbeitet, Kontakte zu FunktionärInnen klassischer Jugendverbände aufgebaut, freie Projekte aber kaum einbezogen. Aus dieser Runde heraus entstand der Vorschlag, eine neue Kampagne zur Steuerreform zu starten. Im Papier standen umfangreiche Ausnahmeregelungen für Großenergieverbraucher. Folge wäre eine Umverteilung von unten nach oben, denn gerade die energiesparenden Branchen (Mehrweg statt Einweg, Lehm statt Zement, regionale Vermarktung statt langer Transporte, Ersatzstoffe für PVC usw.) und die Privathaushalte würden bestraft. Der hauptamtliche Betreuer der Kampagne beim DNR kommt aus der Projektwerkstatt Freiburg.

Agenda 21

Der Jugendumweltkongreß ist nicht der einzige Teil der Jugendumweltbewegung, der sich auf das fürchterliche Abschlußdokument der Rio-Konferenz stützt. Nur wenige (z.B. die Projektwerkstätten in Bad Oldesloe und Saasen) sprachen sich deutlich gegen das Rio-Dokument aus. Andere arbeiten bei der Agenda mit: Die BUNDjugend, die Naturschutzjugend, JANUN sowie etliche Umwelt- und Projektwerkstätten (Wetterau, Hannover, Verden, Soest). In Hannover gibt es dafür sogar städtisches Geld für eine hauptamtliche Stelle im Jugendumweltbüro. Das Ökozentrum in Verden ist Initiatorin der Agendaarbeit am Ort und auch überörtlich dabei. Dabei stellen gerade sie den typischen Fall »moderner« Agenda-BefürworterInnen dar: Kritisch, informiert, Bedenken selber nennend mit viel Verständnis für alle die, die Agenda ablehnen ... aber sie machen es trotzdem.●

jb

DIE JUGENDUMWELTBEWEGUNG UND ...

Verden

Verden spielt für die alte Jugendumweltbewegung eine große Rolle, denn dort wohnen fast alle der ehemals an der Spitze der Jugendumweltbewegung stehenden Personen. Es sind Leute, die vor wenigen Jahren, einige noch vor wenigen Monaten (bevor sie nach Verden zogen), deutlich vertraten, daß Umweltschutz ohne gesamtgesellschaftliche Veränderungen nicht möglich sei, daß das System zu verändern bzw. der Kapitalismus abzuschaffen sei. Davon ist heute nichts mehr zu sehen. Verden ist zum Symbol geworden, wie viele ehemals radikale Leute selbst dann ihre Ideale verlieren können, wenn sie dank vieler Leute vielleicht wirklich was verändern könnten in ihrem Ort.

Modell für ein zukunftsfähiges Niedersachsen

Das Ökologische Zentrum ist Modellprojekt des BUND – ein Schlag ins Gesicht aller, die die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« und die Nachhaltigkeitsdebatte als herrschaftsstützend und kapitalismusfreundlich kritisieren. Verden stellt sich damit auf eine Seite mit den großen Umweltverbänden und den Regierungen – für gutes Geld, denn verbunden ist alles mit einem landesweiten BUNDfonds. Angetan hat es den VerdenerInnen auch der Nachhaltigkeits»papst« und SPD-Mann Ernst-Ulrich von Weizsäcker. Der setzte sich auf Bitte der VerdenerInnen gegenüber der Stadt für das Projekt ein, sein Lob ziert auch das Infoheft des Ökozentrums.

Einsatz für die Agenda

In Verden selbst gibt es jetzt auch Agenda-Arbeit. Und wer hat es initiiert? Leute aus dem VERbunt-Projekt, offiziell das Team vom Ökologischen Zentrum. Der Grund: An die regierende CDU rankommen, um von dort Unterstützung zu erhalten. CDU und F.D.P. sind dann neben dem Ökol. Zentrum und anderen auch Mitträger der Verdener Agenda. Was offenbar niemanden stört: Die Agenda steht für Atom- und Gentechnik, für eine Stärkung der Privatwirtschaft. In Verden ist sie zudem PR-Arbeit für die regierende CDU und andere angepaßte mächtige Organisationen. Überregional treten ebenfalls einige VerdenerInnen für die Agenda-Arbeit ein, z.B. eine Person im Agendatransfer-Büro in Bonn, andere auf E-Mail-Brettern und viele auf dem Jugendumweltkongreß 1997/98, der insgesamt die Agenda zur Leitlinie der Jugendumweltarbeit machen sollte und vom Verdener Projekt massiv dafür unterstützt wurde.

Pro Großkonzerne

Obwohl etliche VerdenerInnen Wirtschaftspolitik aus jahrelangen Debatten und Studium genau kennen, sind ihre Konzepte eher schwach und ausschließlich Minireförmchen im herrschenden System. So treten sie in der Steuerreformdebatte für die Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe ein, damit die armen Kapitalisten nicht abwandern. Im Ökozentrum, dem Hauptprojekt der VerdenerInnen, war ein Büro zur Öko-Auditierung und Zertifizierung nach DIN 14001 geplant – beides Mittel, um vor allem großen Konzernen ein grünes Feigenblatt zu verpassen.

Öko-KapitalistInnen: Der VERbunt-Konzern

In Sachen Geldabzocken macht den VerdenerInnen so schnell keineR was vor. Dabei ist ihnen jedes Mittel Recht: Mit der Landesregierung kungelten sie bei der Einführung der staatlichen Bingo-Lotterie und erhielten prompt 60.000 bis 150.000 DM (unterschiedliche Aussagen aus dem Projekt selbst). Von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt wollten sie Geld, bekamen es aber nicht. Geschickt präsentierten sie ihr Ökozentrum, wie immer es paßte: In Jugendkreisen und gegenüber Jugendstiftungen als Jugendprojekt (siehe unten), in Frauenkreisen stand das Frauenprojekt im Vordergrund und z.B. in CONTRASTE die Selbstverwaltung. Das meiste davon ist Mogelpackung. Für Umweltschutzkreise ist das Modellprojekt (s.o.) gedacht ... immer verbunden mit Geld, ohne das in Verden nicht mehr viel läuft).

Über das Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen versuchen die VerdenerInnen auch jedes Jahr, mehr Geld rauszuschlagen – auf Kosten der kleineren Werkstätten. Ganz ist ihr Versuch, das Jugendbildungszentrum regelmäßig vom Land finanzieren zu lassen. Auch das steht in Konkurrenz zu Geldern für die freie Jugendumweltarbeit, diesmal informierten die VerdenerInnen die Betroffenen aber nicht mal mehr!

Um ihre Wohnungen zu finanzieren, zapfen die VerdenerInnen den sozialen Wohnungsbau und die staatliche Eigenheimzulage an. Dafür geben sie ihre Selbstverwaltung auf: denn Außenstehende dürfen Genossenschaftsmitglieder werden, wegen der Eigenheimzulage mit Stimmrecht. In Zukunft entscheiden in Verden die, die Geld angelegt haben.

N.E.P.A.L. und ZEGG

Die beiden Projekte dominieren zur Zeit die Gemeinschaftenszene der Republik, im Gepäck sexistische und ökofaschistische Ideen, Werbung für die EXPO und Staatnähe. VerdenerInnen hielten 1996 und 1997 Kontakte, nutzen auch heute die im ZEGG gemachte Zeitung »eurotopia« für eigene Werbung oder arbeiteten sogar an Veranstaltungen mit, bei denen N.E.P.A.L. oder das ZEGG Veranstalter bzw. Aussteller waren. Ein Zitat von N.E.P.A.L.-Gründer Krönert prangt auf der Ökozentrumswerbung.

Verden und die Jugendumweltbewegung

In Verden herrscht eine kleine, zentrale Gruppe. Der Rest weiß von vielem nichts. In dieser Gruppe gibt es kaum noch Jugendliche, fast alle haben die Altersgrenze von 25 Jahren überschritten. Das hindert sie aber nicht, in der Jugendumweltbewegung aufzutreten. Dabei geht es um Geld, z.B. die Landesjugendgelder. Bei der Stiftung Deutsche Jugendmarke läuft die geplante Bildungsstätte (mit Bewegungsraum und Sauna) unter dem Begriff »erstes Tagungshaus der deutschen Jugendumweltbewegung« (»Jugend« ist falsch und das erste ist es auch nicht!). In Anzeigen werden Jugendliche aufgefordert, ihr Geld für das »Jugendumweltprojekt« zu spenden oder dafür die Eltern zu werben. Mitbeteiligt ist Verden auch an den inzwischen vor allem durch Zensurmaßnahmen und Agendaorientierung bekanntgewordenen Jugendumweltkongressen: Als Kontaktadresse, als MitorganisatorInnen, als vielfache ReferentInnen, als Eröffnungsredner und, welch Abgrund, beim Abreißen der nicht genehmigten Plakate, die u.a. die Zensurmaßnahmen kritisierten. Kritik gibt es selten, denn die meisten VerdenerInnen beherrschen das Wechselspiel: Je nach Umfeld präsentieren sie sich als wortradikale UmweltschützerInnen oder angepaßte, staatsnahe ReformerInnen, die zum Zukunftsstandort Deutschland etwas beitragen wollen. Dazu kommt die Vorliebe für harmonisierende Gruppenprozesse durch Moderation oder Zukunftswerkstätten. Auch das hat seine Rolle bei der Entpolitisierung der Jugendumweltbewegung gespielt.●

jb

Abkürzungen

BUND: Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland.
DBV: Alter Name des NABU.
DJN: Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung.
DNR: Deutscher Naturschutzring (Dachverband der großen Umweltverbände, nicht dabei: Greenpeace).
DUT: Deutscher Umwelttag 1992.
GAP: Global Action Plan.
JANUN: Jugendaktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen (Zusammenschluß aller Jugendorganisationen des Landes).
NABU: Naturschutzbund Deutschland.
N.E.P.A.L.: Nördliche Entwicklungsprojekte Anders Leben (Ziel: Verbindung v.a. spiritueller und ökofaschistischer Lebensprojekte zu Umweltverbänden).
UBA: Umweltbundesamt.
VERbunt: Anders-leben-Projekt in Verden (ca. 40 Personen, kommerziell orientiert).
ZEGG: Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung (Mischung aus Kommune und Konzern, ausgeprägt sexistisch und hierarchisch).

Eindrücke vom Jukß in Münster (1)

Jugendumwelt

Zwischen Etablierung und Erneuerung

Es ist schon spät abends am 28. Dezember. Reichlich übermüdet vom Weihnachtsstreß treffe ich in Münster Hiltrup auf dem fünften bundesweiten Jugendumweltkongreß (JUKß) ein. Obwohl ich eigentlich schon ein »alter Hase« bin, und mich zwischen den KongreßteilnehmerInnen teilweise etwas fehl am Platze fühle, ziehen mich die politischen Konflikte und Auseinandersetzungen im Vorfeld des Kongresses und die Erwartung spannender Diskussionen um die Zukunft der Jugendumweltbewegung auch dieses Jahr zum JUKß. Ja, der Wind ist schärfer geworden im Lande – auch für die Jugendumweltbewegung. Lange Zeit gesellschaftlich akzeptiert und gefördert und so gut wie keinen Repressionen ausgesetzt, sehen sich jetzt auch die umweltengagierten Jugendlichen mit dem allgemeinen Rechtsruck konfrontiert.

Der besetzte Raum »Enfant Terrible« auf dem Jukß in Münster ermöglichte die Diskussion über zensierte Inhalte

Peter von Rüden, Red. Jugend und Umwelt ● Eine angespannte – teils aggressive – Stimmung spüre ich von Anfang an auf dem JUKß. Sie wird den ganzen Kongreß begleiten. Viele befürchten eine Spaltung der Bewegung, Etablierung und Anpassung der einen, radikale Opposition der anderen Seite. Diskussionsthema auf vielen Fluren: »Wie werden die Jugendorganisationen der Umweltverbände, die den Kongreß mittragen und abrechnen, auf interne Konflikte und Druck von außen reagieren; sich von den radikaleren Teilen der Bewegung distanzieren oder solidarisch standhalten?« Schlimmes steht hier zu befürchten. Schon länger geht – vor allem im CL/-Computernetz – die Diskussion um die Agenda 21 und die Positionen innerhalb der Jugendumweltbewegung hierzu (s. CONTRASTE Nr. 160/Januar). Das JUKß-Organisationsteam hat im Vorfeld in der Pressearbeit die Beteiligung an Agenda-Prozessen einseitig ausgelobt und Kritik an der Agenda weitgehend ausgeblendet. Das Umweltbundesamt (UBA) als Finanzier des Kongresses hat sich massiv mit Vorgaben ins inhaltliche Programm eingemischt und z.T. Arbeitskreise unter Androhung einer Rückforderung der Zuwendung verboten. Das Organisationsteam hat sich der Zensur widerstandslos gebeugt.

Die Opposition formiert sich

Gleich zu Anfang des Kongresses wird in einem Seitenflur ein weitgehend ungenutzter Raum besetzt. Die BesetzerInnen – darunter viele aus dem Dissener Hüttendorf – wollen so einen Freiraum für politische Diskussion und unterrepräsentierte Inhalte auf dem Kongreß schaffen. Ich sitze mit unter den Diskutierenden. Das Organisationsteam des Kongresses wird mit scharfer Kritik bedacht. Die ersten Plena haben gezeigt, daß für Diskussion hier kein Raum gegeben wird. Die Opposition formiert sich. Ich fühle mich zwischen den Fronten; das Thema UBA-Zensur brennt mir selbst unter den Nägeln – bei anderen Projekten war ich selbst damit konfrontiert und hoffe auf ein gemeinsames politisches Handeln der Jugendumweltbewegung. Andererseits kenne ich einige aus dem Organisationsteam und kann sie nicht so ohne weiteres geschlossen auf der Seite der »Etablierten« sehen. Nach dem zweiten Kongreßplenum dann der große Knall – wieder gibt die Moderation keine Gelegenheit, die UBA-Zensur öffentlich auf die Tagesordnung zu bringen. Eine größere Gruppe äußert ihre Unzufriedenheit und setzt ein Sonderplenum für den nächsten Tag an.

Silvesterabend; endlich ein Plenum, auf dem die gärenden Konflikte angesprochen und diskutiert werden. Über 600 Jugendliche haben den Weg in die Halle gefunden. Die angespannte Stimmung löst sich ein wenig. Über den Umgang mit der UBA-Zensur wird rasch ein Konsens gefunden – beim nächsten Plenum wird eine Erklärung des Kongresses einvernehmlich verabschiedet, die die Einmischung des Geldgebers und jede politische Zensur verurteilt und die Jugendumweltverbände auffordert, die Erklärung zu übernehmen und damit politisch aktiv zu arbeiten. Ich bin ein wenig erleichtert, die Strategie der Spaltung ist nicht aufgegangen.

Ein neues Trägermodell ?

Den weiteren Kongreßverlauf bestimmen rege Diskussionen über die Zukunft des Jugendumweltkongresses. Die Sicherheit, daß das UBA keinen weiteren Kongreß fördern wird, gibt auch die Freiheit, viele Gewohnheiten zu überdenken. Wesentlichster Punkt dabei: die Trägerschaft durch die Jugendumweltverbände. Längst zu einer eigenen »Institution« geworden, ist der JUKß ein Bewegungskongreß, der ein viel breiteres Spektrum vereint als die Mitglieder von Verbänden. In langen Nächten in den beiden Cafés wird deutlich, daß von den Verbänden keine neuen Perspektiven ausgehen werden. »Wir sind längst nicht mehr politisch handlungsfähig«, gesteht ein Ex-Funktionär beim Bier ein. Diskutiert wird ein eigener Träger – etwa nach dem Modell des »BUKO«.

Ein wenig wundere ich mich über die marginale Bedeutung des Agenda-Themas bei den informellen Gesprächen in den Cafés. Was im Vorfeld als zentraler politischer Streitpunkt erschien, bleibt im Schatten der Zensurdebatte eher ein Randthema. Als auf dem Plenum die Kritik der RaumbesetzerInnen an der »Pro-Agenda-Lastigkeit« des Programms geäußert wird, wundert sich auch ein Referent: »Ich habe einen kritischen AK zur Politischen Ökonomie der Agenda angeboten und es sind fast nur BefürworterInnen der Agenda da gewesen.« Das entspricht auch meinem Eindruck: Die meisten KritikerInnen der Etablierung haben mit dem besetzten Raum ihren Anlaufpunkt gefunden und halten sich aus den inhaltlichen Programmangeboten weitgehend heraus. Schade, alle finden so »ihr Eckchen« und die politische Diskussion zwischen den Gruppen bleibt weitgehend aus.

Ein Neubeginn in Hannover ?

Beim Abschlußplenum geht es dann doch noch um politische Themen. Ein Resolutionsentwurf liegt vor, auf dem von Agenda nicht mehr die Rede ist. Der JUKß ist aufgefordert, zur gesellschaftlichen Entwicklung Stellung zu beziehen. Ein wenig holprig und übers Knie gebrochen wirkt der Entwurf auf mich – er spiegelt wieder, daß die politische Diskussion eher am Rand gestanden hat. Aber immerhin – etabliert und brav ist das Papier nicht. Als die Resolution einvernehmlich verabschiedet wird, bin ich ein wenig froh. Der Etablierungsprozeß der letzten Kongresse scheint eine Kehrtwende gefunden zu haben, für nächstes Jahr gibt es Hoffnungen auf eine wieder politischere Ausrichtung. Ich denke einen Moment zurück an Göttingen, an den ersten Jugendumweltkongreß 1993, wo wir die Unvereinbarkeit von Ökologie und Kapitalismus zum Thema gemacht haben. Die Generation, die diesen Kongreß organisiert hat, hat sich längst aus der Jugendszene verabschiedet. Der Frust der »alten Hasen« über Anpassung und Bravheit der Jüngeren war vielleicht doch voreilig. Mittlerweile ist klar, daß der nächste Kongreß in Hannover stattfinden wird, ohne UBA-Geld und mit neuem Konzept. Wieder in Niedersachsen, wie der erste JUKß – vielleicht ein Neubeginn wie damals. Ein Thema soll die EXPO als umweltzerstörendes Großprojekt werden. Der Kern für ein neues Organisationsteam hat sich bereits gefunden; teils »alte Hasen«, teils ganz neue Leute.

Als auf dem Abschlußplenum Grundsätze für den nächsten Kongreß beschlossen werden sollen, muß ich zum Zug. Ich fahre mit einem guten Gefühl nach Hause, der Beruhigung, daß es weitergeht und daß die Jugendumweltbewegung sich in der Lage gezeigt hat, auch äußerem Druck standzuhalten. Das schafft Vertrauen, daß es weitergehen wird – auch wenn der Druck zunimmt, auch wenn die Zeiten kälter werden. Später telephoniere ich dann mit Delegierten der Jugendumweltverbände. Naturschutzjugend und BUNDjugend haben die UBA-Resolution übernommen und sind bereit, in die politische Auseinandersetzung zu gehen. Doch auch erste Konflikte tun sich auf: Welche Rolle werden die Verbände in Zukunft für die Jugendumweltbewegung noch spielen? Die Naturschutzjugend will den Kongreß nicht mehr mittragen. Ein Jahr grundsätzlicher Entscheidungen und perspektivischer Diskussionen kommt auf das neue Organisationsteam zu – die Zukunft ist wieder offen, für den JUKß wie für die Jugendumweltbewegung.●

ETABLIERUNGSPROZESSE IN DER JUGENDUMWELTBEWEGUNG

Karrieren

... sind ein materieller Aufstieg und ein moralischer Abstieg. Karrieren von Leuten, die früher hohe moralische Forderungen an ihre Mitmenschen gestellt haben, stellen nun die Moral an sich in Frage (siehe hierzu Kasten »Karriere« auf Seite 9). Das ist auch ganz gut, vielleicht finden sich sachlichere Gesichtspunkte.

Von Herrmann Cropp, Redaktion Osnabrück ● Die Jugendumweltbewegung (JUB) ist die derzeit einzige als politisch ansprechbare Bewegung in Deutschland. Ansonsten gibt es zwar viele Projekte und Initiativen, und man spricht von der Projektebewegung, aber deren Vernetzungsgrad ist lange nicht so weit entwickelt, und sie treten auch kaum in der Öffentlichkeit als Bewegung in Erscheinung. Insofern ist ein besonderes Interesse an Etablierungstendenzen in der JUB gerechtfertigt.

Ohne Schärfe und persönliche Zerwürfnisse wäre die Diskussion wahrscheinlich jetzt noch nicht am laufen. Jörg Bergstedt von der Projektwerkstatt Saasen (bei Gießen) hat die undankbare Aufgabe auf sich genommen, die JUB mit seiner Kritik aufzumischen (die leider manchmal ins Denunziatorische abglitt). Er mußte Namen nennen und die Verflechtungen der ex-Jugendbewegten in verschiedensten Gremien, Vereinen, Verbänden und Stiftungen, sonst wäre seine Kritik abgeprallt und business as usual weitergegangen. Ohne seine gründlichen Kritikpapiere wäre das bisherige Konzept des Jukß und implizit der JUB als Verbandsangelegenheit nicht gekippt worden.

Berufung als Beruf: Abzocke

Da wir für Offenheit sind, haben Achim, Carsten und ich auf dem Jukß einen *Workshop mit Karriere-Gefährdeten* und *Kritikern* gemacht, um den Gründen für diese Entwicklung auf die Spur zu kommen. Es waren viele Aktive der Bewegung dabei, andere, denen ich (als Moderator) gern mal auf den Zahn gefühlt hätte, fehlten.

»Wie bleiben wir unseren Idealen treu?« war Achims erste Frage. Und Carsten, der schon genügend Erfahrung mit »Ehrenamtlichkeit und 70-Stunden-Woche« hat, bezweifelte, daß »Skrupel ausreichen, um sich nicht zu etablieren.« Ich hingegen forderte »Kritik ohne Pathos«, weil ich die guten Menschen mit ihrem Sozialneid auch satt habe.

Normal ist die Gefahr – das kennt man ja – daß die nolens volens (nicht wollend wollend) Etablierten sich nur gegenseitig ihr Herz ausschütten, wie scheiße das wär und, aber es geht nicht anders, Sachzwänge, Chef, Termine, Frau und Kind – und so bestätigt man sich darin keinen Veränderungsbedarf zu sehen. Uta Sophia sprach abfällig von einem »Therapie-Workshop«, und man kann tatsächlich ungeduldig werden, wenn das spätere Berufsleben so logisch und unabweislich in die Anpassung führt. Das war allerdings schon die kritischste Bemerkung, es erweist sich, daß Kritik in Anwesenheit des Gegners moderater formuliert wird, was ich sogar im Fall von Jörg vermute, falls er dagewesen wäre. Und das spricht nicht gegen sondern für eine direkte Auseinandersetzung.

Man muß trennen zwischen der persönlichen und der allgemeinen Ebene. Den Charakter der schlechten Mitmenschen zu ändern ist was anderes, als gesellschaftliche Mißstände zu beseitigen. Möglicherweise bleibt unser Charakter nämlich derselbe, auch wenn wir gewisse Sachprobleme nach einer gewissen Zeit gelöst haben. Übrigens gibt es dann schon wieder neue Probleme, vielleicht mit den neuen Funktionären unserer guten Sache. Deshalb hat es keinen Zweck oder ist sogar kontraproduktiv, zu sehr auf einzelnen rumzuhacken.

Kritik ohne Pathos bedeutet sich beiderseits darauf einzulassen, zur Kenntnis zu nehmen, was kritisiert wird und substanzielle Antworten zu geben, beiderseits Lösungen zu diskutieren und aber niemand seine persönliche Entscheidung abzunehmen. Persönliche Angriffe sind bloß die logische Folge, wenn Sachkritik ignoriert wird.

Das spezifische Problem von Leuten, die ihre Überzeugung beruflich verwirklichen wollen, ist der Anpassungsdruck, den der Verkauf einer guten Überzeugung erzeugt. Volkmar sieht ganz klar, in der JUB »wird die Berufung zum Beruf gemacht, und es wird abgezockt.«

Von Visionen zu Sachzwängen

Im Sinne der Offenheit sollen hier einige zentrale Äußerungen von Leuten wiedergegeben werden, die den beruflichen Anpassungsdruck aus eigener Erfahrung kennen. Florian etwa plant eine Karriere in Bonn und weiß, »daß Sachzwänge bestehen, aber da muß man durch! Früher (hatte er) Visionen,« aber die entschwinden irgendwie. Für ihn als künftigen Funktionär (wenn er durchhält) ist die Tendenz klar: »von Visionen zu Sachzwängen«.

Heidi weiß, daß »die Zwänge immer in den Arbeitsstrukturen« liegen. Thomas hält »Etablierung für unvermeidbar.« Oliver: »Wenn ich mit einem Zwang übereinstimme, ist es keiner.« Felix »will Träume verwirklichen, aber auch Sicherheit haben.« Dirk provoziert, »Etablierung ist gut! Denn Arbeitslosigkeit (die er kennt) führt auch in Zwänge.« Adrian studiert Rationalisierung und arbeitet »daran, daß ihr bald keine Arbeit mehr habt,« er will »den Wandel beschleunigen.« Marc aus Verden möchte »Etablierungskritik nicht mit Kritik an professioneller Arbeit verwechselt« sehen, was nahelegt, daß die Agendaarbeit in Verden professionell sein soll.

Für Dagmar kommen die Etablierungszwänge nicht von außen, sondern sind selbstgewollt, sie ist überzeugt, »ohne hohe Ansprüche geht es auch.« Lothar ist Ingenieur und erst während seines Berufs politisiert, er »empfindet den Zwiespalt zwischen Arbeitswelt und politischem Wollen immer stärker.« Uta Sophia »will etwas vorleben. Ich habe eine andere Lebenssituation, bin vielleicht zu kraß, ich will mich in bestimmten Strukturen nicht verhalten.« Tino erklärt zu krassen Lebensstilen, »im Bauwagen ist kein einfaches Leben,« und »man gilt so oder so als ewig gestriger Aussteiger.« In dem Sinne bezeichnet Carsten »Bewegung als Abstieg«. Wir haben es in Bewegungen mit ausgesprochenen Antikarrieren zu tun, deshalb vielleicht die Empfindlichkeit gegen Etablierung.

Mangels biografischer Erfahrung wurde Dirks »Ausbildung – Beruf – Heiraten – Abkratzen« zwar mit Freude aufgenommen, aber daß aus Sachzwängen einmal Existenzzwänge und sogar Ängste werden, und daß das vielleicht eine viel gefährlichere Dynamik im Etablierungskarussell ist, konnte nicht besprochen werden (hier ist Klärungsbedarf!).

Freiräume organisieren

Wer die Karrieristen kritisieren will, kann ihnen zwar durchaus nachweisen, daß sie nicht mehr vertreten, was sie mal erstrebten, aber wo bitteschön ist die Perspektive? Da war Rudi Dutschke eindeutiger mit seinem »Langen Marsch durch die Institutionen«. Als Perspektive für ausstudierte Studenten mit revolutionärem Anspruch bleibt vorerst nur das Abtauchen in den Terrorismus oder sich irgendwie zu arrangieren. Es sei denn, die Arbeitswelt der Zukunft ändert sich wirklich in Richtung Selbstbestimmung. Aber auch das geht nicht von selbst.

Zur Perspektive gab es in der Diskussion verschiedene Vorschläge, die teilweise im Persönlichen ansetzen, teils auf soziale Experimente und Alltagsutopien hinauslaufen und drittens die Konzeption politischer Bewegungen betreffen.

1. Carsten favorisiert einen nicht karrierefähigen Charakter, der »Offenheit behalten will, auch was anderes zu machen.« In diese Richtung geht auch Dagmars oben erwähnte Reduzierung von Ansprüchen, Tinos einfaches Leben und Uta Sophias Vorleben. Übrigens beinhalten alle geäußerten Perspektiven, auch wenn das große Gesamte gemeint ist, daß man von der Entscheidung des Einzelnen ausgeht.
2. Konkrete Utopien und soziale Experimente wie Hüttendörfer und Wagenburgen haben die höchste Glaubwürdigkeit, auch wenn, wie Tino bemerkte, der Aussteigerei etwas überholtes anhaftet. Peter von der Dauerdemo (Bonn) setzt allgemein auf »Kommunen als neuer sozialer Rahmen.« Peter (ein Schüler) will »Freiräume schaffen, selbstverwaltete Arbeit, selbstbestimmt leben, um da heraus aktiv zu werden.« Schneebällchen fordert die »Unterstützung links-sozialer Bewegungen,« aber Dirk unterbricht ihn gereizt, er sei »solche linken Sprüche leid.«
3. Rasmus betonte die Bedeutung des sozialen Umfeldes, der Einzelne und die Bewegung befänden sich nicht »im luftleeren Raum, sondern in einem repressiven Umfeld«. Man muß sowohl persönlich wie als Bewegung damit umzugehen lernen. Außerdem (Rasmus:) »Läßt die Bewegung keine Weiterentwicklung zu« für ihre Mitglieder, das heißt, auch die Bewegung ist repressiv, oder ich würde sagen, Bewegungen haben repressive Tendenzen nach innen. Dieser Punkt sollte unbedingt untersucht werden, ein Teil der bisherigen Kritiken könnte revidiert werden!

Florian unterstützte den Gedanken, »es gibt auch Tatendrang und den Wunsch nach Herausforderung.« Bewegungen sollten der Entfaltung der Kräfte ihrer Mitglieder dienen, statt sie zu reglementieren. Rasmus, »auch Bewegungen können sich etablieren.« Es braucht also soziale Bewegungen, die die schöpferischen Freiräume organisieren (Rasmus: open-space-technology). Jörg S.: Es gilt konkrete Strukturen für Bewegung zu schaffen und Vernetzung untereinander.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich viele wichtige Gedanken verkürzt oder ausgelassen habe, vor allem Heidis »Einbeziehung der Spiritualität in unser Leben«. Aber die Diskussion in dieser Zeitung kann weiter gehn, auch hier wäre ein Freiraum zu organisieren.●

Eindrücke vom Jukß in Münster (2)

Jugendumwelt

Kongreß entwickelte erstaunliche Eigendynamik

Ein seichter Umweltkongreß hatte es werden sollen. Lieb und brav sollten die Jugendlichen in Arbeitsgruppen Reparaturmaßnahmen für die ökologische Krise entwickeln, die sich alle im Rahmen des technischen Umweltschutzes bewegen, den auch die Bundesregierung als ihre politische Maxime ausgegeben hat. Die Agenda 21, das Abschlußdokument von Rio, in der auch positiv auf Gentechnologie und Kernenergie Bezug genommen wird, sollte Hauptthema des Jugendumweltkongresses werden, der unter dem Motto »Stadt und Land« zur Jahreswende 97/98 in Münster stattfand.

AUFTAKT-Umweltfestival 1993 Foto: Thomas Holz/ILEX Göttingen

Dieter Rahmann, A33-Hüttendorf ● Wenn schon radikale Kritik, so sollte sie bei diesem Kongreß schön eingebettet im Rahmen der Agenda 21 vorgebracht werden. Arbeitskreise zu Systemalternativen oder überhaupt zur Analyse von weltweiten Abhängigkeitsverhältnissen und der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung suchte mensch im Programm vergebens. Radikale Ansätze und direkte Aktionen wie Trassen- oder GENackerbesetzungen oder Aktionen der Tierrechtsszene, die in der Jugendumweltbewegung enorme Popularität besitzen, fielen ebenso unter den Tisch.

Ein solch einseitiges Programm gegenüber der Masse der 600 angereisten TeilnehmerInnen durchzusetzen, war nicht einfach für das Organisationsteam, daß sich hauptsächlich aus Vertretern der Jugendverbände des BUND und des NABU, sowie aus freien Projektwerkstätten zusammen setzte. Ein Brief des Bundesumweltamtes (UBA), der mit 150.000 DM der Hauptsponsor des Kongresses war, diente zumindest Teilen des Organisationsteams als hilfreiches Mittel. In diesem Brief knüpfte das UBA die Finanzierung an die Streichung der Arbeitskreise »Was ist ziviler Ungehorsam« und »Agenda 21, Kritik und Alternativen«, die von der Graswurzelrevolution organisiert werden sollten (s. CONTRASTE Nr. 160, Seite 2). Weiter meldete das UBA Bedenken gegen Arbeitskreise des Anti A33 Hüttendorfes und des Carwalkers Michael Hartmann an. In vorauseilendem Gehorsam hat das Organisationsteam die Bedenken als Verbot uminterpretiert und alle vier Arbeitskreise aus dem Programm gestrichen.

Lammfrommer Kongreß ?

Und nicht nur diese. Mit der Begründung, daß das UBA schon auf dem letzten Kongreß in Berlin Aks zu Siemens und zum Castor kritisierte, suchte mensch auch bei der Ankündigung zu diesem Kongreß Aktivitäten zum Castor vergebens, und das, obwohl das Brennelementezwischenlager Ahaus, in das der nächste Castor rollen soll, nur wenige Kilometer vom Tagungsort entfernt liegt. Selbstredend, daß auch Büchertische auf denen Schriften über die Verquikkung der Umweltverbände mit der Großindustrie ausliegen sollten, nicht gern gesehen wurden. Einem lammfrommen Kongreß stand nun nicht mehr viel im Wege.

Das dieser Kongreß jedoch völlig anders verlief, daß Räume besetzt wurden, in denen die unerwünschten Arbeitskreise stattfanden und einen enormen Zulauf hatten, daß Plena dem Organisationsteam teils völlig entglitten bis hin zur Selbstorganisation der TeilnehmerInnen, daß statt über die eigentlich vorgesehenen Inhalte fast nur über die Zensur und die Gängelung durch die Verbände geredet wurde und dieser Kongreß eine erstaunliche Eigendynamik in Richtung Selbstbestimmung entwickelte, hatte einen entscheidenden Grund. Die Verbandsvertreter im Organisationsteam hatten die Stimmungslage unter den KongreßteilnehmerInnen völlig falsch eingeschätzt.

Auch wenn die Mehrheit radikalen Inhalten eher skeptisch gegenüber stand, so war doch einhelliger Wunsch der meist sehr jungen TeilnehmerInnen nach einer pluralistischen Debatte. Zensur, egal ob von innen oder außen, war für sie nicht tragbar. Da halfen auch nicht die gebetsmühlenartig wiederholten Argumente des Organisationsteams, wenn den UBA-Auflagen nicht Folge geleistet würde, sei die Naturschutzjugend pleite.

Mit restriktiven Maßnahmen versuchte das Organisationsteam am Anreisetag seine Vorstellungen vom Kongreß durchzusetzen: TeilnehmerInnen, die bei der kongreßinternen Zeitung mitmachen wollten, wurde eine inhaltliche Arbeit mit der Begründung untersagt, das die technischen Mittel nicht ausreichend seien. Als diese dann ihr eigenes Laptop klarmachten, wurde die Katze aus dem Sack gelassen: »Wehe, Ihr schreibt ein Wort zur Zensur ...«. Die Zeitungsgruppe konterte mit dem Abdruck der UBA-Abmahnung. Auch Personen, die sich an der Ergebnispräsentation des Kongresses beteiligen wollten, mußten feststellen, daß das Organisationsteam schon am Sonntag wußte, was am kommenden Freitag herauskommen würde (Agenda, Nachhaltigkeit, Car-Sharing).

Die Besetzung

Die OrganisatorInnen einer Rave-Party wurden unter Androhung polizeilicher Räumung des Raumes verwiesen, weil sie es versäumt hatten, diese bei allen Organisatoren anzumelden. Am nächsten Morgen ließ das Organisationsteam zwar noch einige Büchertische entfernen, aber angesichts der Tatsache, daß inzwischen die diskriminierten Gruppen (Anti A 33 Hüttendorf, Carwalking, Veganszene) unter dem bezeichnenden Namen »efant terrible« einen Raum besetzten, dort die zensierten Arbeitskreise anboten und daß im Foyer über die Zensurgerüchte diskutiert wurde, trat das Organisationsteam die Flucht nach vorne an und setzte das Thema Zensur auf die Tagesordnung der nächsten beiden Plena.

Die Diskussionsleitung gestalteten sie aber so dominant, daß es zum Eklat kam. Als selbst die fünf (!) Minuten, die für eine Diskussion zur Zensur vorgesehen waren, mit der Begründung beschnitten wurden, daß die nachfolgende Podiumsdiskussion zum Thema Agenda pünktlich anfangen müsse, weil die Referenten von BASF, SPD und einer Umweltstiftung bezahlt werden und das Fernsehen schließlich auch gekommen sei, war das Maß voll: 150 PlenumsteilnehmerInnen verließen den Saal und diskutierten in den von »efant terrible« besetzten Räumen weiter. Dabei ging es längst nicht mehr nur um das Thema Zensur durch das UBA. Das Organisationsteam und die Abhängigkeit von den Verbänden NABU und BUND standen im Zentrum der Kritik. Die Redeleitung wurde abgesetzt und von nun an wurden die Plena maßgeblich von den KritikerInnen moderiert.

Das diese kleine Palastrevolte nun dazu führe, daß auch radikale Politikansätze auf dem Plenum diskutiert würden, wie von den BesetzerInnen gewünscht, war jedoch nicht der Fall. Den RevoluzzerInnen hatte es vollkommen ausgereicht, daß nun die theoretische Möglichkeit bestand, eine pluralistische Auseinandersetzung über radikale Inhalte zu führen. Die inhaltlichen Konflikte auch tatsächlich auszutragen, ging unter in dem Bemühen der TeilnehmerInnen, möglichst lieb und nett miteinander umzugehen.

Politischer Standort ungeklärt

Das Konsensprinzip, nachdem nun verfahren wurde, führte zu so obskuren Situationen, daß viele auf ein Veto oder gar auf die Darstellung der eigenen Position verzichteten, um nur ja nicht einer vermeintlichen Mehrheit des Kongresses die eigene (vermeintliche Minderheiten-)position aufzuzwingen. Das Bild einer scharfen inhaltlichen Auseinandersetzung, daß eventuell als Spaltung interpretiert werden könnte, mochten die TeilnehmerInnen der Öffentlichkeit nicht vermitteln. Schade, denn so wurde es verpaßt, den politischen Standort der Jugendumweltbewegung ausreichend zu klären.

Tendenzen lassen sich vielleicht an einigen Wortbeiträgen feststellen, die mit Zustimmung quittiert wurden, wie z.B. eine Teilnehmerin auf den Passus »Wir sind für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel« reagierte: »Das riecht mir zu sehr nach Kommunismus«. Auch kam mensch in der Resolution nicht über den Appellationscharakter an »Politiker« hinaus. Die Erkenntnis, daß »Politiker« natürlich den Interessen der sie tragenden Machtkartelle unterworfen sind und demzufolge nicht, wie beim Kongreß unterstellt, gemeinsam mit »uns« das gleiche Anliegen an einer sauberen Umwelt haben, hatte sich nicht durchgesetzt. Auch das Modeschlagwort Globalisierung wurde bemüht, um unsere ach so armen »Politiker« von vielen Verantwortlichkeiten reinzuwaschen, da die nationalstaatliche Politik dieser Globalisierung unterworfen sei. Die Position, daß (implizit positiv überhöhte) Nationalstaatlichkeit als Konkurrenz zur Globalisierung zu sehen ist, wurde kritisiert, eine Diskussion darüber fand aus Zeitgründen nicht statt.

Fazit ?

Ein Fazit zu ziehen, fällt schwer. Sicherlich ist die fehlende inhaltliche Positionierung des Kongresses insgesamt als negativ einzuschätzen. Trotzdem bleibt festzustellen, daß es eine inhaltliche Auseinandersetzung auch mit linksradikalen Inhalten gegeben hat. Diese fanden zwar nicht in den normalen Programmarbeitskreisen statt, dafür aber auf den Fluren, in den Pausen und nicht zuletzt in den Ak's, die im besetzten Raum stattfanden. Für die Jugendumweltbewegung sind TeilnehmerInnenzahlen von 60 Personen bei Themen wie dem vom Anti A 33 Hüttendorf angebotenen AK »Anarchie und Sozialismus in der Umweltbewegung« nicht gerade wenig. Auch andere Ansätze, wie z.B. Streetwalking-Seminare mit 50-60 TeilnehmerInnen, Ak's zu Jagdsabotage und Veganismus in derselben Größenordnung, zeigen die Vielfältigkeit der Bewegung auf. Das Organisationsteam konnte seine Funktion als Transmissionsriemen zwischen Bundesregierung und aufmüpfiger Jugendumweltbewegung schließlich nicht umsetzen. Auch für zukünftige Kongresse konnten hier Weichen gestellt werden.

Die Eigendynamik, die dieser Kongreß hatte, bewirkte, daß ein zentraler Punkt für den nächsten Kongreß in Hannover eine Diskussion darüber sein wird, wie sich die Jugendumweltbewegung aus der erdrückenden Umarmung der Verbände lösen kann. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt soll eine grundsätzliche Kritik an der EXPO 2000 sein, trotz der Beteiligung des BUND an der EXPO. Eine solche aus radikaler Sicht positive inhaltliche Vorbereitung auf den nächsten Kongreß, wäre vor Münster nicht möglich gewesen und dieser Prozeß ist auch nicht so einfach wieder umzukehren. Manchmal klappt die Einflußnahme von radikalen Positionen aus eben doch. Die Voraussetzung dafür ist jedoch ein einigermaßen organisiertes Verhalten der Ausgegrenzten, wie in Münster beispielhaft von der BesetzerInnengruppe »enfant terrible« durchgeführt.●

AUS DER BEWEGUNG HINEIN IN DIE...

... Karrieren

Verbund statt Verband, Projekte statt Paragraphen und ähnliche Ziele standen 1990 am Beginn der unabhängigen Jugendumweltbewegung. Doch schon 1993 hatten die »Radikalen« von einst wichtige Stellungen in der bundesdeutschen Umweltschutzlandschaft erobert. Etliche Karrieren begannen genau dort, wogegen sich einst die Kritik richtete.

Martin R. (Freiburg, Projektwerkstatt, SET):
Martin Rocholl, Eröffnungsredner von AufTakt, arbeitet heute (mit Dr.-Titel geschmückt) für den Deutschen Naturschutzring (DNR), eben jenen Dachverband, der Filz und Hierarchie im Umweltschutz am stärksten repräsentiert. Martin hat dort den Vorschlag für eine Ökologische Steuerreform erarbeitet. Der besondere Gag: Energieintensive Betriebe sollen einen Steuererlaß erhalten, aber alle Vorteile (Lohnnebenkostensenkung) erfahren. Das bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben sowie eine Hilfe für die (Chlor-) Chemie, Aluminium-, Düngemittel- und Zementindustrie.

Rasmus G. (Verden):
Als ehemals wichtiger Theoretiker der Jugendumweltbewegung und kritischer Geist im BUND-Bundesjugendvorstand ist Rasmus heute meist im etablierten Verdenprojekt zuhause, zur Zeit arbeitet er im Agendatransfer-Büro in Bonn. Das ist von der Landesregierung beauftragt, die Agenda-Arbeit in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Armin T. (Verden):
Er gilt als Initiator von AufTakt, dem quantitativen Höhepunkt der alten Jugendumweltbewegung. Seine steile Karriere beginnt schon davor. Dieses Festival, was eigentlich als Großveranstaltung gegen Verkrustung, Hierarchien und für eine politische Radikalisierung geplant war, näherte sich aus finanziellen Gründen an. Der Deutsche Naturschutzring wurde von der Zielscheibe zum Mitträger, das Geld kam von der Bundesstiftung Umwelt. Armin setzte seine Karriere anschließend zügig fort und saß schließlich im Präsidium des DNR. Dort wurde zudem eine Jugendvertretung gebildet, in der sich noch mehr Jugendumweltleute zeigten: Peter v. R., Kerstin N. und Rasmus G. (alle Verden), Soeren J. (damals Göttingen, demnächst auch Verden), Gert S. (Göttingen), Lars K. (damals Mainz), usw.

Philipp S. (Ex-JANUN):
Einer der Mitbegründer der Jugendumweltbewegung (damals als Landesjugendsprecher der BUNDjugend Niedersachsen) ist heute Hauptamtlicher beim BUND-Bundesverband, zuständig für Europapolitik.

Lars K. (Lüneburg, Ex-Jugendumweltbüro Mainz):
Die neuste Karriere ist die von Lars K. – und auch beim DNR. Er ist jetzt Projektleiter bei einem der Projekte, das am deutlichsten jeglicher Idee der früheren Jugendumweltarbeit entgegensteht, nämlich dem von der Bundesstiftung Umwelt finanzierten Programm zur Schulung von »Führungsnachwuchs« (so die Ausschreibung). Die Stellen für die Nachwuchs-FunktionärInnen werden nicht nur in den hierarchischen Verbänden, sondern auch in Projektwerkstätten (z.B. Freiburg) eingesetzt.

Frank-Uwe P. (Wetterau):
Die Wetterauer Umweltwerkstatt gehört zu den beiden ältesten Werkstätten. Eine Zeit lang war sie Teil eines intensiv und solidarisch zusamenarbeitenden Werkstättenverbundes in Hessen. Seit ca. 1994 aber geht die Werkstatt andere Weg. Ihr Chef, Frank-Uwe Pfuhl, wird Kreisvorsitzender des Naturschutzbundes und arbeitet in der SPD mit. Selbstredend, daß er in der Umweltwerkstatt auch die Agenda-Arbeit koordiniert.

Die Drahtzieher (alle männlich):
Die Liste der Karrieristen wäre unvollständig, wenn die Hauptdrahtzieher nicht genannt würden – die, die keine Ämter brauchen, weil sie diese gar nicht mehr brauchen. Sie agieren wahlweise unter verschiedenen Titeln, Projekt- oder Verbandsnamen und haben alle eine enge Anbindung an die zwei Hauptkungelorte der etablierten Ex-JugendumweltfunktionärInnen: Verden und JANUN. Die beiden wichtigsten: Soeren J., Ex-Göttingen und demnächst in Verden, im letzten Jahr als Hauptdrahtzieher von JANUN zentral verantwortlich dafür, daß JANUN kaum noch ein Jugendverband, sondern ein Geldtopf für Erwachsene ist, und Sven G., der Kopf des Verden-Projektes, Macher der Verdener Agenda und Drahtzieher überregionaler Kontakte. Seine Unterschrift ziert den Vertrag zum Modellprojekt für ein zukunftsfähiges Niedersachsen. Was er im Namen des Verden-Projektes macht, wissen in Verden nur wenige. Mit Sven bilden Günter M. und Felix K. (einer der Hauptorganisatoren des alten, spaltenden »X-tausendmal quer«) die Machtzentrale des Verden-Projektes. Überregional aktiv ist noch Peter v.R., einem der wichtigsten Leute, wenn es darum geht, überegionale Gelder und vor allem Jugendförderungen in die Verdener Wohn- und Betriebezentren umzuleiten.

Die hier genannten Personen sind nur auffällige Beispiele. Neben ihnen gibt es viele, die sang- und klanglos in ein bürgerliches Leben verschwunden sind, und weitere, die Karriere gemacht haben.●

jb

»AUF DER SUCHE NACH UNKLAREN RESSOURCEN« ...UND WAS MACHEN SIE SO IM LEBEN?

Die Glücklichen Arbeitslosen

Was nun folgt, widerstößt gegen die bisher geltenden Prinzipien der Glücklichen Arbeitslosen, die ungern mit der Theorie beginnen. Sie bevorzugen vielmehr Propaganda durch Tat, Untat und vor allem Nicht-Tat. Zudem gibt es auf dem Gebiet der glücklichen Arbeitslosigkeit noch keine entscheidenden Forschungsergebnisse, die präsentierbar wären. Jedoch sind ein paar Erklärungen nötig, denn die Gerüchte, die den Glücklichen Arbeitslosen schon einen heimlichen Ruhm verschafft haben, sind nicht frei von Mißverständnissen. Über ziemlich grundlegende Aspekte sogar, nämlich das Glück, und die Arbeitslosigkeit außerdem.

Von Norbert Trenkle, Nürnberg ● Erstens, da vom Glück die Rede ist, wird die Sache sofort verdächtig. Glück ist bürgerlich. Glück ist unverantwortlich. Glück ist undeutsch. Und überhaupt, wie kann man glücklich sein, angesichts der Armut, der Gewalt und der Schrippen, die nun 67 Pfennige kosten, obwohl nichts weiter als Luft drin ist.

Paul Watzlawick hat eine schlagende »Anleitung zum Unglücklichsein« verfaßt, in dem er eine solche Einstellung schildert:

»Was, wenn wir am ursprünglichen Ereignis unbeteiligt sind? Wenn uns niemand der Mithilfe beschuldigen kann? Kein Zweifel, dann sind wir reine Opfer, und es soll nur jemand versuchen, an unserem Opferstatus zu rütteln oder gar zu erwarten, daß wir etwas dagegen unternehmen. Was uns Gott, Welt, Schicksal, Natur, Chromosome und Hormone, Gesellschaft, Eltern, Verwandte, Polizei, Lehrer, Ärzte, Chefs oder besonders Freunde antaten, wiegt so schwer, daß die bloße Andeutung, vielleicht etwas dagegen tun zu können, schon eine Beleidigung ist. Außerdem ist sie unwissenschaftlich.«

Um diese Frage zu behandeln, wäre es nötig, in den Sumpf der Psychologie vorzudringen, wovor wir uns natürlich hüten werden.

Gegen das Glücklichsein hält man aber auch noch andere Argumente parat. Zum Beispiel wird behauptet, der Totalitarismus bestehe darin, die Menschen gegen ihren Willen glücklich machen zu wollen. Aber die unglücklichen Arbeiter und Arbeitsuchenden brauchen sich keine zusätzliche Sorge zu machen: der Glückliche Arbeitslose hat nicht die Absicht, sie gegen ihren Willen glücklich zu machen. Gewiß ist Glück ein Stichwort für alle möglichen Quacksalber, die ihre Wundermedizin anpreisen wollen. Aber der Glückliche Arbeitslose hat keine Wundermedizin anzubieten. Programmatisch sieht das so aus wie bei Lautramont, der 1869 seine eigene Aufgabe formulierte:

»Bis jetzt wurde Unglück geschildert, um Furcht und Erbarmen zu erzeugen. Nun werde ich das Glück schildern, um ihr Gegenteil zu erzeugen.«

Und jetzt zur Sache:

Wir wissen alle, daß Arbeitslosigkeit nicht abgeschafft werden kann. Läuft der Betrieb schlecht, dann wird entlassen, läuft er gut, dann wird in Automatisation investiert und auch entlassen. In früheren Zeiten wurden Arbeitskräfte gefordert, weil es Arbeit gab. Nun wird verzweifelt Arbeit gefordert, weil es Arbeitskräfte gibt, und keiner weiß, wohin mit ihnen, denn Maschinen arbeiten schneller, besser und billiger. Die Automatisation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen.

Der Glückliche Arbeitslose Aristoteles vor 2.300 Jahren:

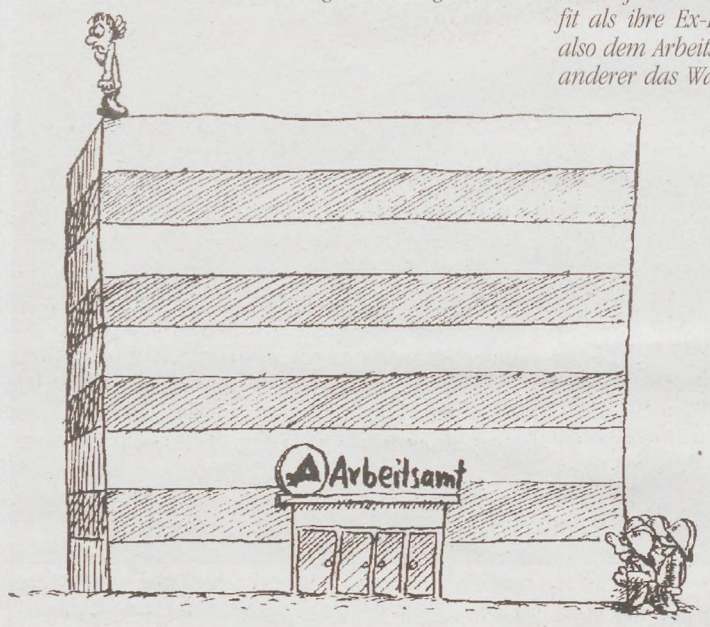
»Wenn jedes Werkzeug seine eigene Funktion selbst erfüllen könnte, wenn zum Beispiel das Weberschiffchen allein wirken könnte, dann würde der Werkmeister keine Gehilfen brauchen, und der Herr keine Sklaven«.

Nun hat sich dieser Traum verwirklicht, und alle empfinden es als einen Alptraum, da sich die sozialen Bedingungen nicht so rasch wie die Technik gewandelt haben. Dieser Prozeß ist unumkehrbar, denn Roboter und Automaten werden nicht wieder von Arbeitern abgelöst. Außerdem wird die »menschliche« Arbeit, wo sie noch nötig ist, in Billiglohnländer ausgelagert oder von unterbezahlten Immigranten hier geleistet. Diese abwärts führende Spirale könnte nur mit der Wiedereinführung der Sklaverei beendet werden.

Jeder weiß es, doch darf man es nicht aussprechen. Offiziell herrscht der »Kampf gegen die Arbeitslosigkeit«, eigentlich ein Kampf gegen die Arbeitslosen. Zu diesem Zweck werden Statistiken verfälscht, Pseudoarbeitsplätze beschafft und schikanöse Kontrollen durchgeführt. Da solche Maßnahmen immer unzureichend sind, wird noch dazu herummoralisiert und behauptet, der Arbeitslose habe seine Situation selbst verschuldet. Man macht aus den Arbeitslosen einfach »Arbeitsuchende«, allein um die Realität zu zwingen, sich der Propaganda anzupassen. Der Glückliche Arbeitslose sagt laut, was jeder weiß.

»Arbeitslosigkeit« ist ein schlechtes Wort, ein negativ besetzter Begriff, die Kehrseite der Medaille der Arbeit. Ein Arbeitsloser ist bloß ein Arbeiter ohne Arbeit. Dabei wird über den Menschen als Poet, als Reisender, als Suchender, als Atmer nichts gesagt. In der Öffentlichkeit darf nur von Arbeitsmangel die Rede sein, erst in privaten Sphären, abseits von Journalisten, Soziologen und anderen Schnüfflern, wagt man, aufrichtig zu sein. »Ich wurde entlassen, geil! Endlich habe ich Zeit, jeden Tag auf Parties zu gehen, brauch nicht mehr aus der Mikrowelle zu essen und kann ausgiebig vögeln.«

Soll diese Trennung zwischen privater Weisheit und öffentlicher Lüge aufgehoben werden? Man sagt uns, es sei nicht der richtige Moment, die Arbeit zu kritisieren, es sei eine Provokation, die den Spießern gerade recht käme. Noch vor zwanzig Jahren konnten die Arbeiter ihre Arbeit und auch die Arbeit an sich in Frage stellen. Heute müssen sie, nur weil sie nicht arbeitslos sind, Zufriedenheit heucheln, und die Arbeitslosen müssen, nur weil sie keine Arbeit haben, Unzufriedenheit heucheln. Somit hat sich die Kritik der Arbeit in Wohlgefallen aufgelöst. Der



Glückliche Arbeitslose ist über diese infantile Erpressung erhaben.

Wo die Arbeitsethik verloren gegangen ist, bleibt die Angst vor der Arbeitslosigkeit die beste Peitsche zur Steigerung des Kriechertums. Ein gewisser Schmilinsky, Managementberater zur Ausrottung der Blaumacher, sagt es ganz deutlich:

»In einem Rennstall überlegen Sie sich auch, welches Pferd noch das Gnadenbrot bekommt und welches nicht. Unternehmen, die heute überleben wollen, müssen zuweilen auch rabiat sein. Zuviel Güte kann einem Unternehmen den Hals brechen. Ich rate meinen Kunden, mit der eisernen Hand im Samthandschuh durchzugreifen. Wir leben in einer Zeit, in der Arbeiter rund um sich herum beobachten, wie Stellen abgebaut werden. Niemand will unangenehm auffallen. Firmen neigen zunehmend dazu, diese Unsicherheit zu nutzen, um die Fehlzeiten deutlich zu senken.« (der Spiegel, 32/1996)

Das Schaffen eines artgerechten Biotops für Glückliche Arbeitslose würde auch die Lage der Arbeiterschaft verbessern: die Angst, arbeitslos zu werden, würde abnehmen, und der Mut, sich zu widersetzen, könnte leichter zum Ausdruck kommen. Vielleicht würde sich eines Tages das Kräfteverhältnis wieder zu der Arbeitenden neigen. »Was? Sie wollen kontrollieren, ob ich richtig krank bin oder nicht? Dann geh ich lieber zu den Glücklichen Arbeitslosen«.

Arbeit ist eine Überlebensfrage. Diese Meinung können wir teilen. Bob Black schreibt dazu aus Nordamerika:

»Arbeit ist Massenmord oder Genozid. Arbeit wird jeden, der diese Worte liest, direkt oder indirekt umbringen. Zwischen 14.000 und 25.000 Menschen kommen in diesem Land jährlich bei der Arbeit um. Mehr als zwei Millionen werden dabei zu Behinderten. 20 von 25 Millionen werden verletzt. In dieser Zahl sind noch nicht einmal die halbe Million Menschen mit Berufskrankheiten einbezogen. Es wird nur die Oberfläche angekratzt. Was die Statistik nicht aufzeigt, sind all die Menschen, deren Lebensdauer durch Arbeit verkürzt wird – das ist doch eben Mord. Denken Sie an all die Ärzte, die sich mit 50 zu Tode schuften. Denken Sie an all die Workaholics!

Und auch wenn Sie nicht getötet oder verkrüppelt werden während Ihrer Arbeit, so könnten Sie es doch, während Sie zur Arbeit gehen, von der Arbeit kommen, Arbeit suchen oder versuchen, die Arbeit zu vergessen. Natürlich darf man auch nicht versäumen, all die Opfer von Umweltverschmutzung, arbeitsbedingtem Alkoholismus' und Drogenabhängigkeit zu zählen. Hier werden Leute gekillt in wenigstens 6stelliger Zahl, allein um den überlebenden Big Macs und Cadillacs zu verkaufen!«

Der Schuhmacher oder Tischler ehrte sein Handwerk. Und Werftarbeiter konnten noch stolz darauf sein, das prächtige Schiff vom Stapel laufen zu sehen, das sie selbst gebaut hatten. Dieses Gefühl von Nützlichkeit gibt es in 95% aller Jobs nicht mehr. Der »Dienstleistungs«-sektor beschäftigt nur Dienstboten und Computeranhängsel, die keinen Grund haben, stolz zu sein. Selbst ein Arzt fungiert nur noch als Handelsvertreter der pharmazeutischen Konzerne. Wer kann von sich noch behaupten, er mache sich nützlich? Entscheidend ist nicht mehr, wozu etwas nützt, sondern wieviel man damit verdienen kann. Alleiniges Ziel jeder einzelnen Arbeit ist, den Gewinn des Unternehmens zu steigern, und ebenso ist auch die alleinige Beziehung des Arbeiters zu seiner Arbeit sein Gehalt.

Gerade deshalb, weil Geld das Ziel ist und nicht gesellschaftlicher Nutzen, existiert Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung bedeutet ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit bedeutet gesunder Markt. Was passiert, wenn ein Konzern ankündigt, daß er so und so viele Arbeitsplätze vernichtet? Alle Börsenspekulanten loben seine Sanierungsstrategie, die Aktien steigen, und bald darauf wird die Bilanz die entsprechenden Gewinne aufweisen. Auf diese Weise schaffen die Arbeitslosen mehr Profit als ihre Ex-Kollegen. Logischerweise müßte man also dem Arbeitslosen dafür danken, daß er wie kein anderer das Wachstum fördert. Statt dessen kriegt er nicht einen Furz des Gewinns ab, den er selber schafft. Der Glückliche Arbeitslose ist der Meinung, daß er für seine Nicht-Arbeit entlohnt werden muß.

Hier können wir uns auf Kasimir Malewitsch, den Maler des »schwarzen Quadrat auf weißem Grund« beziehen. 1921 schrieb er in seinem Buch »Faulheit – eigentliche Wahrheit der Menschen«, das erst vor zwei Jahren auf Russisch veröffentlicht wurde:

»Das Geld ist nichts als ein kleines Stück Faulheit. Je mehr man davon hat, desto ausgiebiger wird man die Glückseligkeit der Faulheit kennenlernen. (...) Im Kapitalismus ist die Arbeit auf eine Weise organisiert, die den Zugang zur Faulheit nicht allen Menschen gleichermaßen ermöglicht: Genießen kann die Faulheit nur, wer durch Kapital abgesichert ist. So hat sich die Klasse der Kapitalisten von dieser Arbeit befreit, von der sich die gesamte Menschheit befreien muß.«

Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, daß er keine Arbeit hat, sondern daß er kein Geld hat. Also sollten wir nicht mehr von »arbeitslos«, sondern von »geldlos«, nicht mehr von »Arbeitsuchenden«, sondern von »Geldsuchenden« reden, um die Dinge klarer zu stellen. Wie wir sehen werden, bietet der Glückliche Arbeitslose an, diesen Mangel durch die Suche nach unklaren Ressourcen auszugleichen.

Man rechne einmal nach, wieviel Geld insgesamt von den Steuerzahlern und Betrieben »für Arbeitslosigkeit« offiziell ausgegeben wird, und dividiere durch die Zahl der Arbeitslosen: Na, da sind eindeutig mehr Nullen dran, als wir auf unseren Konten finden, nicht wahr? Ausgegeben wird nicht hauptsächlich für den Wohlstand der Arbeitslosen, sondern für seine schikanöse Kontrolle, durch zwecklose Termine, sogenannte »Um-, Aus-, Fortbildungsprogramme«, die nirgendwoher kommen und nirgendwohin führen, Scheinbeschäftigungen für einen Scheinlohn – nur um die Statistiken künstlich herunterzudrücken. Also nur, um ein wirtschaftliches Trugbild aufrecht zu erhalten. Unser erster konkreter Vorschlag ist sofort umsetzbar: Die Beendigung aller Kontrollmaßnahmen gegen Arbeitslose, Schließung sämtlicher Statistik- und Propagandabüros (das wäre unser Beitrag zum Sparpaket) und automatische, unbefristete Zahlung der Unterstützung inclusive der gesparten Summen.

Die jüngsten konservativen Auswüchse lauten, die Arbeitslosen seien von Vater Staat abhängig, sie lägen ihm auf der Tasche, seien dadurch unfähig, auf eigenen Füßen zu stehen, und so weiter und so fort. Nun, soweit wir wissen, existiert der Staat immer noch, und kassiert auch Steuern ein. Deshalb sehen wir keinen Grund, weshalb wir auf seine Unterstützung verzichten sollten. Aber staatsfixiert sind wir nicht. Unseretwegen mag das Einkommen der Glücklichen Arbeitslosigkeit sehr wohl vom privaten Sektor finanziert werden, sei es durch Sponsoring, Adoption, extra Kapitalertragssteuer oder Erpressung. Wir sind nicht wählerisch.

Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, dann liegt das auch daran, daß der einzige gesellschaftliche Wert, den er kennt, die Arbeit ist. Er hat nichts mehr zu tun, er langweilt sich, er hat keine Kontakte mehr, da ja die Arbeit oft auch einzige Kontaktmöglichkeit ist, das gleiche gilt übrigens auch für Rentner. Der Grund dieser existentiellen Misere ist natürlich die Arbeit, und nicht die Arbeitslosigkeit. Der Glückliche Arbeitslose weiht neue gesellschaftliche Werte ein, auch wenn er nichts anderes schafft. Er entwickelt die Kontakte mit einem Haufen sympathischer Menschen. Er ist sogar bereit, Resozialisierungskurse für gekündigte Arbeitnehmer zu geben.

Immerhin verfügen alle Arbeitslose über eine preiswerte Sache: Zeit. Das könnte ein historisches Glück sein, die Möglichkeit, ein vernünftiges, sinn- und freudvolles Leben zu führen. Man kann unser Ziel als eine Zurückeroberung der Zeit kennzeichnen. Dabei ist der Glückliche Arbeitslose ein aktiver Mensch. Gerade deshalb hat er keine Zeit zu arbeiten.

Jaques Mesrine, einst »Staatsfeind Nr.1« Frankreichs und Verfasser des Buches »Der Todestrieb«, hatte sich entschieden:

»Wenn ich 6 Uhr morgens Lust hatte zu vögeln, wollte ich mir Zeit dafür nehmen, ohne auf die Uhr zu gukken. Ich wollte ohne Uhr leben, denn mit der Zeitmessung kam der erste Zwang in das Leben der Menschen. Die gängigen Sätze des täglichen Lebens klingelten mir im Kopf: »Keine Zeit, um...«, »Zur rechten Zeit kommen«, »Zeit gewinnen«, »Seine Zeit verlieren«. Ich aber wollte »die Zeit haben zu leben« und die einzige Möglichkeit, das zu schaffen, ist, nicht Sklave der Zeit zu sein. Ich wußte, wie irrationell meine Theorie war und daß man mit ihr keine Gesellschaft bilden konnte. Aber was war das schon für eine Gesellschaft mit ihren schönen Prinzipien und Gesetzen!«

Es wurde uns erwidert, der Glückliche Arbeitslose sei nur arbeitslos im Sinne des heutzutage üblichen Gebrauchs des Wortes »Arbeit«, also »Lohnarbeit«. Dazu müssen wir ausdrücklich sagen, daß der Glückliche Arbeitslose zwar keine Lohnarbeit sucht, doch sucht er auch keine Sklavenarbeit. Und es gibt, soweit wir wissen, nur zwei Arten von Arbeit: Sklaven-und Lohnarbeit.

Gewiß gibt's auch Studenten, Künstler und andere Wichtigtuer, die kein Papier schreiben und keinen Napf lecken können, ohne zu behaupten, sie leisteten eine wichtige »Arbeit«. Sogar die sog. »Autonomen« können kein antikapitalistisches »Seminar« organisieren, ohne »produktive Debatten« in »Arbeitsgruppen« zu führen. Armselige Worte für armselige Gedanken. Nicht nur im heutigen Sinne ist »Arbeit« ein trauriges Wort. Sie ist es immer gewesen:

*»Arbeit ist wahrscheinlich eine Bildung zu einem im germanischen Sprachbereich untergegangenen Verb mit der Bedeutung »verwaist sein, ein zu schwerer körperlicher Arbeit verdingtes Kind sein«, das von indogermanischen *orbhos, »Waise«, abgeleitet ist. Bis in das Neuhochdeutsche hinein, bedeutet Arbeit: »Mühsal, Plage, unwürdige Tätigkeit«.*

In dem Sinne ist also »Glückliche Arbeitslosigkeit« sogar ein Pleonasmus. In den romanischen Sprachen ist die Sache noch eindeutiger, da »travail«, »trabajo« usw. von dem lateinischen »tripalium«, ein dreispitziges Folterinstrument, das gegen die Sklaven angewendet wurde, abgeleitet ist. Den sittlichen Wert der Arbeit als Beruf des Menschen in der Welt hat Luther ausgeprägt. Zitat: *»Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen.«*

Man könnte sagen, die Frage der Wortwahl sei ohne Bedeutung. Aber die Folgen blieben nicht aus, verwechselte man das Wort »Getränk« mit »Coca Cola«, das Wort »Kultur« mit »Lutz Rathenow« oder gar »Tätigkeit« mit »Arbeit«.

Sobald man von Arbeit oder Arbeitslosigkeit redet, hat man es mit moralischen Kategorien zu tun. Diese Tendenz spitzt sich gegenwärtig zu, man braucht nur eine Zeitung zu lesen, um sich darüber klar zu werden.

»Ein Machtwechsel zwischen zwei Weltanschauungen hat stattgefunden', so ein Sozialexperte in Washington. 'Statt Armut als Konsequenz ökonomischer Ursachen zu sehen, dominiert nun jene Denkschule, die Armut als Folge moralischen Fehlverhaltens sieht.«

Wie damals auch, als die Priester ihr Seelenmonopol bedroht sahen, ist die Moral nur dazu da, die sich ausweitenden Risse zwischen Weltanschauung und Realität zu flicken. Wer zu einem Arbeitslosen sagt: »Du hast gesündigt«, erwartet, daß dieser die Kategorie »Sünde« anerkennt und entweder »ja« oder »nein« sagt. Weinerliche Versuche, das Mitleid dieser Welt zu erregen, erregen höchstens Mitleid. Nur ein erhabenes Lachen kann Moral ernsthaft außer Kraft setzen.

Es ist offensichtlich, daß Paul Lafargue, der Autor von »Recht auf Faulheit«, ein historisches Vorbild des Glücklichen Arbeitslosen ist.

»Die Nationalökonomen werden nicht müde, den Arbeitern zuzurufen: Arbeitet, damit der Nationalreichtum wachse! Und doch war es einer der ihrigen, Destutt de Tracy, der da sagte: 'Die armen Nationen sind es, wo das Volk sich wohlbefindet, bei den reichen Nationen ist es gewöhnlich arm'... Aber von ihrem eigenen Gekrächz betäubt und idiotisiert, erwidern die Ökonomen: 'Arbeitet, arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein.«

Jedoch fordern wir nicht ein Recht auf Faulheit. Faulheit ist nur die Kehrseite vom Fleiß. Wo Arbeit nicht anerkannt wird, verliert auch Faulheit ihren Sinn. Kein Laster ohne Tugend. Seit Lafargues Zeiten ist klar geworden, daß die dem Arbeiter zugestandene »Freizeit« meistens noch langweiliger ist als die Arbeit selbst. Deshalb kann es nicht nur darum gehen, die Arbeitszeit zu verkürzen

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 10

und die Freizeit zu verlängern.

In Spanien sollte vor kurzem die Siesta unter dem Vorwand verboten werden, sie würde den europäischen Markt gefährden. Wir solidarisieren uns 100%ig mit jenen spanischen Arbeitern, die daraufhin meinten, die EG sollte lieber die »Euro-Siesta einführen«.

Der Glückliche Arbeitslose, das sollte klar sein, unterstützt nicht die Partisanen der Kurzzeit, die denken, alles wäre zum Besten, wenn jeder seine Arbeit behielte, aber nur 5, 3 oder 2 Stunden täglich arbeiten würde. Was ist das für eine Wurstelei? Gucke ich auf die Uhr, wenn ich für meine Freunde ein Essen zubereite? Gucke ich, wieviel Zeit ich damit verbringe, diesen Scheißtext zu schreiben? Zählt man mit, wenn man liebt?

Das heißt aber nicht, daß die glückliche Arbeitslosigkeit eine neue Utopie ist. Utopie bedeutet »nicht existierender Ort«. Der Utopist entwirft die genauen Pläne einer angeblich idealen Konstruktion und erwartet, daß die Welt sich in diese Form gießt. Dagegen ist der Glückliche Arbeitslose eher ein Topist: er bastelt mit Orten und Sachen, die schon vorhanden sind. Er konstruiert kein System, sondern sucht nach allen Möglichkeiten, sein Umfeld zu verbessern.

Ein ehrenwerter Korrespondent schreibt uns:

»Geht es dem Glücklichen Arbeitslosen um eine gesellschaftliche Anerkennung mit daraus resultierender finanzieller Absicherung ohne Vorbedingungen, oder geht es ihm um eine Revolutionierung des Systems mittels ungesetzlicher Aktionen, wie Stromzähler abklemmen? Die Verbindung beider Strategien erscheint zumindest nicht gerade logisch : Ich kann doch schlecht gesellschaftliche Akzeptanz fordern und gleichzeitig Gesetzesbrecher prämieren«.

Nun, der Glückliche Arbeitslose ist kein Fanatiker der Illegalität. In seinem Bestreben, Gutes zu tun, ist er sogar bereit, zu legalen Mitteln zu greifen. Außerdem: was heute ein Recht ist, war einst ein Verbrechen, das Streikrecht zum Beispiel. Und es kann immer wieder ein Verbrechen werden. Vor allem reden wir von gesellschaftlicher Anerkennung. Wir wenden uns nicht an den Staat oder offizielle Stellen, sondern an Otto Normalverbraucher.

Da hören wir schon den Chor der Klassenkampftheoretiker:

»Das alles ist ein bloßes Ventilsystem, mit denen unbeschäftigte proletarische Sedimentierungen in einer illusorischen Nische zur Umwandlung der noch verbliebenen Lebensfunktionen angehalten werden, um die Widersprüche des Kapitalismus zu mildern. Die Glücklichen Arbeitslosen amüsieren sich, und währenddessen kann die Bourgeoisie unbekümmert ihre Gewinne vermehren. Verrat! Verrat!«

Jeder konkrete Schritt, ja jeder Atemzug kann als Anpassungsversuch verleumdet werden. Und gerade um die Möglichkeit zu Atmen geht es eben. Die klügste sozialkritische Theorie kann nur wenig helfen, solange ihr praktischer Ausgang lautet: 'wait and see'.

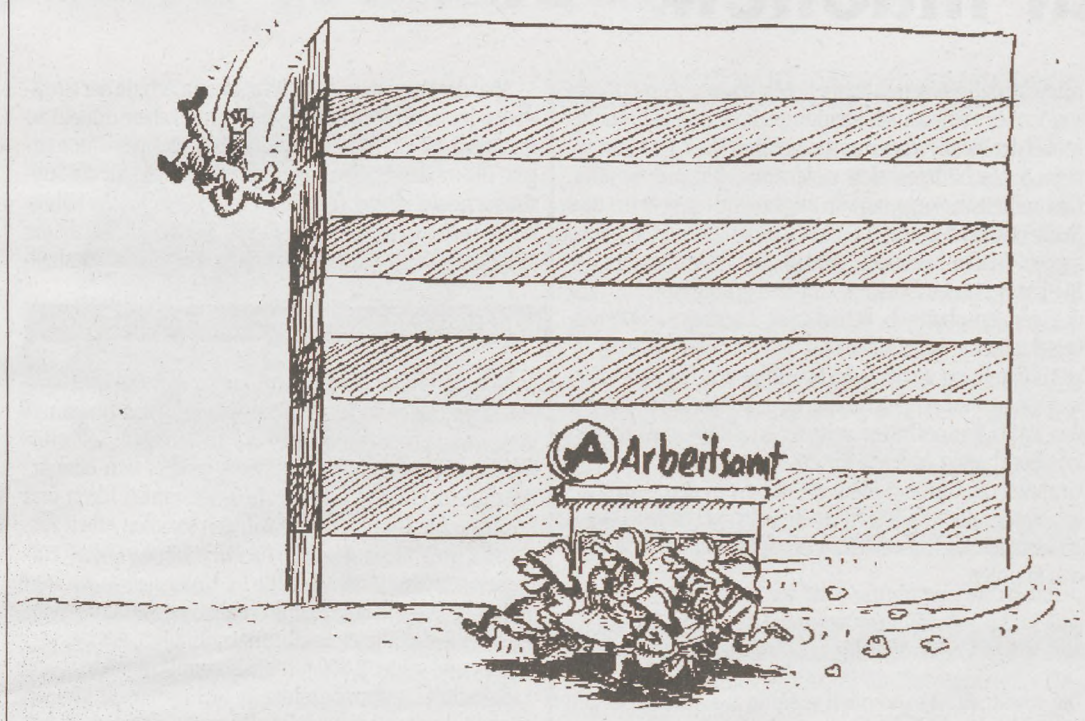
Es ist uns bewußt, daß unser Versuch auf verschiedene Weisen scheitern kann. Er kann zum Beispiel als bloßer Witz enden, ein Schabernack ohne Folgen. Die originelle Idee kann aber auch unter Tonnen von betoniertem Ernst ersticken. Es kann auch passieren, daß ein Grüppchen von Arbeitslosen dermaßen erfolgreich wird, daß sie sich zu Glücklichen Geschäftsmenschen verwandeln, ohne jede Beziehung zu ihrem ursprünglichen Umfeld. Das sind Risiken, kein Schicksal. Nun stoßen wir den Ball an. Ob er schließlich im Tor landen wird oder nicht, hängt nicht nur von uns ab.

Es gibt im Moment mehrere Initiativen gegen Sozialabbau, gegen NeoLiberalismus usw. Die Frage ist aber auch, wofür soll man sich erklären? Bestimmt nicht für den Wohlfahrtsstaat und die Vollbeschäftigung von einst, deren Wiedereinführung sowieso noch unwahrscheinlicher ist als die der Dampflokomotive. Aber das Gegenbild könnte noch schrecklicher werden: Es ist vorstellbar, daß es den Arbeitslosen zugestanden würde, auf dem Brachland und den Mülldeponien der Postmodernität ihr Gemüse anzubauen und soziale Beziehungen selbst zu improvisieren, von High Tech Polizei fernüberwacht und von irgendeiner Mafia roh ausgebeutet, während die wohlhabende Minderheit unbekümmert weiter funktionieren würde. Die Glücklichen Arbeitslosen suchen einen Ausweg aus dieser Alternative des Schreckens. Auf das Prinzip kommt es an.

Ein Stichwort der herrschenden Propaganda heißt: Die Arbeitslosen seien ausgeschlossen, und zahlreiche Gutmenschen plädieren für ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Was das eigentlich heißt, erklärte ein UNESCO-Humanist auf dem Kopenhagener »Sozialgipfel«: *»Der erste Schritt zur sozialen Eingliederung ist, ausgebeutet zu werden«*. Danke für die Einladung!

Vor dreihundert Jahren guckten die Bauern neidisch das Schloß des Fürsten an. Mit Recht fühlten sie sich von seinem Reichtum, seiner Edelmuße, seinen Hofkünstlern und Kurtisanen ausgeschlossen. Nun, wer möchte gern wie ein gestreßter Manager leben, wer will sich den Kopf mit seinen sinnlosen Ziffernreihen vollstopfen, seine blondgefärbten Sekretärinnen ficken, seinen gefälschten Bordeaux trinken und an seinem Herzinfarkt verrekken? Von der herrschenden Abstraktion schließen wir uns freiwillig aus. Eine andere Art Eingliederung wünschen wir uns.

In armen Ländern gibt es Millionen von Menschen, die außerhalb des Kreislaufs der Marktwirtschaft leben



müssen. Täglich berichten die Zeitungen über die Plage der sogenannten Dritten Welt, eine deprimierende Kette von Hungersnot, Diktatur, Krieg und Krankheiten. Dabei darf man nicht übersehen, daß gleichzeitig mit diesem (meist importierten) Elend auch eine andere Wirklichkeit stattfindet: ein von vorkapitalistischen Traditionen unterstütztes, intensives soziales Leben. Im Vergleich dazu sieht die westliche Gesellschaft so gut wie tot aus. Dort wird die Arbeit des weißen Mannes verachtet, weil sie kein Ende kennt – im Gegensatz zum Beispiel zu jenen somalischen Handwerkern, deren Gewinne in einem jährlichen Fest verjuxt werden. Je niedriger das Bruttosozialprodukt, desto größer die Fähigkeit der Menschen zu feiern.

Der Ethnologe Serge Latouche in »Der Planet der Schiffbrüchigen«:

»Die Armen sind viel reicher als man denkt und als sie selber glauben. Die unglaubliche Lebensfreude, die viele Beobachter in afrikanischen Vorstädten beeindruckt, täuscht weniger als die deprimierenden objektiven Berechnungen statistischer Apparate, die lediglich den verwestlichten Teil von Reichtum und Armut einschließen.«

Für Europäer besteht natürlich die Gefahr, Exotik zu betreiben. Aber die soziale Überlegenheit des armen Südens wird auch von Südländern selbst bestätigt. Der Ägypter Albert Cossery zum Beispiel in »Bettler und Stolze«:

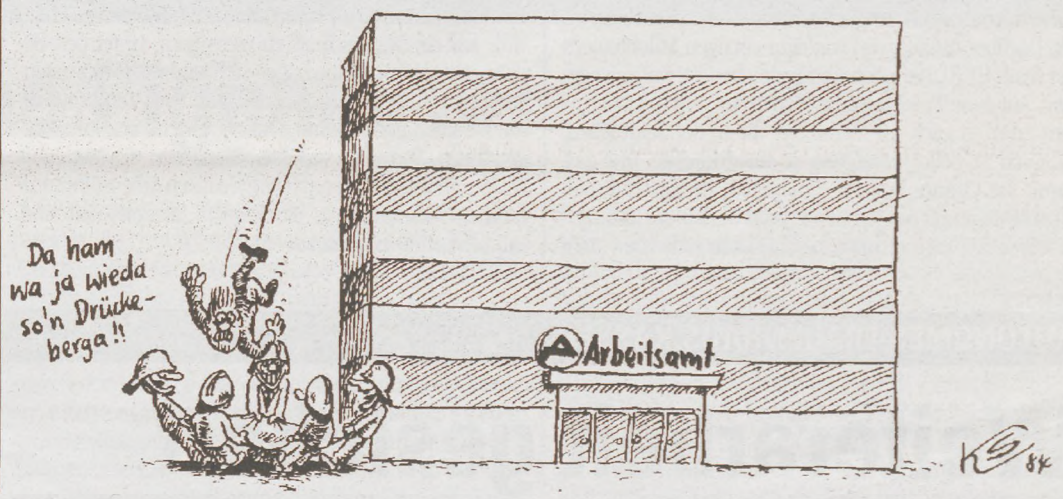
»In diesem Moment spiegelte sein Gesicht sämtliche irdischen Kümmernisse wider. Doch dieser Zustand drängte sich ihm von Zeit zu Zeit nur auf, damit er den Glauben an seine Würde nicht verliere. Denn El Kordi dachte, Würde sei lediglich eine Folgeerscheinung von Unglück und Verzweiflung. Es war die Lektüre westlicher Bücher, die ihm den Geist derart verfälscht hatte.«

Die Glücklichen Arbeitslosen haben von Afrika und anderen nichtwestlichen Kulturen viel zu lernen und zu verlernen. Natürlich geht es nicht darum, uralte soziale Gebräuche nachzuahmen, aber wir können uns inspirieren lassen. Auch Picasso und die Dadaisten fanden in der afrikanischen Kunst eine erfrischende Quelle von Kreativität.

Es sei hier nur ein Beispiel erwähnt: Vor ein paar Jahren untersuchten Soziologen das Leben der Bevölkerung eines Elendsviertels von Dakar, in Senegal. Sie stellten fest, daß das Einkommen einer durchschnittlichen zwölfköpfigen Familie das Siebenfache ihres »offiziellen« Einkommens beträgt. Nicht, daß die Leute das Wundermittel, Banknoten zu versiebenfachen, erfunden haben; nur vermehren sie die Wirksamkeit des knappen Geldes durch einen intensiven Umlauf. Es ist unmöglich, in Afrika zu leben, ohne einer Gruppe, einer Sippe, einem Freundeskreis anzugehören. Innerhalb jedes dieser Netze wird das Geld durch ein genau festgesetztes System von Geschenken, Spenden, Anlagen, Darlehen und Rückzahlungen in eine permanente Zirkulation gesetzt. Da die Möglichkeiten, eine größere Summe zu erhalten, in der Familie angehäuft sind, kann sie jederzeit über eine Geldmenge verfügen, die ohne Vergleich mit ihren kargen Ressourcen ist. Zudem ist dieser Geldverkehr nur ein Teil jener »Ökonomie der Gegenseitigkeit«, neben dem Austausch von Reparatur- Pflege- und Installationsleistungen, selbstangefertigten Schuhen und Klamotten, kollektiv gekochten Essen, Metall- und Tischlerarbeiten, Erziehung und Krankenfürsorge, die Feten nicht zu vergessen, die die Gruppen zusammenhalten. Geld spielt bei alldem keine Rolle. Deshalb ist es unmöglich, irgendeinen »Lebensstandard« nach westlichem Muster zu messen.

Man stelle sich vor, dasselbe System wäre hier wirksam. Sozialhilfeempfänger würden dann 3.500 DM pro Monat zu Verfügung haben, was nicht alle Probleme lösen würde, aber immerhin den Kohl fetter machen würde. Und noch dazu würden sie von Sachen profitieren, die Geld nicht kaufen kann. Die Frage: Wieviel Geld brauche ich, um richtig leben zu können, ist unzureichend. Wer über keine sozialen Verbindungen verfügt, wird nie genug Geld haben, um seine existentielle Not zu mildern. Der hiesige Sozialhilfeempfänger kennt zwar eine große Behinderung, da er sich auf keine Sippe und keinen Brauch stützen kann, alles muß erfunden werden, aber immerhin hat er einen Vorteil: seine Lebensbedingungen sind nicht so harsch wie in Afrika .●

Selbstdruck 1996,
Nachdruck in »SKLAVEN« 38/39, Juli 1997



19.-24.9.1998: 22. WRI-TRIENNALE, POREC, KROATIEN

Choosing Peace Together

Kroatien, ein Land des Unfriedens in einer vom Krieg heimgesuchten Region, ist ein passender Ort für eine Konferenz, die FriedensaktivistInnen aus allen Kontinenten zusammenbringt. In den letzten sieben Jahren haben FriedensaktivistInnen auf dem Balkan Erfahrungen in vielen Bereichen der Friedensarbeit gesammelt:

- vom Widerstand gegen den Ruf zu den Waffen bis zur Arbeit mit den vom Krieg Betroffenen;
- vom Aussprechen der Wahrheit gegen die Ungerechtigkeit bis zur Hilfe für Menschen, als NachbarInnen miteinander zu leben;
- von der Selbsterhaltung auch in harten Zeiten bis zur Förderung Anderer, die eigene Kraft zu erkennen und die DemagogInnen der Fremdenfeindlichkeit und des Totalitarismus in Frage zu stellen.

Die WRI-Triennale wird FriedensaktivistInnen aus dem Balkan mit AktivistInnen aus anderen Ländern und allen Kontinenten für einen Austausch über Erfahrungen und Visionen und für die Erarbeitung neuer Strategien und Kooperationen, zusammenbringen. Sie bezweckt, die Verbindungen zwischen AntimilitaristInnen zu stärken, unsere Art der Arbeit in Konfliktregionen auszuwerten, und unser Verständnis gewaltfreier Aktivitäten in Kriegssituationen zu vertiefen. Wir erwarten bis zu 250 oder 300 TeilnehmerInnen. Die Antikriegskampagne Kroatien (ARK) hat die War Resisters' International (WRI) eingeladen, die Konferenz in Kroatien abzuhalten, da sie diesen Austausch wertschätzen und hoffen, daß die Anwesenheit von AktivistInnen aus der ganzen Welt neue Einsichten für ihre eigene Arbeit bringen wird. Der Titel Choosing Peace Together (Zusammen den Frieden wählen) wurde gewählt, um gegenüber der kroatischen Gesellschaft und dem Balkan Position zu beziehen allgemein:

Choosing – nicht aufzwingen, oder bereits aufgezwungen haben;

Peace – wo Menschen sich selbst verwirklichen können, sicher, daß ihre Rechte respektiert werden
– ein Prozeß, der vom Willen derjenigen an der Basis der Gesellschaft abhängt;

Together – nicht getrennt durch ethnische Ideologien, nicht unterdrückt durch Klassen-oder Geschlechtertrennung

Was ist eine WRI-Triennale?

Die War Resisters' International ist ein weltweites Netzwerk unabhängiger Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die nicht nur dem Krieg Widerstand leisten, sondern für die Beseitigung der Kriegsursachen arbeiten. In dieser Arbeit fördert die WRI Gewaltfreiheit, worunter ein weites Feld von Aktivitäten von aktivem Widerstand bis zu konstruktiver Arbeit am Aufbau von Alternativen verstanden wird. Eine WRI-Triennale dient als Treffpunkt für Menschen, die sich der Gewaltfreiheit und dem Aufbau einer Welt ohne Krieg und Unterdrückung verpflichtet haben. Es ist ein Ort, um Kontakte zu knüpfen und bestehende Kontakte zu vertiefen. Es ist ein Forum, um Erfahrungen auszutauschen und gegenseitig das Denken anzuregen.

Teilnahme

Die offene Konferenz ist offen für alle gewaltfreien AktivistInnen. Ebenso wie Gruppen erreicht werden sollen, die bereits innerhalb der War Resisters' International aktiv sind – darunter die Mitgliedsorganisationen im ehemaligen Jugoslawien (Antikriegskampagne in Kroatien, Frauen in Schwarz Belgrad, Pokret za Mir Pancevo) - wird die WRI besondere Anstrengungen unternehmen um andere antimilitaristischen Gruppen zu erreichen. Der Izmir Savas Karsitlari Dernegi (ISKD – Verein der KriegsdienstgegnerInnen Izmir) z.B. plant nicht nur, selbst an der Konferenz teilzunehmen, sondern auch VertreterInnen anderer Gruppen mitzubringen, mit denen sie in der Türkei zusammenarbeiten. Es wird wichtig sein, Gruppen zu erreichen, die gegen die NATO-Osterweiterung im Osten Europas arbeiten, und Menschen, die mit gewaltfreien Aktionen in Konfliktregionen wie Tschetschenien und dem Libanon aktiv sind. Die Verbindungen zu Lateinamerika - bereits gestärkt durch das ICOM (International Conscientious Objectors Meeting – Internationales Kriegsdienstverweigerer-Treffen) in Kolumbien und die WRI-Triennale in Brasilien 1994, durch die Arbeit von Peace Brigades International und den Austausch zwischen den neuen lateinamerikanischen MOC-Gruppen (Movimiento de Objeción de Conciencia – Bewegung der Kriegsdienstverweigerer) und europäischen AntimilitaristInnen, insbesondere aus Spanien – müssen aktiver gestaltet werden. Die neue WRI-Arbeitsgruppe zu Afrika versucht sicherzustellen, daß es ein gutes Kontingent von TeilnehmerInnen aus verschiedenen Teilen Afrikas geben wird, z.B. aus dem Tschad, während es aus Asien mindestens TeilnehmerInnen aus Indien und Indonesien geben wird.

Wir hoffen, daß TeilnehmerInnen, die selten nach Europa kommen – aus finanziellen oder mit Paßschwierigkeiten zusammenhängenden Gründen – bereit sein werden, nach der WRI-Triennale Vortragsreisen zu unternehmen.●

Informationen:
Andreas Speck, Verein zur Förderung demokratischer Selbstorganisation e.V., Kaiserstrasse 24, D-26122 Oldenburg, Tel.: (04 41) 1 71 11, Fax: 248 96 61

JAPAN – DIE VISION DER YABO-FARMERiNNEN:

Die Stadt urbar machen.

Die Hauptstadt Japans, das ist die gigantische Metropole Tokio. In Richtung Westen, etwa dreißig Kilometer Luftlinie entfernt von den Zentren, liegt die Vorstadt Hino mit ihren annähernd 170.000 EinwohnerInnen. Die von den YABO-FarmerInnen bearbeiteten Anbauflächen liegen in einem abgelegenen Winkel der Vorstadt HINO, am TAMAGAWA-Fluß, der als der große Fluß von Tokio die gesamte Metropole durchquert. Die Anbauflächen umfassen 30 ar. Davon werden ca.10 ar als Naßreisfelder zum Anbau des traditionellen japanischen Hauptnahrungsmittels Reis genutzt. Die restlichen Felder dienen dem Acker- und Feldbau.

Von AKEMINE Tetsuo, Mitbegründer der Gruppe YABO ● Eine Gruppe von bis zu 15 Stadtfamilien bearbeitet diese Flächen. Das Land wurde von ortsansässigen Bauern gepachtet. Der Name der Gruppe bedeutet auf deutsch: »auf den Feldern lebend.«. Die Mitglieder wollen damit zum Ausdruck bringen, daß sie, obwohl sie in der Großstadt leben, von ihrer Einstellung her ein Leben wie auf dem Land führen möchten.

Der von den YABO-FarmerInnen betriebene Landbau wird gemeinschaftlich betrieben, d.h. der Ernteertrag wird unter allen Gruppenmitgliedern aufgeteilt. Die Anwendung der ökologischen Anbaumethode bedeutet, daß keinerlei Kunstdünger und Agrarchemikalien eingesetzt werden. Während des laufenden Jahres werden bis zu 50 verschiedene Feldfrüchte angebaut. Beim Gemüse, den wichtigsten Gewürzpflanzen und beim Miso (Soyapaste), welches aus Sojabohnen gewonnen wird, ist die Selbstversorgung zu fast 100% erreicht worden. Beim Reis liegt sie bei annähernd 40%.

Von allen Familienmitgliedern der Gruppe werden Küchenreste, abgefallenes Laub von Straßenbäumen und den nahegelegenen Forsten eingesammelt und zusammen mit Reisstroh aufgeschichtet zu Kompost verarbeitet. Darüber hinaus wird von dem einzigen Milchbauern der Stadt HINO, der noch übriggeblieben ist, Kuhmist geholt. Auf diese Weise zeigt das Modell der YABO-FarmerInnen , daß es auch für Menschen, die in der Stadt leben, möglich ist, Selbstversorgung zu verwirklichen, und daß somit die Chance besteht, Landanbau in der Großstadt zum Mittelpunkt des eigenen Lebens werden zu lassen.

Die YABO-FarmerInnen beschränken sich aber nicht nur auf den gemeinschaftlich betriebenen Landanbau, sondern es werden auch Kleidungsstücke und Gebrauchtmöbel der Wiederverwertung zugeführt. Die YABO-FarmerInnen beschäftigen sich zudem mit Kindererziehung, Gesundheitsvorsorge, sowie allgemeinen Umwelt- und Stadtentwicklungsfragen. Alles Themen, die auf gemeinsamen Treffen behandelt werden. Die Aktivitäten der YABO-FarmerInnen basieren auf der grundlegenden Idee des gemeinschaftlich betriebenen Landbaus. Kurzum: verschiedenste Lebensbereiche werden durch gegenseitige Hilfestellung gemeinsam bewältigt und die YABO-FarmerInnen bilden gleichzeitig eine Kooperative. Die bei den YABO-FarmerInnen vertretenen Alters- und Berufsgruppen halten es auch für denkbar, daß in derartigen Gruppen die Großfamilien, die derzeit in den Großstädten Japans allenthalben in einem erschreckenden Tempo auseinanderfallen, wieder zu neuem Leben erweckt werden könnten.

Die Großstadt auflösen

Die Großstadt ist existentiell unfähig zur Autonomie. Sie ist nicht in der Lage, sich selbständig mit Energie und Lebensmitteln zu versorgen, geschweige denn die von ihr produzierten riesigen Müllmengen zu entsorgen. Die Großstadt eignet sich die für sie notwendigen Dinge von außerhalb an, und diejenigen Dinge, die sie als nicht notwendig erachtet, drängt sie nach außen ab und ermöglicht und verlängert derart ihre parasitäre Existenz.

Die Auflösung der Großstädte bedeutet, daß sie ihre Autonomie zurückgewinnen können, und daß die in ihnen lebenden Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Eingefangen und umzingelt vom Konsumsystem des »IMMER MEHR PRODUZIEREN, IMMER MEHR KONSUMIEREN UND MIT ALLEN DINGEN VERSORGT WERDEN«, wagen es dennoch Menschen, aus diesem Teufelskreis wenigstens ein Stück weit auszubrechen. Sie versuchen, mit ihren eigenen Händen Lebensmittel zu produzieren und den eigenen Energieverbrauch sowie den von ihnen produzierten Müll auf ein Mindestmaß zu verringern. Unter den BewohnerInnen von Tokio haben sich zahlreiche Aktivistengruppen gebildet, die gegen den Bau von Atomkraftwerken kämpfen und sich mit dem organischen Landbau beschäftigen. Vermehrt verlassen Menschen die Metropole Tokio und versuchen, nachdem sie ihren Arbeitsplatz aufgegeben haben und in die Provinz übergesiedelt sind, Landwirtschaft zu praktizieren.

Aber der Versuch und der Wunsch, innerhalb der Großstadt oder in der Provinz sich selber mit Lebensmitteln zu versorgen, ist ein schwieriges und langwieriges Unterfangen. Die modernen Stadtmenschen haben die für die Subsistenz notwendigen Techniken und körperlichen Fähigkeiten verlernt. In den Großstädten gibt es auch nicht die Möglichkeiten, sie sich anzueignen. Und gerade deshalb besteht bei vielen Großstadtmenschen gegenwärtig der Wunsch nach praktischen Realisierungsmöglichkeiten, um einen »ökologischen Lebensstil« zu erlernen. Der Modellversuch der YABO-FarmerInnen könnte für solche StadtbewohnerInnen ein sinnvolles Angebot, d.h. eine sinnvolle »Lernwerkstatt« sein.●

aus Kölner Volksblatt, Febr. 97

LOGBUCH FÜR SCHATZSUCHENDE

An alle, die sich mit dem Ehrenamt und freiwilligem sozialen Engagement auseinandersetzen wollen und Anregungen für eine veränderte Praxis in Vereinen, Selbsthilfegruppen und Verbänden suchen, wendet sich eine Arbeitshilfe der *Stiftung MITARBEIT*. Es werden Ideen und Konzepte zur Zukunft der freiwilligen sozialen Arbeit vorgestellt, wie sie exemplarisch im *Paritätischen NRW* entwickelt wurden. Wissenschaftliche Untersuchungen und politische Diskussionen wurden dabei ebenso berücksichtigt wie die vielfältigen Erfahrungen und Projekte des Verbandes und seiner 2.800 Mitgliedsorganisationen.

Selbsthilfe und unbezahlte Freiwilligenarbeit können keine billigen Lückenbüßer des ausgedünnten Wohlfahrtsstaates sein – sie sind aber Fundamente eines demokratischen Gemeinwesens.●

Paritätischer Wohlfahrtsverband, NRW e.V. / Stiftung MITARBEIT (Hrsg.), Logbuch für Schatzsuchende, Ein Lesebuch für freiwilliges soziales Engagement, Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 17, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 1997, 10 DM, ISBN 3-928053-56-6

NACHTRAG

In unserer Ausgabe Nr. 160, auf Seite 13 veröffentlichten wir zwei Buchbesprechungen von Burghard Flieger. Bei der Besprechung des Buches von Gero Erdmann ist beim Layout folgender Hinweis abgeschnitten worden:

Gero Erdmann: Diesseits der Theorie: Partizipation, Demokratie und ländliche Genossenschaftsbewegung in Deutschland, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg 1997, DM 25,–.

DEAB-FRÜHJAHRSKONFERENZ IN ULM

Frühjahrs- und Weltladenkonferenz

Der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) veranstaltet am Samstag, 7.3.1998, ab 10 Uhr seine Frühjahrs- und Weltladenkonferenz in der AWO-Begegnungsstätte in Ulm/Donau.

Der DEAB vernetzt landesweit 60 entwicklungspolitische Aktionsgruppen und Weltläden, die sich für gerechtere Handelsstrukturen einsetzen, damit arme Menschen im Süden sich ihre eigene menschenwürdige Existenz aufbauen können. Der DEAB bündelt und unterstützt Aktivitäten seiner Mitgliedsgruppen, die durch eine kritische Bildungsarbeit gesellschaftliche Strukturen und Konsummuster hierzulande thematisieren sowie den alternativen Handel fördern.

Hauptthema auf der Konferenz ist die Vorbereitung zum Europäischen Welthandelstag am 9. Mai 1998, der unter dem Motto »Textilien aus fairem Handel« steht. Eine afrikanische Vertreterin der Textilkooperative »Bombululu« ist zur Frühjahrskonferenz eingeladen und berichtet über die Produktionsbedingungen in Kenia. Weitere Infos und Anmeldung beim DEAB, Blumenstr. 15, D-70182 Stuttgart.●

AUTONOMES FRAUENHAUS KASSEL:

Weiterarbeit gesichert

Das Autonome Frauenhaus Kassel geht nun in sein 19. Jahr. Die Frauen haben einen langen Kampf mit der Stadt Kassel um die Autonomie des Frauenhauses hinter sich. Noch Anfang 1997 drohte die Stadt mit Räumung, wenn die Frauen das Gebäude, das an die Arbeiterwohlfahrt übergeben werden sollte, nich freiwillig verlassen würden. Nachfolgend ein Bericht des Autonomen Frauenhauses.

Das Land Hessen hat das autonome Frauenhaus Kassel in der gesamten Zeit finanziell unterstützt. Die Stadt Kassel hat bis Anfang Dezember 1997 nicht einen Pfennig für Personalkosten und laufende Kosten des Frauenhauses beigetragen. Das autonome Frauenhaus Kassel konnte auch im zurückliegendem Jahr trotz aller Widrigkeiten und administrativer Widerstände die Arbeit fortsetzen und geht nun in das 19. Jahr. Zur Jahreswende 96/97 sah noch alles ganz anders aus. Die CDU-FDP-Rep-Mehrheit im Kasseler Stadtparlament beabsichtigte die Vereinsmitarbeiterinnen räumen zu lassen, sofern sie nicht freiwillig das städtische Gebäude in dem das Frauenhaus untergebracht ist, verlassen würden. Sie hatte mit der Arbeiterwohlfahrt Verträge zur Übernahme der Frauenhausarbeit zum 1.1.97 abgeschlossen und die Arbeiterwohlfahrt hatte in einer bundesweiten Ausschreibung 6 Mitarbeiterinnen eingestellt. Jegliche Zahlung von Zuschüssen seitens der Stadt Kassel an den autonomen Frauenhausverein wurden zum 1.1.97 eingestellt.

Räumung nur knapp verhindert

Ohne die Veränderung der kommunalpolitischen Mehrheitsverhältnisse Anfang März 1997 zu einer Rot-Grünen Koalition, wäre es zur polizeilichen Räumung des Frauenhauses gekommen, daraus machte der amtierende CDU-Oberbürgermeister und FrauenLesbendezernent keinen Hehl. Denn Mitte März gewann die Stadt Kassel einen beim Landgericht angestrengten Prozeß auf sofortige Herausgabe des Gebäudes. Hierüber wurde die Ausgangslage des Vereins aber auch von Bündnis 90/Die Grünen gegenüber der SPD erheblich verschlechtert, viele GenossInnen befürworteten den Trägerwechsel nicht nur deshalb, weil ihre Schwesterorganisation Arbeiterwohlfahrt das Frauenhauserbe antreten sollte. In den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Grüne wurde schließlich nur festgelegt auf eine polizeiliche Räumung zu verzichten und nach einer politischen Lösung zu suchen. Ausdrücklich mußten von den GRÜNEN die abgeschlossenen Verträge mit der Arbeiterwohlfahrt anerkannt werden.

AWO stellt sich stur

Die Arbeiterwohlfahrt wurde immer wieder aufgefordert von den Verträgen zurückzutreten, viele Einzelpersonen, Gruppen, Frauenhäuser unterstützten die Forderung weiterhin nach einem autonomen Frauenhaus in Kassel. Allein dies bewegte nichts bei der Arbeiterwohlfahrt. Der Kompromiß, der schließlich zwischen SPD und Grünen ausgehandelt wurde: Das autonome Frauenhaus in Kassel muß seine Platzzahl für Frauen und Kinder von bisher 45 auf 32 absenken, kann aber in dem Gebäude – ein Vermächtnis der ersten deutschen Frauenbewegung an die Stadt – weiter arbeiten. Parallel dazu müssen Personalmittel in Höhe von 1,5 Stellen an die Arbeiterwohlfahrt abgetreten werden, die hierüber eine Nachbetreuungsstelle finanzieren wird.

Frauenhaus zum Nulltarif?

Dem Frauenhaus verbleiben 4 Stellen. Der Arbeiterwohlfahrt wurde um die Kompensation des »erlittenen« Schadens perfekt zu machen, noch weitere vier Stellen für ein zusätzliches Projekt zugesichert. Unterschriftsreif wurden die Verträge erst Anfang Dezember 97, nachdem im Vorfeld noch mehrere Vertragsentwürfe dem Verein zur Unterschrift vorgelegt wurden, allesamt Modifikationen des »AWO-Vertrages«, zugunsten der Stadt Kassel und zu Lasten des Vereins Frauenhaus Kassel e.V., beispielsweise die geforderte Zusicherung des Vereins sämtliche Prozeßkosten zu tragen und der Verzicht auf jegliche Zuschußforderung für das Jahr '97. Ein Frauenhaus zum Nulltarif für die Stadt. Das konnte der Verein nicht unterschreiben, zumal Kredite aufgenommen werden mußten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Der Passus wurde nach abermaliger Intervention des Vereins gestrichen. Das schafft zwar eine bessere Voraussetzung, doch Geld gibt es deshalb auch noch lange nicht. Mittlerweile ist man sich rathausintern zwar einig, daß Zuschüsse für '97 fließen sollen, in welcher Höhe, wann, wer überhaupt zuständig ist, ob in diesem Jahr, im nächsten Jahr, alles ungeklärte Fragen. Der Verein erhielt die Information aus dem Rathaus, erneut – nachdem schon in '96 ganz regulär für '97 beantragt wurde – einen Antrag zu stellen, um die im Haushalt veranschlagten Gelder zur Auszahlung zu bringen. Dies ist umgehend geschehen, doch nachwievor hat es im Rathaus niemand mehr eilig. Auf Nachfrage im Rathaus, erhält frau immer wieder nur Auskünfte bezüglich der nicht geklärten Zuständigkeit. Ganz offensichtlich wird hier eine Auszahlung der Gelder verzögert und das obwohl allen Beteiligten bekannt ist, daß in '97 die Frauenhausarbeit durch den Verein aufrecht erhalten wurde und angefallene Kosten durch den Verein durch Kredite vorfinanziert werden mußten. Damit muß nun endlich Schluß sein, es ist unbedingt notwendig, daß das Geld noch in '97 ausgezahlt wird. Ab 1. Januar 1998 treten nun die neuen Verträge in Kraft. Auch das Frauenhaus Kassel muß nun – für das 20 Jahre lang mietfrei zur Verfügung gestellte Gebäude – Miete zahlen, nicht wenig und diese komplett auf die Bewohnerinnen des Hauses abwälzen. Eine immer vehement abgelehnte Finanzierung über das Bundessozialhilfegesetz wird damit auch in Kassel Realität.

Mehr Transparenz – mehr Kontrolle!

Die Kosten bleiben für die Stadt Kassel gleich, zu erwartende Rückforderungen und noch mehr Rennereien für die Bewohnerinnen, weitere bürokratische Hürden dafür aber bessere Kontrolle und »mehr Transparenz« sowie sie der Oberbürgermeister immer wieder eingefordert hatte, das sind die Folgen. Nun wird von Stadtseite aus auch noch der angrenzende und für die Frauenhauskinder extrem wichtige Kinderspielplatz als Bauplatz verscherbelt. Bei allen Kompromissen, die das autonome Frauenhaus eingehen mußte, ist es doch als großer Erfolg anzusehen, daß das Ruder in einer Phase, wo rechtsgültige Verträge mit der AWO vorlagen und fast alle glaubten der Kampf sei verloren, doch noch einmal herum gerissen werden konnte.

Dieser Erfolg basiert nicht zuletzt auf der sehr breiten Unterstützung, die dem Frauenhaus zuteil wurde, basiert auf der öffentlich immer wieder geäußerten und uneingeschränkten Solidarität der Frauenhausbewohnerinnen mit den Mitarbeiterinnen des Vereins, basiert auf der durchweg positiven Berichterstattung der Medien und auf dem Einsatzwillen von Bündnis 90/die Grünen im Stadtparlament, die zum Teil gegen sehr hartnäckigen Widerstand aus den Reihen der SPD diesen Kompromiß durchsetzten und dafür sicherlich auch ihren Tribut in den Koalitionsverhandlungen zahlen mußten. Eine brutale polizeiliche Räumung, wie sie im zurückliegenden Monat die BauwagenplatzbewohnerInnen durch die Reform-Uni-Leitung verordnet bekamen oder auch die Räumung des Kulturzentrums Messinghof im Dezember 96, blieb den Bewohnerinnen, den Kindern und den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses in Kassel erst einmal erspart.

Wie sich die Verträge des Frauenhauses auf die Situation der Bewohnerinnen auswirken werden, wie mit Rückforderungen nach dem Bundessozialhilfegesetz umgegangen wird, welche Auswirkungen die neue Mietregelungen für Migrantinnen haben werden, dies alles können wir erahnen, welche Probleme tatsächlich entstehen, das wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Abschließend bleibt festzuhalten, das Frauenhaus Kassel hat die Verträge unterschrieben, was fehlt ist die Unterschrift der Stadt Kassel und das Geld für die in '97 geleistete Arbeit, nämlich 90.000,– DM, welche im städtischen Haushalt für Frauenhausarbeit veranschlagt sind.●

Kontakt:
Autonomes Frauenhaus Kassel, Postfach 10 11 03, D-34011 Kassel, Tel.: 0561/89 88 89
Bankverbindung:
Sparda-Bank Kassel eG, BLZ 520 905 00, Kto.618 371

MieterInneninitiative Karlsruhe e.G.

Militäranlage wird Wohnraum

Seit Ende 1994 planen Wohninitiativen in der Karlsruher Nordstadt ein gemeinschaftsorientiertes Wohnprojekt. Im März 1997 wurde die MieterInneninitiative Karlsruhe (MiKa) als Genossenschaft gegründet, mit dem Ziel, einige Gebäude der ehemaligen Kasernenanlage »Smiliey Barracks« zu kaufen und ab dem Sommer 1997 umzubauen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Kasernenanlage hat eine 50jährige militärische Tradition. 1936 wurde die Anlage als »Neureuter Infanteriekaserne« von den Nazis errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die US-Army bis 1995 die Anlage als Verwaltungsstützpunkt und nannte sie »Smiliey Barracks«. Sieben Gebäude – fünf dreigeschossige und zwei zweigeschossige – sowie zahlreiche kleinere Nebengebäude stehen auf dem Gelände. Vier Häuser sowie Teile eines querstehenden Gebäudes werden die MiKa beherbergen. Die Häuser bieten Platz für sehr unterschiedliche Wohnungsgrößen. Geplant sind 2- bis 8-Zimmer-Wohnungen verschiedenster Aufteilung.

Selbstorganisation als Prinzip

Die MiKa e.G. sieht transparente und demokratische Organisationsstrukturen vor. Eine aufwendige Projektverwaltung ist nicht vorgesehen. Die Genossenschaft setzt auf die Selbstorganisation in den Hausgemeinschaften. Wie locker oder fest deren Strukturen sind, entscheiden diese selbst. Ihre Aufgaben bestehen z.B. darin, MitbewohnerInnen für »ihren« Hausaufgang zu suchen, gemeinsame Räume wie Keller oder Treppenhaus zu gestalten und Gremien zu besetzen.

Darüber hinaus sollen in einem Gebäude Flächen für Gemeinschaftsaktivitäten der BewohnerInnen geschaffen werden. Die Büroräume der MiKa e.G. sollen hier ebenso untergebracht werden wie Gruppen- und Veranstaltungsräume. Im Erdgeschoß plant eine Gruppe eine Gaststätte mit Biergarten. Wohnen, Arbeiten und Kultur sollen im geplanten Wohnhof nicht voneinander getrennt werden. Im Wohnhof soll es Einkaufsmöglichkeiten, ein Restaurant, kleine Betriebe und Büros geben.

Kaufpreis und Finanzierung

Für eine Fläche von 2,1 Hektar mußte eine Summe von 4,7 Mio. DM aufgebracht werden, die über Genossenschaftsbeiträge, Leihgemeinschaften bei der Ökobank und Abschreibungsmöglichkeiten bei der Eigenheimzulage zusammen kam. Die Genossenschaft sucht noch InvestorInnen, um den angestrebten niedrigen Mietpreis (8,50 DM pro Quadratmeter) halten zu können.

Aktueller Stand

Der Umbau erfolgt zur Zeit in einer Vernetzung von Selbsthilfearbeiten, Arbeit der aus der MiKa entstandenen Baufirma »Convers«, die Langzeitarbeitslose beschäftigt, und vom Architekturbüro ausgesuchten Baufirmen. Das erste Haus wird im Sommer 1998 fertiggestellt sein. Die ersten MiKa-MieterInnen wohnen aber schon vor Ort: im sogenannten »Provisorium«, dem vierten Haus im Wohnhof, in dem noch nicht gebaut wird. Mutige und Wohnungslose (vor allem aus den Wohngruppen der MiKa) haben sich hier eingerichtet. Außerdem stehen einige Wohnwagen auf dem Platz, die bleiben können, bis die Gebäude bezugsfertig sind.

Konflikt im Vorfeld

Anfang Oktober 1997 ist die Wohngruppe »Etxekoak« (25 Leute) aus der MiKa ausgetreten. Ein Antrag forderte den Ausschluß von »Etxekoak« , der vorgeworfen wurde Kontakte zum »Zentrum für Experimentelle Gesellschaftsgestaltung« (ZEGG, Belzig) zu unterhalten. Die Gruppe schreibt in ihrer Presseerklärung: »Noch bevor das genossenschaftliche Wohnprojekt MiKa konkrete Formen annimmt und die ersten Bewohner die ehemaligen amerikanischen Kasernen in Karlsruhe beziehen können, ist einem Teil der Genossenschaft das Wohnrecht entzogen worden. Während in der Gründungsphase noch Toleranz und eine neue Lebens- und Streitkultur beschworen wurden, sind bei dem ersten Sektenverdacht bereits alle basisdemokratischen Vorsätze über Bord geworfen worden. ... Obwohl die Gruppe sich klar vom ZEGG distanziert hatte und niemanden persönlich genossenschaftswidriges Verhalten vorgeworfen werden konnte, wurde das Wohnrecht und die Mitbestimmung in den MiKa-Entscheidungsgremien entzogen. Da von Seiten des Vorstands keine Bereitschaft zu erkennen war, sich für diffamierende und falsche Behauptungen zu entschuldigen ist die Gruppe Etxekoak dann am 2.10.97 aus der MiKa ausgetreten und hat jetzt eine umfassende Dokumentation dieses Konflikts zusammengestellt, die wir auf Anfrage gern verschicken.

Dieser Konflikt ist leider im größerem Zusammenhang zu sehen. Es sind die Früchte einer verbreiteten Sektenhysterie, die von Politikern wie Jutta Ditfurth (von der Splitterpartei »Ökologische Linke«) noch geschürt werden. Auf ihren Vorträgen im gesamten Bundesgebiet verbreitet sie ihre politischen Haß-Tiraden gegen Esoterik, Anthroposophen, Zegg, Tauschringe, Tierschützer, usw. Als Beispiel erfolgreicher Arbeit nennt sie dann »ein Karlsruher Wohnprojekt« (die MiKa) bei dem die angebliche Unterwanderung durch das Zegg gestoppt werden konnte.

Tatsächlich wurde eine Wohngruppe von 25 Personen ausgeschlossen, weil 3 von ihnen gelegentlich Seminare des ZEGG besuchen und die Gruppe nicht bereit war sich von ihren Mitgliedern aufgrund unterstellter Gesinnung zu distanzieren. Die Ereignisse erinnern an die politischen Grabenkämpfe sektiererischer K-Gruppen der 70er Jahre, deren perspektivlosen Überreste sich heute als Hexenjäger profilieren. Für die MiKa ist es ein schlechtes Vorzeichen, daß politische Extremisten ein Gesinnungswohnrecht haben, sich durchsetzen können. Es bleibt zu hoffen, daß die MiKa aus diesem Konflikt lernt, auch gesellschaftlich heiße Themen sachlich zu diskutieren, und die entstandene Verunsicherung langsam aufarbeiten wird.«●

Etxekoak, 7.11.97

Informationen zur Genossenschaft:
MiKa e.G., Kanalweg 46, D-76149 Karlsruhe, Tel. (07 21) 9 71 29, Fax 9 71 18 (Mo-Fr 9 bis 14 Uhr)

REZENSION

Wirtschaft für das »gemeine Eigene«

Die Herausgabe dieses Buches ist eine der ersten Aktivitäten der neugegründeten Stiftung Fraueninitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, in- und ausländische Frauen- und Mädchengruppen und Projekte von Frauen zu fördern, die im Denken, Wollen und Handeln von emanzipatorischen Fraueninteressen geleitet werden.

Von Gisela Notz ● Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften ist eine Form alternativer, nicht profitorientierter Wirtschaft, bei der, meist in nachbarschaftlichen Zusammenhängen, in nichtpatriarchaler Arbeitsteilung Selbstversorgung zur Bedürfnisbefriedigung der Beteiligten angestrebt wird. Güter und Dienstleistungen werden in der Regel »am (neoliberalen) Markt vorbei« nach der für ihre Herstellung oder Leistung benötigte Arbeitszeit ausgetauscht.

Die Autorinnen sind der Ansicht, daß die Epoche der existenzsichernden lebenslangen Erwerbsarbeit in den industriell entwickelten Ländern an der Schwelle des dritten Jahrtausends unaufhaltsam ihrem Ende zugeht. Erwerbsarbeit wird – so ihre Position – nur noch einen Teil der materiellen Existenz für einen Teil der Gesellschaftsmitglieder abdecken. Eine Antwort auf die Frage, wie der übrige Teil gesichert werden kann, ist das »Gemeinwesenorientierte Wirtschaften« als eine alternative Wirtschaftsform. Alternative Wirtschaft ist heute ein situativ vieldeutiger Begriff. Diskussionen und Ansätze finden wir sowohl im Zusammenhang mit erweiterten Mitbestimmungsmöglichkeiten, sozialorientierten Aufgabenstellungen, dem sogenannten »Dritten Sektor«, als auch im Rahmen von (versuchten) Betriebsübernahmen, Konversionsarbeitskreisen, Gruppen feministischer Betriebspolitik und vor allem in den alternativ-ökonomisch ausgerichteten neuen Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben, Lebensgemeinschaften und Kommunen.

Der Ansatz der Autorinnen, sich mit alternativer Wirtschaft zu befassen, unterscheidet sich von denjenigen, der Alternativ- oder Selbstverwaltungsbewegung, die seit Beginn der 70er Jahre innerhalb des bestehenden Systems selbstverwaltete Betriebe als Gegengesellschaften, mit kollektiven, nicht hierarchischen Strukturen unter selbstbestimmten Normen (z.B. ganzheitliche Arbeitsvollzüge, Aufhebung der Trennung von Arbeit und Leben, Aufhebung der Hierarchien und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, gesellschaftlich sinnvolle, ökologisch orientierte Produkte) gegründet hat. Zwar sind die theoretisch formulierten Ansprüche der Autorinnen ähnlich, ihre Kritik richtet sich vor allem darauf, daß diese Betriebe »für den Markt arbeiten« und daß die Bedingungen des Marktes Vorrang vor den individuellen Bedürfnissen haben (S. 18). Mit dem »gemeinwesenorientierten Wirtschaften« wird ein Wirtschaften propagiert, das nicht auf den »heutigen Markt« (im Sinne der kapitalistischen Marktwirtschaft – GN) hin ausgerichtet ist, in der sich das »gemeine Eigene« im Sinne von »gemein« als »gemeinsam«, »allgemein« herausbilden kann.

Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß sowohl theoretische, als auch praktische Ansätze – allerdings, was die praktischen Ansätze betrifft, beschränkt auf die Bundesrepublik – dargestellt werden. Der erste – theoretische – Teil des Buches zeigt auf, daß von feministischer Seite schon länger über dieses Thema nachgedacht wird und daß das »gemeinwesenorientierte Wirtschaften« solche Ansätze aufnimmt und weiter entwickelt (Carola Möller). Da ist zunächst das Konzept »Human Economy« der Finnin Hilkka Pietilä, die die Forderung aufstellt, die Reproduktionsarbeit zum Zentrum aller wirtschaftlichen Überlegungen zu machen, dann der Subsistenzansatz oder »Bielefelder Ansatz« der ein Wirtschaften fordert, das dem Überleben dient »und nicht der Kapitalakkumulation, dem unhinterfragten Wachstum und dem Profit« (S. 23) und das Konzept des »Vorsorgenden Wirtschaften«, das auf eine Münchener Frauengruppe zurückgeführt wird. Weitere Ansätze, die dargestellt werden, sind Überlegungen der Schweizerin Mascha Madörin zu einer feministischen Ökonomie und verschiedene Ansätze zur »Eigenarbeit«, die dann in die Arbeitsweise des gemeinwesenorientierten Wirtschaftens als gemeinschaftlich selbstbestimmte Eigenarbeit überleiten. Das Kapitel schließt mit der Formulierung von Forschungslücken als Anregung für potentielle Forschungsprojekte, für die sich dann hoffentlich auch Geldgeber finden.

Ulla Peters schreibt eine kurze Begriffsgeschichte zu »Gemeinwesen« und dem alten Wort »gemein« und stellt kritische Überlegungen zu wichtigen Aspekten dieser Form des anderen Wirtschaftens an. Anders als Carola Möller führt sie die Begriffe auf die Anfänge von »gemeinwesenorientierter sozialer Arbeit« zurück (S. 38). Sie bezweifelt die Möglichkeit eines harmonischen Nebeneinander verschiedener Formen von Ökonomie und hält einer Glorifizierung von reproduktiver oder Eigenarbeit entgegen, daß es eine Illusion sei, daß sich alle hausarbeitenden Menschen per se vorsorgend verhalten oder ein anderes Naturverhältnis hätten, »noch macht Eigenarbeit oder Arbeit zum bloßen Überleben immer zufrieden« (S. 36). Sie plädiert für eine Wiederherstellung materieller Bedingungen, die es erlauben, daß Menschen sich wieder selbst in den Produktions- und Naturprozessen erkennen können.

Interessante Reflexionen zu den langjährigen Diskussionen in der ehemaligen DDR zum Komplex »Bedarf« und »Bedürfnisse« zeigen Brigitte Bleibaum und Lilo Steitz auf. Eine Bibliographie zum Thema berücksichtigt (ansatzweise) auch andere Formen des alternativen Wirtschaftens.

Der theoretische Teil schließt mit einer literarischen Betrachtung zum Wirtschaftsverständnis der Großmutter von Alena Wagnerová und lenkt so von der wissenschaftlichen Betrachtung zum »praktischen Teil« über.

Der Adressenteil ist es, der das Buch zum Handbuch werden läßt. Aufgelistet werden über hundert gemeinwesenorientiert wirtschaftende Projekte einschließlich einiger selbstverwalteter Betriebe und Kommunen in Form von Kurzbeschreibungen und mit ihrer Anschrift. Diese Adressen resultieren aus einer umfangreichen schriftlichen Befragung unter alternativen Projekten, von denen vermutet wurde, daß sie zumindest teilweise oder in Ansätzen gemeinwesenorientiert arbeiten. Zum Informationsteil gehören die Aufbereitung und Bewertung der Einblicke in die Projekte, die durch die Umfrage gewonnen wurden.

Als konkrete Abgrenzungskriterien sind in die Auswahl eingegangen »Frauenprojekte und gemischte Projekte soweit sie nicht männerdominiert sind, Gruppierungen deren Ziel die Deckung von Grundbedürfnissen ist und die mit diesen Aktivitäten nicht auf dem »freien« Markt konkurrieren wollen« (S. 165). In 27 Projekten sind ausschließlich Frauen die Zielgruppe und in weiteren 31 Projekten sind es mehrheitlich Frauen. Nur in zwei Projekten arbeiten mehr Männer als Frauen. Bei einem Drittel der Projekte handelt es sich um die in den letzten Jahren vielerorts neu entstandenen Tauschringe, deren Mitglieder sowohl Dienstleistungen als auch Sachen tauschen und deren »Währungseinheit« vor allem Zeiteinheiten sind, die wiederum als solche handelbar sind.

Dem Buch, das sowohl für TheoretikerInnen als auch für PraktikerInnen geschrieben ist, kommt der Verdienst zu, der Lamentation um die Krise der Arbeitsgesellschaft, gelebte Visionen entgegenzusetzen. Es kann auch dazu dienen, daß die Menschen, auch Erwerbslose, Arme und Ausgegrenzte sich angesprochen fühlen, die Lösung ihrer Probleme selbst (mit) in die Hand zu nehmen. Aber gemeinwesenorientierte Arbeit allein kann – auch nach Ansicht der Autorinnen – nicht die Antwort auf die epochale Umbruchsituation sein, in der wir uns befinden. Sie hoffen, daß immer mehr Menschen die Kraft für das »gemeine Eigene« einsetzen können und aus ihrer Isolation herauskommen, erwerbslose Jugendliche könnten so Anerkennung finden und die öffentliche Hand könnte Sozialkosten einsparen. Das hieße nach Meinung der Autorinnen »Umdenken« für die »öffentliche Hand« im Sinne von »weniger Armutsverwaltung und dafür mehr Förderung der Infrastruktur, die dem Wohnviertel eine Selbstversorgung ermöglicht« und Boden, Gebäude, Energie kostenlos zur Verfügung stellt (S. 30).

In einer Zeit, in der die Erwerbslosigkeit das größte Problem darstellt, und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, bedarf es allerdings zusätzlicher sozialstaatlicher Lösungen. Viele erwerbslose Menschen und Menschen, die durch ihre Erwerbsarbeit, selbst bei einer Vollzeitstelle, ihren Lebensunterhalt nicht selbständig sichern können, haben keine Möglichkeit, mittels Tauschaktivitäten oder eigener Anstrengungen diesen Zustand zu verändern.

Kann gemeinwesenorientiertes Wirtschaften ein Mittel gegen Erwerbslosigkeit sein? Freilich schrumpft die Erwerbsarbeit in allen hochindustrialisierten Ländern und die Betriebe brauchen nur noch einen Teil der Beschäftigten um zu produzieren und Dienstleistungen zu erbringen. Sicher gibt es kein zurück zur herkömmlichen Vollbeschäftigung. Dennoch kann die im Buch definierte gemeinwesenorientierte Wirtschaft nur im Zusammenhang mit anderen Arbeitsformen gesehen werden. Diesen Zusammenhang stellen beispielsweise Kommunen als die radikalste Form der Infragestellung von herkömmlichen Wirtschafts- und Familienformen her. Hier sehe ich Ansatzpunkte für das »gute Leben«. Wir werden Vollbeschäftigung neu definieren müssen und wir werden die Strukturen, die Leben und Arbeit in unserer Gesellschaft determinieren, hinterfragen müssen. Schließlich geht es um das Ziel existenzsichernder Arbeit und sinnvoller Arbeit in allen Bereichen.

Solange die Menschen darauf angewiesen sind, die Mittel für ihren Lebensunterhalt (auch oder überwiegend) mit fremdbestimmter Arbeit zu verdienen, darf Humanisierung und Demokratisierung weder in diesem Bereich, noch im Bereich der häuslichen Arbeiten außer Acht gelassen werden. Das verlangt einen Blick auf die Arbeit als Ganzes, von der »gemeinwesenorientierte Arbeit« einen Ausschnitt darstellt. Es geht auch um neue (Zusammen)lebensformen, wie sie vielfältig – trotz aller damit verbundenen Diskriminierungen – bereits gelebt werden. Die Suche nach der verlorenen Zukunft darf nicht aufgegeben werden, dazu hat das Buch einen Beitrag geleistet. In Zusammenarbeit zwischen TheoretikerInnen und PraktikerInnen aus dem Bereich der alternativen Ökonomie werden weitere Beiträge zu erbringen sein. Daran sind die Autorinnen interessiert, denn sie rufen »diejenigen ProjektträgerInnen, die sich noch nicht gemeldet haben oder jetzt beginnen«, auf, sich für eine Neuauflage zu melden, damit die Adressensammlung (möglichst europaweit) auf den neuesten Stand gebracht werden kann.●

Carola Möller und Brigitte Bleibaum / Ulla Peters / Lilo Steitz / Alena Wagnerovà: Wirtschaften für das 'gemeine Eigene'. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Herausgegeben von der Stiftung Fraueninitiative e. V., Köln
Schriftenreihe: Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 7 hrsg. von Hanna Behrend trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1997, 29,80 DM

JENSEITS VON LINKS UND RECHTS

Mit Norberto Bobbio, dem Autor des Buches »Rechts und Links« stimmt Anthony Giddens überein, daß die beiden Kategorien im Kontext emanzipatorischer Politik auch in Zukunft von Relevanz sein werden: »Die Linken bemühen sich stärker als die Rechten um eine Bekämpfung der Ungleichheit.« Er macht aber deutlich, daß diese Begriffe, wenn sie die alten Problemlösungsmuster perpetuieren, die Chancen auf eine »erfinderische Politik« verbauen.

Der Konservativismus sei verstrickt in den Widerspruch zwischen neoliberalem Wirtschaftskonzept, welches nichts mit »Bewahren-Wollen« zu tun habe, und dem Versuch des erneuten Rückbezugs auf Tradition, etwa im Bereich der Geschlechter. Viele Befürworter des Sozialstaats wiederum blieben dem aus ökologischen Gründen zu hinterfragenden Konzept des »Produktivismus« verhaftet und reduzierten Wohlfahrt auf finanzielle Transfers.

Giddens verwehrt sich gegen die Politikabgewandtheit vieler Postmoderner, er teilt aber auch den Pessimismus vieler Linker (etwa angesichts der Globalisierung) nicht. Vielmehr spricht er mit Ulrich Beck von einer »zweiten Moderne«, in der Reflexivität, Dialog und eine »Politik der Lebensführung« ins Zentrum rücken. Eine »posttraditionale Gesellschaft«, in der Werte und Bezüge reflexiv hergestellt werden, berge demnach die Chance zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung. »Erfinderische Politik« könne diese Prozesse unterstützen (Giddens nennt etwa den Zusammenhang von Gesundheitsvorsorge und Lebensführung oder eine neue Sicht des Alters). Eine »Nachknappheitsordnung«, die nicht mehr von Produktivismus, sondern von Produktivität bestimmt sei, ermögliche die Chance der Selbstverwirklichung in viel umfassenderer Weise als das alte Vollerwerbsideal.

»Dialogische Demokratie« schließlich wird nach Giddens bestimmt von Transparenz, Reflexion und Toleranz. Sie grenze sich so ab gegen Fundamentalismen jeder Art, sie greife aber auch über die demokratischen Institutionen hinaus und rücke wiederum selbstbestimmte Lebensführung ins Blickfeld. Nicht der Liberalismus, wie manche Konservative meinten, sei die Gefahr für die Demokratie, sondern Konsumismus oder Hedonismus (diese in den Mittelpunkt zu stellen, ist Giddens Hauptkritik am Kapitalismus). Der Autor sieht soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen, aber auch jene »informelle Ökonomie« in Ländern des Südens, die auf Selbsthilfe setzt, als Vorbild für diese »alternative Entwicklung«, die zugleich eine Antwort auf die ökologischen Gefahren darstelle.

Giddens wendet sich schließlich noch der Frage der »Bewältigung oder Begrenzung der Gewalt« zu, wobei er dialogische Demokratie und globalen Kosmopolitismus nicht weniger als die Abkehr vom Patriarchat und militärischen Werten als positive Trends ausmacht. »Empirisch gesehen« seien zwar zahlreiche Katastrophenszenarios denkbar wie der Aufstieg totalitärer Regime, der Zusammenbruch des Ökosystems der Welt oder eine Gesellschaft »im Belagerungszustand, in der die verschanzten Reichen in ständigem Kampf mit der armen Mehrheit« lebten. Dem stellt Giddens aber die Möglichkeit der Ethik einer zur Globalisierung tendierenden posttraditionalen Gesellschaft gegenüber, die u.a. von der »Anerkennung der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens«, dem »allgemeinen Recht auf Glück und Selbstverwirklichung« sowie der »Pflicht zur Förderung der kosmopolitischen Solidarität« bestimmt ist.

Diese Utopie mag idealistisch anmuten, der Autor füllt sie aber mit konkreten Perspektiven, die in manchem wohl auf ihre Aussparungen (etwa der Rolle des globalen Kapitalismus) befragt werden müssen, aber der Melancholie des Abschieds, die viele Linke erfaßt hat, etwas entgegensetzen, für das es sich zu engagieren lohnt.●

H.H.

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1997. 339 S. (Edition Zweite Moderne) DM / sFr 30,– / öS 234,–

Anzeige

DER CLUB OF ROME

1972 wurde ein Bericht veröffentlicht, der die Welt schockierte: Verfaßt wurde er von einem damals unbekannten »Club of Rome«. Der Bericht setzte sich mit der nachweisbaren Bedrohung allen Lebens auseinander und stammte nicht von frühen alternativen und ökologischen Mahnern, die zu diesem Zeitpunkt als »lächerliche Figuren« und »Angstmacher« herabgesetzt wurden, sondern von Wissenschaftlern, die der Elite ihres Gewerbes zugerechnet werden. »Die Grenzen des Wachstums« nannte sich der Report, der trotz der honorigen Autoren weltweit eine Welle der Empörung auslöste, wandte er sich doch nicht zuletzt gegen die ungebremste industrielle Entwicklung.

Trotz aller Anfeindungen – Rechtsextreme machten den Club of Rome sogar zu einem Agenten der »jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung« – wurde er zu einem ernstzunehmenden Forum für hochkarätige Diskussionen bezüglich unserer Zukunft. Nunmehr ist der neue Bericht des Club erschienen, in Buchform unter dem Titel »Mit der Natur rechnen«. Ziel der neuen Berichte des Club ist es, die Menschen zur kritischen Reflexion über die globale Problematik anzuregen. Die dem Club angehörenden Wissenschaftler nehmen vor allem den Kult rund um das Bruttosozialprodukt scharf aufs Korn und lassen wenige gute Haare an den Politikern, die immer noch dieser althergebrachten »Erfolgsreligion« huldigen, die mehr und mehr zum ökologischen Bankrott führe. Der Club macht sich für ein neues Konzept, das »Ökosozialprodukt« stark, das im Dienste der Nachhaltigkeit mehr und mehr Beachtung finden sollte. Unmißverständlich wird darauf hingewiesen, daß das globale Ökosystem die Grenzen seiner Regenerationsfähigkeit und Belastbarkeit erreicht hat. Die prognostizierte Verdoppelung der Weltbevölkerung, die Erschöpfung der Rohstoffvorkommen und die ins Unermeßliche wachsenden Müllberge stehen dabei im Zentrum der Überlegungen. Das Konzept der Nachhaltigkeit wird dabei intensiv beleuchtet und abgehandelt.

30 Jahre Club of Rome werden nicht nur mit einem neuen Bericht, sondern auch mit einem neuen, kritischen Buch von Jürgen Streich gefeiert. Er ist auf der journalistischen Jagd nach den Stärken und Schwächen des Club, der von den einen als wichtigste Vereinigung der Nachkriegszeit, von den anderen aber als »versteinerter Dinosaurier« bezeichnet wurde, als »Runde einiger alter Männer mit einigen 'Quotenfrauen'«. Streich versucht hier fair und ausgewogen zu berichten und läßt auch prominente deutsche Politiker aus dem Grünbereich zu Wort kommen. Von besonderem Interesse sind wohl die Ausführungen des Präsidenten des Club of Rome in diesem Buch: Bezüglich der Vorwürfe, der Club hätte eine »schwammige« Einstellung zur Atomkraft, erklärt Ricardo Diez-Hochleitner: »Nein zur Kernenergie.«

Interessant für den an ökologischen Fragen interessierten Leser sind auch die Zukunftsstrategien, die der Club verwirklichen will:

- die Zusammenarbeit mit der Jugend, die die Authentizität hat, nachhaltige Handlungsweisen für das nächste Jahrtausend einzufordern;
- der Kampf von Moral und Ethik gegen die Korruption;
- eine an globalen Problemen ausgerichtete geistige Orientierung;
- eine Gegenkraft zu allen Formen des Fundamentalismus – von den religiösen über politische bis hin zu wirtschaftlichen – zu entfachen.●

Roman Schweidlenka

Wouter van Dieren: Mit der Natur rechnen. Der neue Bericht des Club of Rome, 336 Seiten, ATS 218.–, Birkhäuser
Jürgen Streich, 30 Jahre Club of Rome. Anspruch, Kritik, Zukunft, 312 Seiten, ATS 291.–, Birkhäuser

DAS RECHT DER FRAUEN AUF ERWERB

Den »Kampf für die Würde und das Recht der Frauen«/9 beginnt Louise Otto-Peters bereits 1843 mit 24 Jahren. Ihre Kampfmittel sind die Feder und die Rede. Sie schreibt Romane, Gedichte und vor allem Aufsätze in politischen Zeitschriften. 1849, gleich nach der 48er-Revolution gründet sie eine erste »Frauen-Zeitung«, muß aber schon drei Jahre später erfahren, daß die neuen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, die demokratischen Rechte, keineswegs für Frauen gleichermaßen Gültigkeit haben. Die Zeitung wird verboten.

Dreizehn Jahre später, im Jahr 1865, gründet Louise Otto-Peters zusammen mit anderen Frauen den »Allgemeinen Deutschen Frauenverein«, deren Vorsitzende sie wird. *»Die Frauenfrage lag in der Luft, und die Frauenfrage ward reif zur öffentlichen Diskussion. Die Frauen wagten selbst, sich im Dienst ihrer eigentlichen Interessen zu regen und mit ihren Bestrebungen an die Öffentlichkeit zu treten.«* (zitiert in der Nachbetrachtung/130). 1866 kann sie dann ihre Hauptschrift »Das Recht der Frauen, Blicke auf das Frauenleben der Gegenwart von Louise Otto« veröffentlichen, allerdings nur unter dem eingrenzenden Titel »Das Recht der Frauen auf Erwerb«. Das Buch wird ein Erfolg und ist in kurzer Zeit vergriffen.

Es ist das Verdienst der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. in Leipzig, diese Schrift, zusammen mit einem rückblikkenden Text der Autorin aus dem Jahr 1892 zu ihrem damaligen Buch und ihrem eindringlichen Schreiben aus dem Jahr 1849 an den damaligen Innenminister und die Arbeiterkommission unter dem Titel »Adresse eines Mädchens« als Reprint in einer sorgfältig editierten Form herausgebracht zu haben. Die Herausgabe wird ergänzt durch eine »Nachbetrachtung« von Astrid Franzke und Gisela Notz, die die Aktualität des historischen Haupttextes durch eine Konfrontation mit den heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in West- und Ostdeutschland darstellen.

In dem Buch »Das Recht der Frauen auf Erwerb« thematisiert Louise Otto-Peters ausführlich die übliche Lebenssituation der bürgerlichen Frauen als Braut, Gattin, Mutter, Witwe und Alleinstehende. Sie beschreibt detailliert die Pflichten dieser Frauen in der Ehe, die schwache Stellung der Töchter gegenüber den Söhnen, die geringen Bildungsmöglichkeiten, die begrenzten beruflichen Chancen erwerbstätig zu sein, einschließlich der diskriminierenden Arbeits- und Entlohnugsbedingungen. Dieser Bestandsaufnahme setzt sie ihre zentrale Forderung gegenüber: *»...man erziehe die Mädchen so, daß sie noch ein anderes Interesse am Leben haben als das der Liebe und ... man gebe ihnen Gelegenheit, auf eigenen Füßen zu stehen, sich selbst zu erhalten.«*/25 Sie ruft die bürgerlichen Frauen zur Erwerbstätigkeit auf und will sie damit aus ihrer selbstgewählten Sklaverei aufrütteln. *»Ich bin der Meinung, daß die Frauenfrage auch nur in und mit der ganzen sozialen Frage gelöst werden kann und wird«*/13, schreibt Louise Otto-Peters in ihren Rückblick 1892. Dort kritisiert sie sich selbst, weil sie die Frauen vor allem zu Selbstorganisation ihrer Interessen und zur Selbsthilfe aufruft und zu wenig auf die gesamte politische und soziale Lage der Dinge eingeht/13.

Die Beschreibung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ähnelt teilweise frappierend der heutigen Situation. Louise Otto-Peters sieht, daß Ihre Erwartung – jeder, der arbeiten will, findet auch Arbeit und Verdienst – schon damals nicht einmal mehr für das männliche Geschlecht durchgängig zu realisieren ist. Auch ihre Feststellung, daß die Mehrzahl der Frauen ihre Existenz nicht aus eigenen finanziellen Mitteln sichern kann, stimmt damals wie heute immer noch. Allerdings lautet die Frauenforderung heute: eine eigenständige Existenzsicherung aus der Summe von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Der Arbeitsbegriff von Louise Otto-Peters ist – entsprechend dem Stand der Diskussion damals – noch eingegrenzt auf Erwerbsarbeit. In welchem Ausmaß heute Arbeitskraft auf dem globalisierten Arbeitsmarkt überflüssig gemacht wurde und wird, war für sie noch nicht absehbar. Deshalb gibt es bei ihr auch noch keine Überlegungen zu alternativen Formen des Wirtschaftens und Arbeitens. Für sie steht die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter und Gleichstellung der Frauen innerhalb des herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im Vordergrund. Heute dagegen gilt es, wie auch in der »Nachbetrachtung« benannt /141, eine Arbeits- und Lebenskultur zu entwerfen, in der die gesellschaftlich notwendige Arbeit gleichgewichtig unter Männern und Frauen geteilt ist, in der die Arbeitsorganisation, die Bewertung von Arbeit und vor allem die Arbeitsinhalte auf die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind.

Die Texte aus den Anfängen der Frauenbewegung sind damals wie heute für Frauen und Männer eine lohnende und anregende Lektüre.●

Carola Möller

Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb. Hrsg. im Auftrag der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. von Astrid Franzke, Johanna Ludwig und Gisela Notz. Leipzig, Leipziger Universitätsverlag GmbH, 1997, 146 S., DM 15,– bei: Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V., c/o J. Ludwig, Fritz-Siemon-Str.26/011, D-04347 Leipzig

DER TRAUM VOM GUTEN LEBEN

Der Sozial- und Wirtschaftshistoriker Arne Andersen hat mit *Der Traum vom guten Leben* eine beeindruckende Geschichte des Konsums und des Alltags in (West-) Deutschland vorgelegt. Der dargestellte Zeitraum umfaßt dabei vorrangig »das lange Jahrzehnt« der 50er Jahre, von der Währungsreform 1948 bis zur ersten Wirtschaftskrise 1966/67, also die Zeit, die im Alltagsbewußtsein die des »Wirtschaftswunders« genannt wird.

In dieser Zeit schienen die Bäume in den Himmel zu wachsen. Vieles, was vorher nur einer kleinen Schicht der Bevölkerung zugänglich war, wurde nun auch für andere erschwinglich. Immense Produktivitätsfortschritte, billige Energie und Rohstoffe und die Ausplünderung des Südens (die Andersen nicht erwähnt) führen zu enormen Reallohnsteigerungen, die wiederum mit sinkenden Preisen für viele Produkte und Dienstleistungen korrespondieren. Andersen, der auch schon einige umweltgeschichtliche Arbeiten vorgelegt hat, geht auf eine Vielzahl von Neuerungen dieses Zeitraumes ein: Zum Beispiel die Einführung von Elektrizität in der Wohnung, die die Nutzung von Unterhaltungsgeräten und Küchentechnik möglich machte. Die Automobilisierung wird ebenso dargestellt, wie die damit verbundene Umwälzung der Freizeit und des Verkehrs oder auch der Wunsch nach dem Häuschen oder der Wohnung im Grünen. Die Ernährung verändert sich in dieser Zeit ebenso fundamental wie die Kultur. Die Einführung des Konsumentenkredites und des Kaufs auf Raten macht die Konsumgesellschaft mit möglich und die sinkende Arbeitszeit schafft erst die freie Zeit, in der dann konsumiert werden kann. In diesem langen Jahrzehnt kommt der Ethos der Spar- und Enthaltsamkeit endgültig an sein Ende. Ab den 70er Jahren werden dann die ökologischen und psychischen Folgen der »Konsumgesellschaft« sichtbar und auch kontrovers diskutiert. Im kurzen Schlußkapitel »Askese und Luxus« rekapituliert Andersen dann die bekannten Floskeln des Nachhaltigkeitsdiskurses (»Gut leben statt viel haben«, Muße, Langsamkeit usw.), die den Widerspruch zwischen der heutigen materiell-individualistischen Lebensweise und der »Umwelt« lösen helfen sollen.

Andersen verbleibt wirtschafts- und konsumgeschichtlich. Kulturgeschichtliche Thematiken, wie z.B. die Verwestlichung der Kultur und die Erfindung der Jugend als Gruppe mit eigenen Konsumbedürfnissen, werden zwar erwähnt, aber nicht angemessen vertieft. Andersen nennt viele statistische Daten und illustriert sie mit Beispielen. Die Nennung von Durchschnittswerten ist zwar brauchbar, aber oftmals nicht aussagekräftig genug, da z.B. die Verteilung eines Produktes auf verschiedene gesellschaftliche Klassen nicht aus dem Durchschnittwert abgelesen werden kann. Der Zeitraum des Nationalsozialismus spielt eine sehr kleine Rolle, obwohl doch die meisten Erwachsenen der Wirtschaftswunderzeit in ihm sozialisiert wurden und die psychischen Dispositionen eine große Rolle bei der Herausbildung der Konsumgesellschaft spielen. Nicht zu vergessen, basierte das hohe Produktionsniveau der nachkriegsdeutschen Industrie auch auf der Ausplünderung und Ermordung von Hunderttausenden von ZwangsarbeiterInnen.

Geschlechtsspezifische Aspekte spielen eine geringe Rolle, obwohl es Untersuchungen zum geschlechtsspezifischen Gebrauch von (Alltags-) Technik gibt. Der Traum vom besseren Leben verwirklicht sich in erster Linie für Männer, wenn auch Frauen, vor allem durch Haushaltstechnik, Freiräume erreichen. Den genannten Ansprüchen will Andersen sich auch nicht stellen. Er legt eher ein Lesebuch vor, als eine wissenschaftliche Untersuchung. Für diese Annahme spricht auch das Einflechten von Erinnerungen Andersens aus seiner Kindheit und Jugend in das Buch, die arg filzpantoffelig wirken.

Durch den Band wird sehr anschaulich gemacht, was gesellschaftliches Naturverhältnis bedeutet, welche kulturellen Konnotationen ihm eingeschrieben sind und auf welchen technischen Grundlagen es jeweils beruht. Andersen zitiert selbst ein Beispiel: Wäre die sogenannte »sexuelle Revolution« wohl möglich gewesen, ohne die vorherige Abkehr vom bis dahin gültigen Prinzip, nur einen Raum in der Wohnung zu heizen? Ohne Ölheizung kein Oswalt Kolle!

Das Buch wurde von Studierenden der Hochschule der Künste Bremen gestaltet und enthält 300 Fotos. Seine Lektüre könnte um die der *Protestchronik* von Wolfgang Kraushaar (Hamburg 1996) und *BRAVO Amerika* von Kaspar Maase (Hamburg 1992) ergänzt werden. Dort werden die Aspekte von kultureller Amerikanisierung und von Politik und Protest genannt, die notwendig sind, um sich ein umfassenderes Bild von diesem doch immer noch weitgehend unbekannten und auch unbewußten Zeitabschnitt zu machen. In Andersens Buch wird die *auch* sehr spießige Wohlstandsgesellschaft der damaligen Zeit nur angedeutet.●

Bernd Hüttner

Arne Andersen: Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute; Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1997, gb., 272 Seiten, 58 DM.

DIREKTVERMARKTUNG

Das Ende 1997 erschienene Sonderheft *Direkt vermarkten* des *dlz-agrarmagazin* ist eine sehr gute Zusammenstellung derjenigen Informationen, die für die landwirtschaftliche Direktvermarktung wichtig sind. Die Bedeutung der Direktvermarktung nimmt in der Landwirtschaft immer noch zu, die Nachfrage der VerbraucherInnen nach regional erzeugten bäuerlichen oder auch ökologischen Produkten ist ebenfalls immer noch steigend.

Insofern ist der Verkauf ohne Zwischenhandel direkt an den und die KundIn für viele LandwirtInnen eine interessante Möglichkeit. Die hier vorliegende Sondernummer schürt keine falschen Illusionen, ihre Lektüre hilft auch mit, Fehleinschätzungen und -erwartungen zu vermeiden. Das Heft stellt die verschiedenen Vermarktungswege vor, gibt viele Tips zum Marketing und zu Förderungsmöglichkeiten. Es geht auf die rechtlichen Probleme (Gewerblichkeit, Hygiene etc.) ein und stellt die finanziellen Chancen und Risiken dieser neuen Einkommensmöglichkeit (Preispolitik, Kalkulation, Kosten, usw.) dar.

Schwerpunkt der Berichte im Heft ist die Vermarktung ab Hof über Hofläden und verwandte Formen, neuere Wege wie Abo-Kistenlieferdienste an die Haustür, (Bauern-) Märkte oder auch die Belieferung von GroßverbraucherInnen spielen eine geringere Rolle. Das Heft ist sehr lesbar geschrieben, ansprechend gestaltet und enthält viele brauchbare Informationen für alle PraktikerInnen in diesem Metier. Es braucht den Vergleich mit den meist teureren Handbüchern zum Thema nicht scheuen.●

Bernd Hüttner

dlz-agrarmagazin: Direkt vermarkten; 100 S. A 4, 22 DM; Bezug: BLV Verlag, Postfach 40 03 20, D-80703 München

COMIC

Der Planet ohne Erinnerung

Wir befinden uns im Bereich der Science-Fantasy: Auf dem fernen Planeten Colonia tobte vor langer Zeit ein blutiger Bürgerkrieg, in dessen Verlauf weite Gebiete völlig zerstört und unzählige Bewohner getötet wurden. Die wenigen Überlebenden retteten sich in abgelegene Regionen und nahmen ihre Erinnerungen an einstige Zeiten des technischen und kulturellen Wohlstands mit. Seitdem sind viele Jahre vergangen, und kaum einer weiß noch, ob der geheimnisvolle Turm, der als Symbol für die untergegangene Zivilisation gilt, nur ein Märchen aus alter Zeit oder Realität ist. Schließlich machen sich die hübsche Erha und ihr kauziger Vater auf den Weg, um diesem Bauwerk und der Geschichte des Planeten auf die Spur zu kommen ...

Soviel zum Auftakt von »Der Planet ohne Erinnerung«. Das große Plus dieser neuen Serie des Italieners Massimiliano Frezzato sind dessen Zeichnungen, die an das Artwork des Spaniers Juan Gimenez (»Die Meta-Barone«, Carlsen) erinnern. Auch Frezzatos Darstellungen zeichnen sich durch eine faszinierende Plastizität und stimmungsvolle Colorierung aus. Die Landschaft und Fauna des Planeten Colonia ist so durch die Farbgebung, die sich von sanften Pastelltönen bis zu dominanten, dunklen Erdfarben erstreckt, ein wahrer Augenschmaus. Die Story hingegen braucht wohl noch den einen oder anderen Band, um so richtig in die Gänge zu kommen, aber wenn auch Frezzato das Genre der Science-Fantasy nicht neu erfindet, so ist doch »Der Planet ohne Erinnerung« allemal gute Unterhaltung. Und für mehr visuell orientierte Leser sowieso ein Muß !●

Jörg Petersen

Band 1: Der zweite Mond. Text und Zeichnungen: Frezzato. 48 Seiten, vierfarbig, Album DM 18,90 Carlsen Verlag

JOBS

Lust auf Galabau ?
Ab Frühjahr '98 suchen wir eine/n Landschaftsgärtner/in oder jemand mit entsprechender Berufserfahrung. Einstieg ins Kollektiv wünschen wir uns. Wohnen in einer Hofgemeinschaft wäre bei Interesse und Sympathie möglich.
GRÜNBAU, Allee 4, D-31061 Alfeld
Werkhof Brunkensen

Linke Druckerei sucht Drucker/in.
Arbeitsbeginn: ab sofort oder spätestens ab Oktober '98.
AktivDruck GmbH
Lenglerner Str. 2, D-37070 Göttingen
☎(05 51) 6 70 65, Fax 63 27 65

Vollkornbäckerei (selbstverwalteter Betrieb) in Berlin sucht Bäckerin mit Vollkornerfahrung. Führerschein wäre gut. Wir bieten humane Arbeitszeiten, selbstorganisiertes Chaos und Entfaltungsmöglichkeiten.
Bewerbung an Chiffre: 159

JOBSUCHE

Volkswirt mit kfm. Ausb. und Erfahrungen in Ökologie, Medien, Hochschule, Regionalentwicklung sucht interessante Tätigkeit in Projekt, Tagungshaus, Verband, Stiftung o.ä. im Großraum Hamburg.
Maik Wiese
☎(0 40) 25 74 26

PROJEKTE

Kommune Meuchefitz in NO-Nieders. (4W, 3M, 5K) suchen Menschen zum gemeinsamen Leben u. Arbeiten (Arbeitsfelder: Tagungshaus, Kneipe). Form des Zusammenlebens ist offen....wir sind auf der Suche.
Meuchefitz 18, D-29482 Küsten
☎(0 58 41) 59 77, Fax 69 76

HOF UND ARBEIT

Solidargemeinschaft sucht **LandwirtIn/ GemüsegärtnerIn** (z.B. mit BSHG- o. ABM-Stellenberechtigung oder auf 610 DM-Basis) für Mitarbeit und -wohnen auf Biohof (HB-Nähe)
☎(04 21) 7 68 40
oder (0 42 52) 18 59

WAHLJAHR 1998

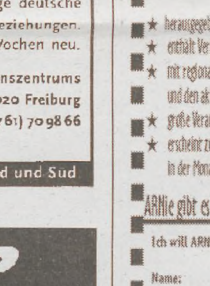
Das Buch zum Superwahljahr 1998: Erich Mühsam – »Der Humbug der Wahlen«, ca. 56 Seiten.
Der Text von Erich Mühsam (zum Wahljahr 1912 verfaßt) ist heute immer noch in seiner Kernaussage aktuell. Als historische Lehrstunde erinnert uns der Mühsam'sche Text mit feiner Ironie daran, daß Demokratie nicht davon lebt, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, und er kritisiert den Parlamentarismus als antiquierte Form der Demokratie, die bereits vor 86 Jahren ihren Kritiker fand.
Bestellung zum Preis von 6 DM an:
Klaus Guhl Verlag, Knobelsdorffstr. 8, D-14059 Berlin (ab Mitte Februar lieferbar). Für Wiederverkäufer gibt es Rabatt.

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos: Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

Was ist eigentlich Faschismus ?
In fünf Folgen veröffentlichte der DDW diese historische Untersuchung von Uwe Timm. Nun liegt eine wesentlich ergänzte und erweiterte 61 seitige Broschüre mit Quellen-und Literaturverzeichnis vor.
Sie können diese Broschüre für 10,- DM beziehen über den
Versand DER DRITTE WEG,
Rappenbergstr. 64,
91757 Treuchtlingen

Gesucht:
Naturforscherin
Mit Manfred Mistkäfer und NaturTageBuch die Geheimnisse der Natur entdecken. Infos für Kinder und Betreuerinnen gegen 1 DM Rückporto beim NaturTageBuch, Rotebühlstr. 86/1 in 70178 Stuttgart oder Internet: http://home.t-online.de/home/bundjugend.bw/
BUND JUGEND BADEN WÜRTTEMBERG

Pieter Bakker Schut
STAMMHEIM
Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung
... ist es doch inzwischen zu einem unersetzlichen Standardwerk erkannt worden, daß nicht nur die Geschichte des Stammheimer Prozesses gegen die RAF beschreibt, sondern vor allem analysiert, wie sich im Verlauf des Prozesses der juristische Überbau zu einem Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung verändert hat.


688 Seiten, 36,– DM
bei Subskription bis zum 15.9.97: 30,– DM
Gegen Vorkasse (Bar oder Verrechnungsscheck) zu bestellen bei:
Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431)75141
Erscheint Mitte August

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.
DER RABE RALF
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos
Umweltschutzorientiertes Monatsblatt Seit 1990
Seit 1984 Berliner Luft-Zeitung
Naturschutz • Umweltpolitik • Öko-Tips • Bücher für Kinder
Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt
Aktuelle Themenschwerpunkte:
▶ Heft 223: Arbeit ▶ Heft 224: Global Governance ▶ Heft 225: Biopolitik ▶ Heft 226: Entwicklungspolitik
iz3w ist die größte unabhängige deutsche Fachzeitschrift zu Nord-Süd Beziehungen. Einzelheft DM 8,– Alle sechs Wochen neu.
iz3w ▶ blätter des informationszentrums 3. welt · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 74003 · Telefax (0761) 709866
E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Die Zeitschrift zwischen Nord und Sud

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum
Neu!
ARNie Info Express
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar
★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presse-Schau und den aktuellen Anagen vom Gerfield-Infotelefon
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 1. jeden Monats · schließt die Information-Lücke in der Monatsmitte
ARNie gibt es im Abo für 20,- DM / 10 Ausgaben (ind. Porto)
Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben ❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69239 Neckarsteinach

AKP
Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik
Grüne im Medienzeitalter
Personalisierung der Politik
AKP 6/97, 11 DM
Aus dem Inhalt:
Kandidaten, Konzepte, Kampagnen (Rezzo Schlauch) +/– Starke Männer für harte Zeiten? (Heide Rühle) +/– Brauchen wir "local heroes"? (Roland Roth) +++ Personalisierung als Herausforderung (Christa Vennegerts, Gabriele C. Klug u.a.)
20 Jahre
Grün-alternative Kommunalpolitik
AKP 1/98, 12,50 DM
Aus dem Inhalt:
Als die Bürgerinitiativen in die Parlamente strebten (Titus Simon u.a.) +++ Von der Kommunalpolitik zur Bundespolitik (Hubert Kleinert, Renate Backhaus) +++ Der Marsch durch die Institutionen: Grüne Betriebsgruppe +++ 20 Jahre Verkehrspolitik: fast nichts bewegt (Heiner Monheim) +++ Stadt und Urbanität (Hartmut Häußermann, Walter Siebel)
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, E-mail: AKP-Redaktion@t-online.de

Der Traum von einer Sache
Politische Musik vom Protestsong zum Punk von Ernst Busch zu den Goldenen Zitronen vom Bauernkrieg bis heute
Drei Cassetten und ein Buch (im Schuber) kosten:
für Erwerbslose DM 45,–
für Verdienende DM 60,–
Bestellung über:
IG Geschichte
c/o Infoladen UJZ Korn
Kornstr. 28 – 30
D - 30167 Hannover
Bezahlung nur gegen Vorkasse
Alle Überschüsse werden direkt zur Unterstützung von Flüchtlingen verwandt.

rechtshilfefonds
für die landkämpfe in mittelamerika

Trotz offiziellem Frieden ist die extrem ungleiche Landverteilung in Mittelamerika nicht beseitigt. Mit dem Rechtshilfefonds sollen gezielt Gruppen unterstützt werden, die für das Recht auf Land als Grundlage für ein würdiges Leben kämpfen.
Arbeitsgemeinschaft (ArGe)
Rechtshilfefonds-Mittelamerika
Spendenkonto 917 179
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
ArGe Rechtshilfefonds Mittelamerika
c/o Infostelle Guatemala e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. 0228/63 45 52, Fax 0228/63 12 26

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ÖkoLinX 27

Anti-Esoterik (Bremen & München): SPD, Irrationalismus & Rassismus ★ Streitgespräch Gewerkschaften: Standort & Volksgemeinschaft ★ Neuheiden ★ Unistreiks: Revolte d. Kuscheltiere ★ EZLN-Marcos: Nationalreformist. Lyrik ★ 3.10.: Den nationalen Konsens sprenen ★ Online-Theater ★ Grüner Oberbulle: Prügel in Ahaus ★ Realo-Batschkapp für „Death in June" ★ Türkei: Reise in eine Diktatur
AUTORiNNEN: Asselhoven ★ Becker ★ Bierl ★ Breuer ★ Cremet ★ Difurth ★ Döpke ★ Ebermann ★ Elsässer ★ Geisheimer ★ Goldner ★ Grünzel ★ Kleine ★ Kühn ★ Kühr ★ Schäfer ★ Preuschoff ★ Wolf ★ Zieger ★ u.a.
Ich bestelle: ❑ **Probeheft** 10 DM (8 DM + 2 DM Porto/Vers.) ❑ **Abo** 45 DM (6 Ausg./Abojahr). Außerdem: ❑ **Infos über Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.
★ Lieferung NUR gegen Vorkasse ★

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Alle vier Wochen auf 36 Seiten Analysen, Hintergrundinformationen und Diskussionen
Kostenloses Probeexemplar bestellen bei :
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,
Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,-; Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.

Jungle World
Die neue linke Wochenzeitung.
Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), »kreativ, unkonventionell und witzig« (Südwest 3 Fernsehen). »Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz). »Stimmt alles.« (Jungle World)
Aber das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Jede Woche berichtet Jungle World auf 32 Seiten über Wirtschaft, Politik und Kultur – polemisch, zynisch, sachlich.
Und: »Wie jede anständige Wochenzeitung erscheint Jungle World donnerstags und kostet vier Mark.« (Zitty, Berlin)
Coupon
Ja, ich will Jungle World 4 Wochen für 10 Mark testen.
Das Probe-Abo ist unverbindlich und verlängert sich nicht automatisch. Einen Zehnmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.
Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort
Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin · Fax (030) 6182055

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; 60314 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, Peter Streiff, Schwanenstr. 10, ☎ (0 69) 44 62 47; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und den Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars sind:
- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altervorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 24.-26.4.98
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

PROJEKTWERKSTATT

Leben gegen Chefs und Staat
Inhalte: Alternativ leben, selbstbestimmt arbeiten ... und trotzdem politisch aktiv bleiben. Folgende Themen werden angesprochen:
- Geldbedarf reduzieren (Selbstversorgung, Tauschringe, Organisieren statt Finanzieren)
- Wirtschaften ohne Anpassung/ Staatsknete
- Herrschaftsarme Entscheidungswege
- Ökologischer und solidarischer Alltag
- Die Abwege: Öko-KapitalistInnen, Projektegoismus, Sexismus, Esoterik und rechtes Gedankengut.
- Politische Aktionen, Widerstand usw.
- Vernetzung bundesweit
- Dias aus Kommunen, Projekten, Ökodörfern

Mit dabei: Die WG der Projektwerkstatt
Veranstalterin: Gruppe »Landfriedensbruch«
Ort: Seminarhaus in Saasen
Zeit: 20.-22. Februar, Fr ab 20 Uhr (Ankunft ab 18 Uhr), So bis 13 Uhr
Information & Anmeldung:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85
eMail: projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

MOMO e.V.

Anders leben & arbeiten
Die TeilnehmerInnen erhalten in diesem Seminar Informationen zu alternativen Lebensformen und können sich über die eigenen Wünsche und Vorstellungen mit anderen austauschen sowie gemeinsam neue Ideen entwickeln.
Mögliche Inhalte können sein:
- Vorstellung bestehender Projekte
- Finanzierung/gemeinsame Kasse
- Entscheidungsfindung/Konsens
- selbstverwaltetes Arbeiten

Desweiteren steht ein Besuch der Kommune Niederkaufungen auf dem Programm.
Termin: 3.-5.4.98, Raum Kassel
Information & Anmeldung:
Simone Klieber, Kölnische Str. 157, D-34119 Kassel
☎(05 61) 1 26 18

MEDIENAKADEMIE

Public Relations:
Pressearbeit effektiv organisieren
Unser Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit unseren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Unsere Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die unsere Pressearbeit in Zeitungen, Radio und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf? Welche Anlässe erfordern eine Pressekonferenz? Wir zeigen, wie Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit JournalistInnen funktionieren.
Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

REGIONALENTWICKLUNG

Nachhaltige Regionalentwicklung – ein Zukunftsprogramm für die Regionen?
Die »Nachhaltige Regionalentwicklung« erscheint Ende der 90er Jahre als das Zukunftsmodell regionaler Planung und Entwicklung.
Die Auswirkungen auf die aktuelle Regionalpolitik und Regionalkultur referieren und diskutieren u.a. Ortwin Renn (Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart), Ulrich Jüdes (Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel), Brigitte Adam (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumplanung, Bonn) und Reinhard Loske (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie). Außerdem wird anhand von mehreren Workshops zu konkreten Projektbeispielen aus den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Dorfentwicklung, Stadtentwicklung, Stadt-Umland-Entwicklung und Bildung und Kultur das Konzept der regionalen Nachhaltigkeit in seiner lokalen Umsetzbarkeit vorgestellt.
Termin: 19.-21.3.98, Bad Urach
Veranstalter: Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V. und Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Ökologie
Weitere Informationen:
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Ökologie, Haus auf der Alb, D-72574 Bad Urach
☎(0 71 25) 15 21 44, Fax 15 21 00

NETZ

Führen, Motivieren, Delegieren
Sie führen erfolgreich, indem Sie Ihre MitarbeiterInnen erfolgreich machen. Als Führungskraft gilt es fachliche und soziale Kompetenz zu verbinden. Das setzt neue Maßstäbe für die Vorgesetztenrolle. Lernen Sie Ihre Mitarbeiter zu motivieren, situativ zu führen, richtig zu delegieren und Zielvereinbarungen zu treffen. Ziel dieses Seminars ist es, Ihren individuellen Führungsstil zu entwickeln und Ihre Qualitäten als Coach zu verbessern.
Termin: 25. bis 27.3.98, Bonn
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Traumberuf oder Stelle um jeden Preis?
In der öffentlichen Diskussion hören wir häufig den Standpunkt, daß die Menschen, die noch einen Eerwerbsarbeitsplatz haben, froh und dankbar für diese Tatsache sein müssen. Dabei ist die Qualität des Arbeitsplatzes, die Sinnhaftigkeit der Arbeit oder auch die Vereinbarkeit der Erwerbsarbeit mit dem Privatleben kein Kriterium mehr.
Die Frauen aber, die zu uns kommen, wollen einen Weg finden, der ihnen ermöglicht, berufliche Selbstverwirklichung und finanzielle Unabhängigkeit zu verbinden.
Sind solche Wünsche nun traumtänzerischer Luxus oder eine Voraussetzung für die Rückbesinnung auf alte Forderungen: Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Quotierung aller Arbeitsplätze...
Podiumsdiskussion
Termin: 4.3.98

Buchführung für FreiberuflerInnen
Termin: 7./8.3.98
Sponsoring, Spenden und Fundraising
Termin: 13.3.98
Rollen klären, Stellen beschreiben, tariflich eingruppieren: Wer tut was mit welchem Gehalt?
Termin: 23.-26.3.98
Von der Geschäftsidee zum Gründungskonzept
Zwei Fachfrauen der Hamburger Initiative für Existenzgründung und Innovation (H.E.I.) erläutern verschiedene Aspekte der Existenzgründung und informieren über unterstützende Einrichtungen, speziell über die H.E.I. und die Bürgschaftsbank. Sie benennen Kriterien zur Überprüfung der eigenen Ideen, zeigen Schwierigkeiten und Pleiteursachen auf und gehen auf Ihre spezielle Situation als Frau ein.
Termin: 11.3.98
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

FCS-MÜNCHEN

Spezialausbildung für Frauen:
Fachfrau für Windows-Anwendungen und Teleworkingmanagement
Neu vom Arbeitsamt gefördert wird dieser Kurs für Büro- und Verwaltungsberufe. Sie lernen den professionellen Einsatz der Office97-Programme und der Telekommunikation (Internet-, E-mail, Telebanking, Online-Recherche, Web-Sites-Gestaltung). Der Kurs findet vom 30.3. bis 30.6.98 bei der Frauen-Computer-Schule in München statt.
Informationen erhalten Sie unter
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fcs-m@link-m.de

NETZ

Wie verhält frau sich richtig?
Verhandlungstraining für Frauen im Handel und Verkauf.
Viele Probleme von im Handel und Verkauf tätigen Frauen sind geschlechtsspezifisch. Wie in anderen Bereichen sind Frauen auch hier mit männlichen Kommunikationsstilen und Diskriminierungsmustern konfrontiert. In diesem Seminar geht es um die Erarbeitung von typischen geschlechtsspezifischen Problemen, um männliche und weibliche Kommunikationsfallen. Im Mittelpunkt stehen Techniken zur Erkennung und Überwindung diskriminierender Situationen und Möglichkeiten des Alltagstransfers. Dieses Seminar wird in Kooperation mit dem VSF und BNN-Einzelhandel angeboten.
Termin: 7.-8.3.98, Frauenlandhaus Charlottenberg
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

BSP MÜNCHEN

Selbstsicher auftreten –überzeugend argumentieren
Frauen sind nicht – wie früher – zum Schweigen verdammt. Trotzdem spüren sie oft genug, daß ihre Argumente weit weniger Gehör finden als die der männlichen Gesprächspartner. Es gibt viele Gründe, warum die Kommunikation zwischen Männern und Frauen häufig nicht klappt und deshalb unbefriedigend verläuft. Wie »frau« eigene Redeängste abbauen und ihre »typisch weiblichen« Stärken im Gespräch besser einsetzen kann, will dieses Seminar vermitteln. Dazu gehören auch praktische Tips, wie frau sich auf eine Rede vorbereitet, mit Hilfe eines Stichwortzettels den roten Faden behält und die Scheu vor einem Mikrofon verliert sowie praktische Übungen vor der Videokamera.
Termin: 27.2.-1.3.98
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

KONGRESS

»FrauenMachtNetze«
6. Internationaler Kongreß der Frauencomputerschulen
Vernetzung war schon immer ein Thema – nicht erst seit das Internet zur Mutter (!) der Netze erhoben wurde. Doch jetzt bieten sich neue Wege im Netzwerk der technologischen Mach(t)barkeiten.
Welche Konsequenzen dies für die berufliche Weiterbildung von Frauen hat, wie Vernetzung und Präsentation im Cyberspace aussehen und was es auf der Datenautobahn zu entdecken gilt, ist Schwerpunkt des Kongresses.
Neue Themen werden durch nie veraltende ergänzt: Management und Motivation, Sehtraining und Ergonomie am Arbeitsplatz. Erwachsenenbildung und das leidige – oder besser: herausfordernde Thema Geld.
Rund 100 Teilnehmerinnen aus dem Bereich der beruflichen Fort- und Weiterbildung für Frauen werden zum Kongreß erwartet.
Der Kongreß wird von donna megabyte e.V., der hannoverschen Frauencomputerschule, in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Stephansstift organisiert.
Termin: 13.-15.3.98, Hannover
Das Kongreßprogramm kann unter folgenden Adressen angefordert werden: donna megabyte e.V., Königstr. 31, D-30175 Hannover
☎(05 11) 44 37 98, Fax 348 06 16
E-Mail: donna.megabyte@t-online.de
Internet: http://www.nananet.de/institut/donnamegabyte

TAUSCHRINGE

17. bis 19. April 1998 **»Tauschkreise zwischen Widerstand und Träumerei«** Tagung und Vernetzungstreffen nicht monetärer Tauschkreise im Bildungshaus St. Virgil in Salzburg
Anmeldung und Information:
Bildungshaus St. Virgil, Ernst-Grein-Str. 14, +43/662/65 9 01-0 oder Fax: /-8; e-mail: vigil@salzburg.co.at

DIRECT ACTION WOCHE

Für alle, die immer schon mehr über Baum und Genackerbesetzungen, Einbetonieraktionen und Hüttendorfleben wissen wollten, gibt es jetzt die DIRECT ACTION WOCHE vom **18.-25. April** im Anti-A33-Hüttendorf in Ostbarthausen.
Dieses Treffen bietet aber nicht nur eine Gelegenheit zum Kennenlernen, sondern auch zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch aller, die direkte Aktionen in ihrer politischen Arbeit einsetzen. Es wird sowohl theoretische als auch praktische Workshops geben, wie z.B. Anti-AKW/ Atombewegung, Baumklettern, Tunnelbau, Geschichte und Philosophie zivilen Ungehorsams, Reclaim The Streets Parties, Infos zu verschiedenen Kampagnen, Food-Not-Bombs, Gentechnik, Totalverweigerung, direkte Aktionen im »All«tag.
Außerdem feiert das Hüttendorf seinen Geburtstag. Das Treffen kann aber nur durch Eure Kreativität und Beteiligung stattfinden. Kommt daher zahlreich zu den Vorbereitungstreffen und bringt Euch mit Workshops, Videos und was Euch noch so einfällt, mit ein. Informationen gibt es unter den folgenden Telefonnummern: bis Ende Februar 0611-374859, danach 0542-5270. Bitte ruft auf alle Fälle an, da Ort und Zeit sich durch widrige Umstände (Räumung...) kurzfristig ändern können.

NEUE MEDIEN

Brecht und das Internet
Von Brecht als Medientheoretiker und was wir daraus fürs Internet und die Neuen Medien lernen können, handelt dieser vergnügliche Vortrag. Eine virtuelle Reise zu Brecht im Internet rundet die Veranstaltung ab.
Termin: 11.2.98
Providersuche: Wen nehmen?
Ihr Internet-Zugang, Ihre Homepage kosten Geld – wieviel, hängt vom Provider ab. An diesem Abend erfahren Sie, worauf Sie beim Preisvergleich achten müssen.
Termin: 12.2.98
E-Mail. Eine Einführung
Insider meinen: Das Wichtigste am Internet ist E-Mail. Software unter Windows und preiswerte Alternativen (»Crosspoint«) lernen Sie an diesem Abend kennen.
Termin: 18.2.98
Installation – Konfiguration
Einen Internet-Zugang konfigurieren: Vom Modem bis zum Browser lernen Sie hier, wie's geht. Computer dürfen mitgebracht werden!
Termin: 10.3.98
Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet, wie sucht und findet man Informationen? Praktisches Know-How zu Datenbanken und Suchmaschinen erhalten Sie hier.
Termin: 11.3.98
Wahljahr 1998: Politik online
Internet-Kampagnen sind in; der Wahlkampf wird online ausgetragen. Wir zeigen Ihnen, wo – und wie sie sich beteiligen, mitdiskutieren können.
Termin: 18.3.98
HTML für EinsteigerInnen
Ihre Hompage im World Wide Web mit der Seitengestaltungssprache HTML (Hyper Text Markup Language): Wie's geht, lernen Sie auf diesem Tagesseminar. Sie setzen »Anker« und »Links« und gestalten Ihre erste Web-Seite.
Termin: 25.3.98, 10-17 Uhr
Anmeldung:
Münchner Medienladen, Renatastr. 41, D-80634 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

Per Anhalter durchs Internet
Surfen im Internet kann Spaß machen und nützliche Informationen bringen. Eine Einführung ins World Wide Web mit praktischen Übungen erhalte Sie hier.
Termin: 11.2.98
Von Modemeinstellungen bis Browser-Installation: Wie Sie Ihren PC ins Internet bringen, erfahren Sie hier. Computer dürfen mitgebracht werden!
Termin: 18.2.98
Wie sicher ist Telebanking?
Telebanking mit T-Online, Internet-Banking – wie es funktioniert, wo die Schwachstellen sind, wie Sie für Datensicherheit und Datenschutz sorgen, erfahren Sie hier.
Termin: 11.3.98
CD-ROM selbst gemacht
Ob Fotoalbum oder Datensicherung auf CD-ROM: Die CD-ROM-Brenner sind preiswert geworden. Was es kostet und wie es funktioniert, erfahren Sie hier.
Termin: 25.3.98
Die eigene Homepage
Ihre Hompage im World Wide Web mit der Seitengestaltungssprache HTML (Hyper Text Markup Language): Wie's geht, lernen Sie auf diesem Tagesseminar. Sie setzen »Anker« und »Links« und gestalten Ihre erste Web-Seite.
Termin: 13.2.98, 9.30-16.30 Uhr
Anmeldung:
Frohburger Medienhaus, Leipziger Str. 3, D-04654 Frohburg
☎(03 43 48) 5 11 53, Fax 5 10 24

SONSTIGES

Macht von unten
Wie arbeiten Soziale Bewegungen erfolgreich?
Allen Unkenrufen zum Trotz – Soziale Bewegungen sind aus dem Alltag der BRD nicht mehr wegzudenken. Die StudentInnenbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Umweltbewegung haben die BRD nachhaltig verändert. Und wenn auch mit verändertem Erscheinungsbild, so haben Soziale Bewegungen auch heute noch die Kraft, die gesellschaftliche Situation spürbar zu verändern.
Dieses Seminar richtet sich an Menschen, die in Sozialen Bewegungen aktiv waren, sind oder werden wollen. Dabei geht es darum, nicht nur Aktionen zu planen, sondern die eigene Aktivität und die Bewegung kritisch zu reflektieren, sich für eine ganze Bewegung erfolgsorientiert zu engagieren und darüber hinaus auch noch Spaß an der Arbeit zu haben.
Anhand der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung soll der Frage nachgegangen werden, wie Soziale Bewegungen funktionieren, wie sie im Spannungsfeld zwischen Reform und Rebellion agieren, und welche Voraussetzungen für einen Erfolg der Sozialen Bewegungen gegeben sein müssen. Grundlage dieser Betrachtung wird das Modell des »Movement Action Plan« (Aktionsplan für Soziale Bewegungen) sein, das den typischen Verlauf erfolgreicher Sozialer Bewegungen theoretisch beschreibt und wiederum Anleitungen für die Praxis gibt.
Termin: 16.-19.4.98, Nähe Osnabrück
Anmeldung & Information:
patchwork, Kaiserstr. 24, D-26122 Oldenburg
☎(04 41) 1 71 11, Fax 248 96 61
E-Mail: patchwork@oln.comlink.apc.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.